

PROTOKOLL

Begrüßung

Borowik

Es ist mir eine große Ehre, im Namen des Sowjetischen Friedenskomitees unsere westdeutschen Partner und die sowjetischen Teilnehmer an dieser Tagung zu begrüßen. Dieses Bergedorfer Treffen hat bereits eine Tradition. Immerhin ist es der 10. Gesprächskreis mit sowjetischer Beteiligung, so daß wir in gewisser Weise ein Jubiläum begehen. Der Bergedorfer Kreis hat in der Vergangenheit schon viel geleistet und wird dies auch zukünftig tun. Ich hoffe, daß wir zu Ergebnissen gelangen werden, die uns in dieser schwierigen, aber zugleich hoffnungsvollen Zeit weiterbringen.

Wir möchten unseren Gästen den Aufenthalt bei uns so angenehm wie möglich machen. Jedenfalls empfangen wir Sie mit offenen Herzen. Ich wünsche Ihnen und uns eine erfolgreiche Arbeit.

Körber

Für die freundlichen Worte der Begrüßung möchte ich recht herzlich danken. Lassen Sie mich zunächst feststellen, wie sehr ich mich freue, wieder hier in Moskau zu sein. Unsere erste bilaterale Zusammenkunft hatten wir in Moskau bereits vor 25 Jahren. Unser letztes Zusammentreffen fand hier im Rahmen des 75. Bergedorfer Gesprächskreises im Juni 1984 statt. Das war in einer Zeit erhöhter internationaler Spannungen zwischen West und Ost.

Es ist wichtig, sich an diese Zeit zu erinnern; denn seitdem ist in der Welt vieles in Bewegung geraten und nirgendwo stärker als in der Sowjetunion. Neue Ideen liegen in der Luft, und die große Frage ist, was sie enthalten und wie sie die Sowjetunion und auch uns im Westen verändern werden.

Wir Deutsche haben eine sehr lange historische Erfahrung der Nachbarschaft in guten und leider auch in bösen Zeiten. Sie ist belastet, aber sie ist auch eine unentrinnbare Nachbarschaft, und deshalb muß sie mit gegenseitigem Verständnis und mit dem Blick auf die Zukunft behandelt werden.

Ich habe hier für niemanden zu sprechen außer für mich selbst als ein Unternehmer aus einem Lande, das durch politische Demokratie und soziale Marktwirtschaft glaubt, den richtigen Weg zu gehen. Nach der sowjetischen Theorie bin ich als Unternehmer ein Mensch, den es gar nicht geben dürfte; nach der Praxis jedoch einer, ohne den es nicht geht.

Arbatow

Das ist bei uns keine gültige Theorie, sondern ein weggeworfenes Dogma.

Körber

In dieser gesellschaftlichen Position muß ich feststellen, daß die Menschen im Westen und in der Bundesrepublik mit großen Erwartungen auf die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion blicken. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Zeitungen und Zeitschriften den Lesern ein faszinierendes Porträt von Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion anbieten. "Glasnost" ist ein Wort, das in aller Munde ist. Wir beobachten mit großem Interesse die Reformbemühungen, die wohl auch wesentlicher Gesprächsinhalt auf unserer Tagung sein werden.

Niemals in der 25jährigen Geschichte des Bergedorfer Gesprächskreises war unser bilaterales Treffen wichtiger als heute. Der Demokratisierungsprozeß, "glasnost" und "perestrojka" erhöhen das Vertrauen, das die Lebensgrundlage in der Politik bildet, und dieses Vertrauen ist wiederum die Grundlage für die Abrüstung, die dringender denn je unser Denken bestimmt.

Lassen Sie mich als Wirtschaftler, der aus der Ingenieurwissenschaft kommt, einige Gedanken entwickeln, die sich auch im Blick auf das deutsch-sowjetische Verhältnis in Gegenwart und Zukunft bewegen und die unsere beiderseitigen Interessen in ein komplementäres Verhältnis setzen sollen.

Die Zerstörung der Umwelt, die wir mit der aktuellen Weltwirtschaft betreiben, wird mit Sicherheit das Überleben der Menschheit spätestens im 21. Jahrhundert ernsthaft gefährden. Alle Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß die Verbrennung fossiler Primärenergieträger und die Verseuchung von Boden, Wasser und Luft durch Schadstoffe zur Gefährdung von menschlichem Leben, zur Zerstörung von Fauna und Flora und zu einem Umsturz des Weltklimas führen werden, und zwar zu klimatischen Verhältnissen, die unter anderem ein Abschmelzen der Polkappen und damit eine Überflutung umfangreicher, von Menschen besiedelter Regionen hervorrufen werden.

Diese Gefahren sind in ihrer Gesamtheit wegen ihrer Irreversibilität und grenzüberschreitenden Wirkungen weitaus größer als die Gefahren durch die weltweite Aufrüstung, und sogar ein Atomschlag ist nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behaftet, während die Zerstörung des Planeten mit nahezu absoluter Sicherheit eintritt, wenn wir so weiterwirtschaften wie bisher.

Für eine erfolgreiche Abwendung dieser katastrophalen Entwicklung ist es unumgänglich nötig, daß in den Haushaltsplänen der Staaten zur Sicherung der Lebensbedingungen neue Prioritäten gesetzt werden, damit statt der bisher gegeneinander gerichteten Waffen eine gemeinsame Waffe gegen die Zerstörung unseres Lebensraumes geschaffen werden kann.

Hierzu müssen in Ost und West alle gesellschaftlichen Kräfte mit ihren geistigen Kapazitäten und ihrem Erfindungsreichtum Empfehlungen erarbeiten, die die theoretischen und praktischen Möglichkeiten und Bedingungen dafür aufzeigen. Das kostet mit Sicherheit einen dreistelligen

Milliardenbetrag, der nur durch eine Umpolung der Ressourcen aus der Rüstungsfertigung geschaffen werden kann.

Gehen wir also politisch und wirtschaftlich über die ideologischen Systemgrenzen hinaus zur Beseitigung der globalen Gefahren an die Umpolung der Rüstungsfertigung heran. In diesem Sinne habe ich vor zwei Jahren in der Größenordnung des Nobelpreises den alljährlich zur Verleihung kommenden Förderpreis für die Europäische Wissenschaft gestiftet, einen Preis, der unabhängig vom System und vom Glauben die beste Leistung in West und Ost herausfordern und prämiieren soll.

Lassen Sie uns in diesem Geist erkennen, daß uns mehr verbindet als trennt, und lassen Sie uns danach handeln. Heute ist die Welt durch die unseren Lebensraum bedrohenden Gefahren eine Einheit geworden, durch nukleare, chemische und bakteriologische Waffen und nicht zuletzt durch die Zerstörung der Umwelt. Die Welt bewegt sich. Wir aber können, jeder auf seine Weise, verlieren oder auch gemeinsam gewinnen.

Uns allen wünsche ich als aktiven Beitrag zur Förderung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland auf dieser Tagung ein gutes Gespräch, und ich darf Herrn Valentin Falin bitten, zunächst die Gesprächsleitung zu übernehmen.

Falin

Herr Körber, Sie haben eine Reihe von Gedanken zum Ausdruck gebracht. Damit ist das Programm unserer Diskussion vorgezeichnet. Um die uns zur Verfügung stehende Zeit so produktiv wie möglich zu nutzen, möchte ich gleich Herrn Ruhe bitten, dem das Vorrecht des Gastes gebührt, mit seinem Referat zu beginnen.

Ruhe

In der vergangenen Woche hat Bundeskanzler Helmut Kohl seine dritte Regierungserklärung abgegeben. Er hat damit den innen- und außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik Deutschland für die nächsten vier Jahre vorgezeichnet.

Vergleicht man seine außenpolitischen Aussagen von heute mit den entsprechenden Passagen der Regierungserklärungen von 1982 und 1983, so zeigt sich - mit einem Wort gesagt - Kontinuität:

- Kontinuität im Bekenntnis zur grundlegenden Strategie des Ost-West-Verhältnisses, die wir mit unseren Verbündeten bereits 1967 im Harmel-Bericht niedergelegt haben: Auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit das Angebot zu Dialog und Zusammenarbeit;
- Kontinuität im deutsch-sowjetischen Verhältnis auf dem Fundament der 1955 von Konrad Adenauer aufgenommenen diplomatischen Beziehungen und des 1970 geschlossenen Moskauer Vertrages sowie der Schlußakte von Helsinki;
- Kontinuität schließlich auch im Wissen, daß das deutsch-sowjetische Verhältnis nicht losgelöst vom internationalen Umfeld betrachtet werden kann. Dies ist nicht gemeint als statische Selbstverständlichkeit, sondern als dynamisches Ziel: Durch gute Gestaltung des bilateralen Verhältnisses auch positive Impulse auf die internationale Lage insgesamt auszusenden. Genau dies halten wir für unsere Pflicht aufgrund unserer Geographie, unserer Geschichte und unseres Gewichts im eigenen Bündnis und in Europa insgesamt.

Deshalb wollen wir im Rahmen dessen, was möglich ist, normale, wenn möglich gute Beziehungen zu Ihrem Land.

Wir wissen um die entscheidende Rolle der Sowjetunion in der europäischen Geschichte nach dem 2. Weltkrieg, um ihre Bedeutung für unsere nationalen Anliegen und für das Ost-West-Verhältnis insgesamt. Für uns als Teil eines Volkes, das von der Schnittlinie der Bündnisse und politisch-ideologischen Systeme getrennt ist, bleibt die Sowjetunion ein existentiell wichtiger Gesprächspartner. Gleichzeitig sind wir überzeugt, daß die Sowjetunion uns als wichtiges Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und des Nordatlantischen Bündnisses erkennt und ihre Westpolitik in nüchterner Einschätzung ihrer Interessen nicht ohne uns, sondern mit uns konzipiert.

Ich glaube, wir sind uns einig in der Feststellung, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung getroffen hat, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf allen Feldern erhebliche unausgeschöpfte Möglichkeiten bieten. Wir wollen diese Möglichkeiten so zum gegenseitigen Vorteil nutzen, daß dies zu dem führt, was ich erlebbare Entspannung nennen möchte, Entspannung, die für den einzelnen Menschen im täglichen Leben spürbar ist.

Eine für die einzelnen Menschen erlebbare Entspannung bedeutet aus meiner Sicht: Größere Offenheit und Freizügigkeit, ungehinderte Kontakt- und Reisemöglichkeiten für die Menschen in Ost und West, einen engen wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technologischen Austausch zum Nutzen der einzelnen Bürger unserer Länder, weiterhin die Garantie des freien Meinungsaustausches - auch für Andersdenkende - sowie auf dem militärischen Gebiet ein annäherndes Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau.

- Ich wünsche mir für die Zukunft mehr Begegnungen der Bürger unserer Länder, insbesondere der Jugend. Lassen Sie uns Städtepartnerschaften ausbauen und Sportbegegnungen fördern, lassen Sie uns Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den Kirchen intensivieren. Die Feiern zum bevorstehenden tausendsten Jahrestag der Christianisierung der Kiewer Rus wären hierfür ein großartiger Anlaß.

- Auch ein regelmäßiger Schüler- und Studentenaustausch in beide Richtungen, nicht nur Besuchsmöglichkeiten deutscher Schulklassen in der Sowjetunion - und davon wird vermehrt Gebrauch gemacht, etwa auch in meinem Wahlkreis;-, sondern auch umgekehrt, mehr sowjetische Schulklassen, die in unser Land kommen, wären ein Beitrag zu erlebbarer Entspannung. Ein solcher Austausch ist aus meiner Sicht ein wirksamer Beitrag zum Abbau bestehender Mißverständnisse oder gar Feindbilder - wo sie denn noch vorhanden sind. Er würde die gegenseitige Zusammenarbeit intensivieren und kann damit auch die Vertrauensbildung fördern.

- Wir wissen zu würdigen, daß Generalsekretär Gorbatschow die Initiative für ein neues Gesetz über Ausreise und Familienzusammenführung ergriffen hat. Wir hoffen sehr, daß die praktische Anwendung dieses Gesetzes Menschen, die zusammengehören und zusammen leben wollen, auch tatsächlich vereint. Dabei liegen uns die deutschstämmigen Bürger Ihres Landes besonders am Herzen. Deshalb begrüßen wir, daß es seit Anfang dieses Jahres wieder einen Anstieg bei den Ausreisegenehmigungen für diese Menschen gibt, und wir hoffen, daß sich diese positive Entwicklung fortsetzt.

- Es sollte uns aber vor allem darum gehen, daß diese Menschen ihre kulturelle Tradition, ihre Religion pflegen und sich ihrer Sprache bedienen können, daß sie keine Nachteile erleiden, weil sie sich um die Erhaltung ihrer sprachlichen und kulturellen Eigenständigkeit bemühen. Die Verbesserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses sollte auch für diese Menschen in ihrer seit mehreren Jahrzehnten vertrauten Umgebung erlebbar sein.

Unsere beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen haben auch in schwieriger politischer Großwetterlage unser Gesamtverhältnis stabilisiert. Der Bundeskanzler hat jetzt in seiner Regierungserklärung festgestellt:

"Wir sind bereit, einer breit angelegten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West den Weg zu ebnen. Langfristige, gegenseitig vorteilhafte und ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen bleiben für uns ein wichtiges Element in unseren Beziehungen zur Sowjetunion."

So sind wir zutiefst interessiert, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie, wo immer sie geschieht, unsere Bevölkerungen nicht gefährdet; daß unsere gemeinsame Umwelt nicht durch Schadstoffe, woher der Wind sie auch wehen mag, zerstört wird. Ich möchte deshalb den Appell aufgreifen, den Dr. Körber in seinen Begrüßungsworten an uns alle richtete; Wir müssen gemeinsam die natürlichen Grundlagen unseres Daseins sichern. Erforderlich ist deshalb die Bereitschaft, dafür auch neue Wege zu gehen. Wir sind bereit dazu. Wir sind auch bereit, dafür die von uns entwickelten Umwelt- und Reaktortechnologien zu teilen.

In dem inneren Erneuerungsprogramm Generalsekretär Gorbatschows sehen wir in erster Linie den Versuch, das sowjetische Wirtschaftssystem zu modernisieren, Effektivität und Produktivität zu erhöhen, wissenschaftlich-technologischen Fortschritt zügig umzusetzen.

Wir verfolgen diese Reformen, vor allem die Reformmaßnahmen im außenwirtschaftlichen Bereich, mit besonderem Interesse. Denn als einer Ihrer wichtigsten Wirtschaftspartner sind wir auch zu neuen Wegen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit. Nicht zuletzt gilt das für die Zulassung von Joint-ventures. Die deutsche Industrie, darunter zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen, können dafür erhebliches Vertrauens- und Erfahrungskapital einbringen. Und dies sollte offensiv genutzt werden.

Die Möglichkeit für eine noch breiter angelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR sind in fast allen Bereichen gegeben. Ohne eine Rangfolge festlegen zu wollen, scheinen insbesondere der Maschinenbau, der Energie- und der Chemiebereich und die Umwelttechnik neue Möglichkeiten zu bieten. Ausdrücklich nennen möchte ich den Bau- und Baumaschinenbereich, der Schwerpunktthema auf der in der nächsten Woche in Bonn

stattfindenden Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission sein wird, die unter dem gemeinsamen Vorsitz von Wirtschaftsminister Dr. Bangemann und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow steht.

Zu den noch unausgeschöpften Möglichkeiten in den beiderseitigen Beziehungen gehört eine Reihe von Abkommen, die ausgehandelt und unterschriftsreif sind. Sie sollten nunmehr in Kraft gesetzt werden. Ich denke an die Ressortabkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, an die Verträge über See- und Binnenschifffahrt, an ein Umweltschutzabkommen.

Wir sind auch bereit zum Austausch von Konsulaten in Kiew und München. Wir möchten zu unserem seit langem bestehenden Kulturabkommen endlich Zweijahresprogramme vereinbaren und damit den in der letzten Zeit erfreulich gewachsenen Kulturaustausch verstetigen. Als fernes, aber nicht unrealistisches Ziel sollten wir an den Austausch von Kulturinstituten denken.

In den Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung steht heute ein Abkommen über die völlige Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie aus Europa in Aussicht. Modernste Raketen, die sich zum Teil noch im Stationierungsprozeß befinden, sollen verschrottet werden. Zugleich wird durch ein solches Ergebnis deutlich gemacht - und das ist für die übrigen Abrüstungsfragen wichtig;- , daß asymmetrische Reduzierungen durchaus möglich sind. Ein solches Ergebnis wäre in der Abrüstungsgeschichte einmalig.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung unmißverständlich festgestellt:

"Die Bundesregierung" - und ich füge hinzu, ebenso auch die sie tragenden Koalitionsparteien - "stimmt der in Reykjavik in Aussicht genommenen INF-Regelung zu: Null-Lösung in Europa bei gleichzeitiger weltweiter Verringerung dieser Systeme auf jeweils 100 Gefechtsköpfe. Ein baldiger Abschluß eines INF-Abkommens würde ein sichtbares Zeichen für den Ernst und die Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollbemühungen setzen. Von ihm würde auch ein wichtiger Impuls für andere Verhandlungsbereiche ausgehen."

Da diese Abrüstungsvereinbarung jetzt in greifbare Nähe gerückt ist, sollten wir zugleich auch eine Lehre aus den vergangenen vier Jahren festhalten. Dafür möchte ich einen der zumindest angekündigten Teilnehmer dieses Gesprächskreises, Herrn Bowin, zitieren, der kürzlich in "Moskowskije Nowosti" fragte: "Wenn wir nun zustimmen, diese Raketen zu zerstören - warum wurden sie dann gebaut und stationiert?" Für die Zukunft möchte ich deshalb die Hoffnung und Erwartung aussprechen, daß derartige Umwege mit Vorrüstung und Nachrüstung nicht mehr nötig sein werden.

Noch sind nicht alle Fragen für ein Abkommen geklärt. So zum Beispiel die Frage einer verlässlichen Überprüfung einschließlich Inspektionen vor Ort, damit auch eine heimliche Produktion und Lagerung ausgeschlossen wird. Oder die Frage, daß sich die beiden Weltmächte in diesem Null-Lösungs-Abkommen über die Mittelstreckenraketen größerer Reichweite auch konkret und verbindlich verpflichten sollen, sofortige Folgeverhandlungen über die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite aufzunehmen. Ziel dieser Verhandlungen muß es sein, all diese Systeme auf ein niedriges Niveau mit gleichen Obergrenzen zu reduzieren. Eine solche Weiterverhandlungsverpflichtung liegt im legitimen Sicherheitsinteresse aller westeuropäischen Staaten.

In diesem Zusammenhang will ich aber zugleich deutlich machen, daß wir damit nicht für die Denuklearisierung Europas eintreten: Solange das konventionelle Ungleichgewicht in Europa so fortbesteht, wie es derzeit ist, werden Atomwaffen für die Abschreckung und damit auch für unsere Sicherheit weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Was das konventionelle Kräfteverhältnis betrifft, so wollen wir nicht aufrüsten oder nachrüsten. Wir wollen vielmehr mit den Wiener Verhandlungen über ein Mandat für eine konventionelle Rüstungskontrolle in ganz Europa zwischen Atlantik und Ural den Grundstein dafür legen, daß in diesem Bereich "militärische Ungleichgewichte durch Reduzierungen des Überlegenen ausgeglichen werden", wie es Generalsekretär Gorbatschow im Oktober 1985 gegenüber Staatspräsident Mitterrand und erneut beim Moskauer Internationalen Forum formuliert hatte. Die bei dem in Aussicht stehenden Null-Lösungs-Abkommen für die Mittelstreckenraketen größerer Reichweite vorgesehene asymmetrische Reduzierung im Verhältnis von insgesamt mehr als 3: 1 sollte dafür ein positives Beispiel sein.

Ein konkreter, praktischer und aus meiner Sicht auch machbarer Schritt zur Vertrauensbildung in dieser Frage wäre - ich greife hier einen von mir bereits vor fünf Wochen unterbreiteten Vorschlag auf - die Wiederherstellung des militärischen Status quo ante 1968 in der CSSR.

Deutsche und Sowjets sind Bewohner des "gemeinsamen Hauses Europa", um diese Formulierung von Generalsekretär Gorbatschow aufzugreifen. Erlauben Sie mir zum Abschluß, zugleich aber auch

zusammenfassend festzuhalten, was ich unter einem "gemeinsamen Haus Europa" verstehe. Ich habe dies teilweise schon vor einer Woche in der Debatte zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeführt:

Sagladin

Ich habe die Ausführungen von Herrn Körber und Herrn Ruhe mit Interesse aufgenommen. Ich kann mir natürlich nicht die Zeit nehmen, auf alle gestellten Fragen einzugehen, aber unsere Gäste haben viele Punkte angeschnitten, die auch ich berühren möchte. Und in einer Reihe von Fragen kommen sich unsere Standpunkte erfreulich nahe.

Herr Körber meinte, der Zeitpunkt, zu dem wir hier zusammengekommen sind, sei ungewöhnlich günstig, verglichen mit der Zeit des letzten Bergedorfer Gesprächskreises hier in Moskau im Juni 1984. Das ist sicher richtig. Wir erleben heute in der Tat eine ungewöhnliche Zeit, von welchem Standpunkt man das auch betrachten mag. In Ost und West gehen rasche Veränderungen vor sich; im Osten zur Zeit wohl noch etwas stärker. Es werden Initiativen ergriffen, die man vor zwei Jahren noch für undenkbar gehalten hätte. Zumindest bei mir herrscht der Eindruck vor, daß wir jetzt einen Ausweg aus der ständigen und wenig angenehmen Zeit der Konfrontation finden können.

Diese Möglichkeit hat einen direkten Einfluß auch auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Einerseits können die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion einen Beitrag zu diesem Übergang von der Konfrontation zu friedlichen Beziehungen oder zur erlebbaren Entspannung, wie Herr Ruhe es nannte, leisten. Dazu sind wir aufgerufen. Auf der anderen Seite würde sich ein Übergang zur globalen, weltweiten Entspannung auch segensreich auf unsere bilateralen Beziehungen auswirken.

Wir, die Sowjetunion, befürworten eine solche Entwicklung, und wir sind auch bereit, unseren Beitrag dafür zu leisten. Wir sind davon überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf ihre ökonomischen, wirtschaftlich-technischen, kulturellen und menschlichen Möglichkeiten sehr viel mehr zur Politik des Friedens und der Entspannung beizutragen vermag, als dies heute der Fall ist. Das gilt sowohl für unseren Kontinent, unser "gemeinsames europäisches Haus", als auch in der ganzen Welt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, in die internationale Arena ihr politisches Gewicht einzubringen, das ihren in der Tat erheblichen Möglichkeiten und ihrem Potential entspricht. Das befürworten wir auch aus unserer Sicht. Wir sind der Meinung, daß diese Aufgabe um so leichter und erfolgreicher zu lösen ist, je stabiler die Friedensperspektiven, je friedlicher, ruhiger und gutnachbarlicher die Beziehungen auf unserem Kontinent sind.

Was unsere beiderseitigen Beziehungen angeht, so stelle ich fest, daß diese sich während des letzten Jahres recht kompliziert gestaltet haben, in einer Art Zickzackkurs. Bis zum Oktober 1986 verlief die Entwicklung in einer aufsteigenden Linie; dann folgte aus den uns allen bekannten Gründen eine Periode eines gewissen Einfrierens, eine Zeit, in der sich unsere Beziehungen etwas abkühlten. Gegenwärtig scheinen sich die guten Beziehungen wiederherzustellen. Wir erkennen besonders von westdeutscher Seite das Bemühen, vom toten Punkt wegzukommen und die entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Ich hoffe, daß die Bemühungen auf beiden Seiten in dieser Richtung die gewünschten Ergebnisse zeitigen werden. Dann könnten die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen ein neues Niveau erreichen, das über das weit hinausgeht, was wir bisher jemals erreicht haben. Damit es dazu wirklich kommt, bedarf es Anstrengungen auf beiden Seiten. Wir sind dazu bereit.

Wir messen unseren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung bei, und wir werden alles tun, damit sich diese Beziehungen weiter verbessern. Die Grundlage dafür ist vorhanden. Ich erinnere nur an den Moskauer Vertrag und die KSZE-Schlußakte. Wenn wir dieses Fundament noch befestigen, indem wir es durch weitere Verträge absichern, wird sich das auf die ganze Entwicklung sicher positiv auswirken.

Wovon hängt Erfolg oder Mißerfolg bei der Entwicklung unserer Beziehungen ab? Vielleicht werden Ihnen einige der Gesichtspunkte, die ich jetzt anführe, auf den ersten Blick als nicht so wichtig erscheinen. Zunächst halte ich es für äußerst wichtig, sich darüber klar zu sein, daß unsere beiden Länder sehr verschieden sind, und zwar aus sozial-ökonomischen wie auch aus ideologischen Gründen. Zugleich haben wir aber auch bedeutende gemeinsame Interessen.

Herr Körber hat davon gesprochen, man müsse nach den Gemeinsamkeiten suchen, nach dem, was uns vereint. Das sei wichtiger als das, was uns trennt. Dem möchte ich vorbehaltlos zustimmen. Aber die Gemeinsamkeit der Interessen und die Unterschiede zwischen unseren Ländern zu erkennen, bedeutet auch, daß wir nicht nur die gemeinsamen Interessen anerkennen, sondern auch die

Unterschiede respektieren und nicht versuchen, einander darüber zu belehren, wie der andere zu leben habe. Dem anderen die eigenen Rezepte anzutragen, ist eine Methode, die in der Vergangenheit häufig angewandt wurde und die auch heute noch vielfach Verwendung findet. Eine solche Methode kann aber, so meine ich, nur Zwietracht zwischen den Menschen säen. Entscheidend ist, die Eigentümlichkeiten des anderen zu respektieren und gleichzeitig nach Gemeinsamkeiten zu suchen.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist aus meiner Sicht sehr wichtig. Ich meine, es kommt darauf an, den Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart realistisch einzuschätzen. Mein genereller Eindruck ist, daß der Gedanke, man müsse aus der Geschichte seine Lektion lernen, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, noch nicht überall in der Welt begriffen worden ist. Was unsere beiden Völker betrifft, so haben sie auf unterschiedliche Weise eine schwierige Geschichte durchlebt. Deshalb haben wir in besonderem Maße Veranlassung, die richtigen Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen. Die tragischen Kapitel sind uns alle bekannt, und beide Seiten haben erklärt, eine Rückkehr dorthin dürfe es niemals geben.

Dafür sollten wir bewußt an andere Ereignisse anknüpfen, wie an Rapallo oder an den Moskauer Vertrag. Diese gehören zu den Grundlagen unserer Beziehungen. Rapallo war 1922 ein erster Schritt zu einer gewissen Verbesserung des Klimas in Europa, und der Moskauer Vertrag hat den Weg geebnet für das, was wir später als Entspannung bezeichnet haben. Auch heute haben wir die Möglichkeit, durch gemeinsame Anstrengungen das Klima in Europa und in der Welt zu verbessern.

Mein dritter Gesichtspunkt betrifft die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die nicht von Feindseligkeiten bestimmt sein und keine Feindbilder schaffen sollten. Das versteht sich nicht von selbst. Ein solches Klima ist wie eine zarte, aber sehr wertvolle Pflanze; man muß sie hegen und pflegen, und zwar müssen sich beide Seiten darum bemühen. In diesem Sinne möchte ich Herrn Ruhe zustimmen, der davon gesprochen hat, wie notwendig es ist, daß sich unsere Völker gegenseitig umfassend kennenlernen. Ich will seine Ausführungen über gegenseitige Besuchsmöglichkeiten, über Jugendaustausch und andere Kontakte jetzt nicht wiederholen. Hierzu könnte man noch vieles sagen, was wichtig wäre.

Eine große Rolle spielt die Verbesserung der gegenseitigen Informationen über die Lebensverhältnisse des anderen. Hier verdienen vor allem die verschiedenen Kanäle, mit deren Hilfe solche Informationen übermittelt werden, unsere Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang erwähne ich die gemeinsamen Publikationen, die unter Mitwirkung des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit realisiert wurden.

Vielleicht kann auch der Bergedorfer Gesprächskreis dabei behilflich sein, gemeinsam eine Arbeit über die Geschichte zu verfassen, über die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen und die möglichen Zukunftsperspektiven. Eine solche Arbeit könnte das von uns allen angestrebte neue Klima in unseren Beziehungen entwickeln helfen.

Ein vierter Gesichtspunkt betrifft die Frage des Vertrauens. Herr Körber hat gesagt, die Umgestaltung, die heute in der Sowjetunion stattfindet, würde das Vertrauen stärken. Ich bin ihm dankbar für diese Äußerung. Wir teilen diese Ansicht und versuchen, auf diesem Wege weiterzugehen. Diese Umgestaltung wird aber nicht nur Veränderungen innerhalb unseres Landes mit sich bringen, sondern dieses Bemühen ist zugleich eine Einladung zur Zusammenarbeit, zum Dialog anstelle von Konfrontation. Die Bemühungen, das Vertrauen zu festigen, müssen natürlich auf beiden Seiten vorhanden sein, und dafür bieten sich viele Möglichkeiten an.

An erster Stelle würde ich hier die Suche nach gemeinsamen politischen Zielen nennen, die für beide Länder Gültigkeit haben. Die Gemeinsamkeit politischer Ziele ist die beste Voraussetzung für gegenseitiges Vertrauen. Natürlich wäre es unrealistisch, heute eine völlige Übereinstimmung unserer Ziele erreichen zu wollen. Aber in vielen Fragen hat es sie bereits gegeben. Das zeigen auch die Äußerungen, die hier von beiden Seiten gemacht wurden.

Die politische Suche unserer Regierungen nach Gemeinsamkeiten, vor allem bei so gravierenden Problemen, wie sie Fragen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und unser "gemeinsames europäisches Haus" betreffen, wäre einer der wichtigsten Beiträge zur Vertrauensförderung. Dabei dürfen wir nicht außer acht lassen, daß unsere Länder unterschiedlich sind und verschiedenen Bündnissen angehören. Keine Seite beabsichtigt, ihre Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern zu verletzen. Aber in dem historischen Rahmen, in dem wir uns befinden, können wir, dessen bin ich sicher, gemeinsame Ziele in vielen wichtigen Fragen finden, angefangen bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle bis hin zur Ökologie, die Herr Körber und Herr Ruhe erwähnt haben. Ich stimme mit ihnen darin völlig überein.

Für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen würde ich an erster Stelle die politischen Beziehungen und Kontakte für wichtig halten. In diesem Bereich sind ja auch bereits gewisse Erfolge zu verzeichnen. Auch wenn der politische Dialog zwischen unseren beiden Ländern nicht immer gleichmäßig verlaufen ist, entwickelt er sich doch weiter. Wie man aus den Absichten Moskaus und Bonns erkennen kann, wird das Jahr 1987 durch eine weitere Entwicklung und Vertiefung dieses Dialogs gekennzeichnet sein. Der Dialog ist an sich schon sehr gut, aber er muß uns zu einem konkreteren und praktischeren Zusammenwirken bei den politischen Problemen führen.

Das gilt besonders in Bereichen, von denen der Übergang zu einer neuen Qualität der Beziehungen in Europa und in der Welt abhängt. Dabei denke ich vor allem an die Einstellung des Wettrüstens, an Abrüstung und Rüstungskontrolle. Herr Ruhe hat das Problem der Mittelstreckenraketen angesprochen und gesagt, die Bundesrepublik Deutschland sei bestrebt, ein Abkommen über diese Raketen zu schließen. Das ist auch unser Bestreben.

Die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages treten dafür ein, daß in einem Abkommen über Abrüstungsfragen auch ein wirksames System der Kontrolle vorgesehen wird, bis hin zu Inspektionen vor Ort. Ich meine, wenn sich beide Seiten wirklich bemühen, dürfte einer solchen Vereinbarung nichts im Wege stehen. Wir sind der Meinung, daß Teilabkommen zur Abrüstung von Atomwaffen wichtig sind. Worauf es aber letztlich ankommt, ist, ein atomwaffenfreies Europa, ja, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. In diesem Punkt gibt es offenbar Differenzen. In der Erklärung von Bundeskanzler Kohl vom 18. März 1987 heißt es jedenfalls, die Bundesrepublik Deutschland sei für die Beibehaltung von Kernwaffen. Dem können wir nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, daß eine atomwaffenfreie Welt den Frieden am ehesten garantiert.

Eine andere Frage, die nicht besonders angesprochen wurde, die aber von großer Bedeutung ist, betrifft die Haltung unserer Länder zur Weltraumrüstung, zu SDI. In der Vergangenheit traten die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und ihre führenden Repräsentanten wiederholt für die Beibehaltung des Proliferationsvertrages und des ABM-Vertrages ein, und zwar in seiner ursprünglichen, einzig möglichen Interpretation. Im übrigen vermindert die unterschiedliche Auslegung von Verträgen den Wert dieser Verträge selbst. In der Regierungserklärung vom 18. März 1987 findet sich dazu keine Aussage. Hier würden wir gern den Standpunkt unserer Kollegen zu dieser Frage erfahren.

Herr Ruhe hat dann die Frage der konventionellen Waffen und ihrer Reduzierung angesprochen. Wir haben in diesem Punkt unsere Bereitschaft erklärt, einen solchen Weg einzuschlagen. Das sind unsere Budapester Vorschläge, die jetzt erneut in dem Moskauer Kommuniqué der Außenminister bestätigt wurden. Ich möchte Sie auf jenen Teil dieser Erklärungen aufmerksam machen, wo es darum geht, daß die Staaten des Warschauer Vertrages für eine schrittweise Senkung des Niveaus des Rüstungspotentials in Europa eintreten, wobei das militärische Gleichgewicht auf immer niedrigerem Niveau stets gewahrt sein muß. Sollte das Gleichgewicht in irgendwelchen Teilbereichen gestört sein, kommt es darauf an, es dort wiederherzustellen. Auf diese Weise eröffnen sich Möglichkeiten für die erfolgversprechende Behandlung dieses Problems.

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an Sie hinsichtlich der Erklärung des Bundeskanzlers in dem Teil, wo er die Bedeutung der konventionellen Waffen anspricht, während es in einer anderen Passage heißt, die Regierung strebe eine Reduzierung der Bundeswehr an, unabhängig von ungünstigen demographischen Tendenzen. Wie ist das zu interpretieren im Hinblick auf die Reduzierung des Rüstungspotentials und der Streitkräfte in Europa?

Ein besonders wichtiges Thema ist der Bau des europäischen Hauses. Dafür brauchen wir nicht nur eine Verringerung der Streitkräfte, sondern das Streitkräfteniveau müßte auf ein Maß der Truppenstärken reduziert werden, das zwar den Verteidigungsbedürfnissen gerecht wird, aber irgendwelche Angriffsmaßnahmen von vornherein ausschließt. Natürlich müssen wir in diesem Zusammenhang auch über eine Korrektur der Militärdoktrinen auf beiden Seiten sprechen.

Des weiteren verdient die Idee Beachtung, an der Nahtstelle der beiden Blöcke eine Zone zu schaffen, aus der die gefährlichsten Waffensysteme entfernt werden, um die Befürchtungen beider Seiten vor einem plötzlichen Angriff zu verringern. Alle diese Fragen verlangen unsere ungeteilte Aufmerksamkeit; dazu könnten Diskussionen wie diese hier und auch in anderen Expertengremien einen wichtigen Beitrag leisten.

Auf die Wirtschaftsbeziehungen will ich jetzt nicht näher eingehen. Unsererseits hoffen wir jedenfalls auf eine Weiterentwicklung dieser Beziehungen, und zwar in alten wie auch in neuen Formen. Anfang April dieses Jahres wird unsere Delegation anläßlich der Sitzung der gemischten Kommission in Bonn die verschiedenen Möglichkeiten erörtern.

Wir treten auch für kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen in allen möglichen Formen ein. Auf diesen Gebieten gibt es zwischen unseren Ländern eine lange Tradition, die weit in die Geschichte zurückreicht. Auch da könnte man heute vieles bewegen.

Wir denken des Weiteren an neue Formen der Zusammenarbeit in der internationalen politischen Arena, beispielsweise im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen. Sowohl die BRD als auch die Sowjetunion arbeiten in diese Richtung. Auch hier ließen sich wahrscheinlich gemeinsame Wege finden, um die Beziehungen zwischen Nord und Süd weiterzuentwickeln. Auf diese Weise könnte man dem Süden helfen, seine Probleme zu lösen, und gleichzeitig zur Beilegung jener Konfliktsituationen, die es in der dritten Welt gibt, beitragen.

Bei den Beziehungen zwischen unseren Ländern denken wir nun nicht nur an die Beziehungen zwischen unseren Regierungen und Parlamenten, sondern wir sehen auch die Notwendigkeit, die Kontakte zu den gesellschaftlichen Kräften Ihres Landes zu erweitern und zu verbessern. Wir akzeptieren den pluralistischen Aufbau und die besondere Struktur Ihres Landes. Wir pflegen zur Zeit Kontakte über verschiedene Organisationen auf unserer Seite, angefangen vom Zentralkomitee bis hin zum Friedenskomitee. Praktisch bestehen zu fast allen gesellschaftlichen Gruppen in Ihrem Lande Kontakte, die wir intensivieren wollen. Wir suchen auch nach neuen Partnern, mit denen wir bislang noch keine direkte Verbindung gehabt haben.

In der Erklärung von Bundeskanzler Kohl haben wir mit Befriedigung jene Passagen zur Kenntnis genommen, in denen die große Bedeutung zum Ausdruck kommt, die er den Beziehungen unserer Länder beimißt. Wir haben den Aufruf zur Unterstützung des neuen Denkens, mit dem sich unser Land an die anderen Länder wendet, aufmerksam registriert. Es gibt eine Reihe von Dingen, die wir gemeinsam tun können. Leider war die Nachkriegsperiode für unsere Länder in vieler Hinsicht eine Geschichte der verpaßten Gelegenheiten. Deshalb ist es heute wichtig, daß wir die bestehenden Chancen nicht wieder versäumen, sondern sie wahrnehmen.

Shurkin

Ich habe nur eine Frage an Herrn Ruhe. Als Sie vom "gemeinsamen europäischen Haus" sprachen, ein Konzept, das ich voll unterstütze, haben Sie an erster Stelle die USA - aus Höflichkeit auch Kanada - als Garanten für die Sicherheit Europas erwähnt.

Spielen die USA Ihrer Meinung nach eine wichtigere Rolle im europäischen Friedensprozeß, als das von unseren beiden Ländern anerkannt wird? Sehen Sie die USA auch in Zukunft als dominierende Kraft in Europa an, die auf den allgemeinen europäischen Prozeß beherrschenden Einfluß haben wird? Gehen Sie also davon aus, daß Europa auf absehbare Zeit in zwei militärische Blöcke geteilt bleibt?

Rühe

Ich habe darauf hingewiesen, daß auch in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Rolle der Amerikaner und Kanadier zum Ausdruck kommt und ihre Teilnahme von der Sowjetunion und den anderen Staaten Osteuropas akzeptiert worden ist. Insofern sind die Vereinigten Staaten ein auch von Ihnen akzeptierter Partner bei der Gestaltung des weiteren politischen Zusammenlebens in Europa.

Aus unserer Sicht spielen die Vereinigten Staaten eine wesentliche Rolle im Hinblick auf die Gewährleistung unserer Sicherheit. Das hat nichts mit einem fehlenden westeuropäischen Selbstbewußtsein zu tun. Dabei geht es nicht um Dominanz, sondern um Partnerschaft, die auf absehbare Zeit für eine friedliche und positive Entwicklung der Verhältnisse in Europa unverzichtbar ist.

Weidenfeld

Der Bergedorfer Gesprächskreis scheint ein Seismograph für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu sein. Wenn ich unseren heutigen Gesprächsbeginn einmal mit der Atmosphäre bei unserer letzten Konferenz in Moskau im Jahr 1984 vergleiche, dann kann man geradezu von einem qualitativen Sprung in unseren Beziehungen sprechen. Man hat fast den Eindruck, nicht mehr auf dem gleichen Planeten zu leben wie vor zwei Jahren. Es ist offenkundig sehr viel Bewegung in unsere bilateralen Beziehungen gekommen.

Ein Satz von Herrn Sagladin hat mich besonders sensibilisiert. Ich meine Ihre Bemerkung, niemand dürfe den anderen darüber belehren, wie er leben solle. Noch weitergehend hat es Gorbatschow in

seiner Rede vor dem 27. Parteitag formuliert, als er betonte, die Sowjetunion erhebe keine Ansprüche auf den Besitz der Wahrheit in letzter Instanz.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für mich die Frage: Heißt das für die Zukunft, daß wir in einer Welt mit vielfältigen Ordnungsmodellen und Ordnungsvorstellungen leben werden, wobei keine Idee die andere mit dem Hinweis auf ihre eigene Wahrheit zur Seite drücken kann? In diesem Fall besäße jede Idee nur eine relative Gültigkeit, wobei man lediglich unter Zweckmäßigkeitserwägungen die einzelnen Lösungsangebote pragmatisch prüfen würde. Die Sowjetunion würde dann beispielsweise ebenfalls bloß unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten auswählen, was sie von anderen Ordnungsvorstellungen aus der westlichen Welt übernehmen könnte.

Wenn man diesen philosophischen Ansatz weiterspinnst, so müßten sich daraus erhebliche Konsequenzen für die internationale Politik ergeben. Das würde nämlich ein selbstverständliches, undogmatisches Nebeneinander in einer pluralen Welt bedeuten. Die bisherigen Vorurteile und Feindbilder würden ihre Funktionen verlieren eine völlige Entdramatisierung des Ost-West-Konfliktes wäre die Folge und vieles andere mehr.

Meine Frage ist, ob ich jetzt zuviel an visionären Erwartungen sowohl in Ihre Bemerkung hineinlege, Herr Sagladin, als auch in den Satz von Gorbatschow, daß die Sowjetunion keine Ansprüche auf den alleinigen Besitz der Wahrheit erhebt?

Sagladin

Ihre Ausführungen, Herr Weidenfeld, gehen im Prinzip in die richtige Richtung. Es gibt zur Zeit auf der Welt nahezu 200 Staaten, die keineswegs gleich sind, insbesondere dann nicht, wenn sie unterschiedlichen Blöcken angehören. An diesen Gegebenheiten kann niemand etwas ändern. Diesen Zustand gewaltsam ändern zu wollen solche Vorstellungen gibt es ja;-, kann ich nur als Wahnsinn bezeichnen. Die geschichtlichen Erfahrungen in dieser Hinsicht sind nur negativ. Wir müssen also von Tatsachen ausgehen, sollten dabei aber nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Gemeinsamkeiten zwischen den Staaten berücksichtigen.

Hier wurde zutreffend gesagt, daß wir wirtschaftlich, kulturell und auf anderen Gebieten miteinander verbunden sind - auch durch gemeinsame Gefahren. Wie kann man all dem Rechnung tragen? Zunächst einmal müssen wir die Unterschiede zwischen den Ländern anerkennen sowie ihr Recht, so zu sein, wie sie wollen. Wir gehen davon aus, daß keiner irgend jemanden belehren soll, wie er zu leben habe. Man muß die Ordnung eines Landes respektieren, die es nur selbst verändern kann. Das heißt, wir dürfen uns nicht in diese Ordnung einmischen und versuchen wollen, dem anderen unser System bei der Lösung dieser oder jener Probleme aufzuzwingen. Das ist zur Zeit immer noch der Fall.

Es gibt einen Wettbewerb der Systeme, der aber bisher leider vornehmlich als Rüstungswettlauf ausgetragen wurde mit all den gefährlichen Folgen, die wir kennen. Diesen Wettbewerb müssen wir beenden. Statt dessen sollte man darin wetteifern, die Lebensbedingungen der Menschen zu sichern, die Natur zu schützen, um so die Voraussetzungen für das Leben der künftigen Generationen zu schaffen. Das ist ein Wettbewerb, bei dem niemand verlieren kann. In einem solchen Wettbewerb können wir von Erfahrungen aller Staaten profitieren, auch derjenigen, die zu einem anderen Gesellschaftssystem gehören, wie zum Beispiel die Bundesrepublik.

Was die Auswirkungen der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Weltmarkt angeht, so verfügen wir auf dem Gebiet über sehr viel geringere Erfahrungen als Sie. Ich gebe ehrlich zu, bei unseren jüngsten Entscheidungen zur Außenhandelspolitik hinsichtlich der neuen Formen und Wege, die wir anstreben, wissen wir noch nicht, wie man sie realisieren kann. Hier könnten uns die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit westdeutschen Unternehmen, seien es große, mittlere oder kleine, bei der Lösung unserer Probleme helfen.

Sicher werden wir einiges übernehmen. Dennoch werden wir auf unserem Weg zum Sozialismus weitergehen mit dem Ziel, die bei uns bereits bestehende Gesellschaft zu vervollkommen. Wir haben nicht vor, von diesem Weg abzuweichen. Wichtig ist, daß niemand Anspruch auf das Wahrheitsmonopol erhebt. Keiner sollte anderen Ländern Zensuren erteilen, sie als gut oder böse bezeichnen und sie darüber belehren wollen, wie sie zu leben haben. Das wäre eine gute und vertrauensvolle Basis für gleichberechtigte Beziehungen, die für beide Seiten von Vorteil sind.

Sommer

Lassen Sie mich zu Beginn sagen, daß ich Moskau noch nie so interessant, so aufregend in einem geradezu historischen Sinne gefunden habe wie im Augenblick. Mein Eindruck ist: Was sich hier

vollzieht, geht nicht in der quälenden geologischen Langsamkeit vor sich, mit der die Gletscher abschmelzen, sondern hier findet ein tektonisches Beben statt, das die Landschaft grundlegend verändern könnte.

Ich bin Historiker und kenne mich auch ganz gut in der russischen Geschichte aus; das bewahrt mich vor jeder Reformeuphorie. Mir steht das Schicksal vieler Ihrer Reformer von Peter dem Großen bis zum Grafen Stolypin vor Augen. Es wird ja bei uns durchaus die Frage debattiert, ob wir Ihrem Experiment eigentlich Erfolg wünschen sollen oder nicht, ob eine reformierte Sowjetunion in der Welt von heute und morgen ein besserer Partner sein wird als eine unreformierte Sowjetunion. Ich gehöre jedenfalls zu denen, die Ihnen Glück und Erfolg wünschen.

Wenn ich es recht sehe, könnte man das, was hier geschieht, mit dem Begriff "Entbreschnewisierung" charakterisieren. Zum einen scheint sich die ideologische Erstarrung zu lösen. Zum zweiten versuchen Sie aus der wirtschaftlich-technischen Stagnation herauszufinden. Drittens geht es um eine Abkehr von dem, was ich - als ein Charakteristikum der Breschnew-Ära in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine Art von weltweitem Abenteuerum nennen würde. Nach der Vollendung der ersten Entspannungsphase in Europa versuchte die Sowjetunion, in anderen Teilen der Welt - von Moçambique über Angola, Hörn von Afrika bis hin nach Afghanistan - auszugreifen. Der betrübliche Effekt war, daß die dadurch verursachten Spannungen außerhalb Europas die europäische Entspannung neuen Belastungen aussetzte.

Schließlich nenne ich eine unverantwortliche Rüstungspolitik auch Rüstungskontrollpolitik als ein viertes Charakteristikum der Breschnew-Zeit. Die Aufstellung der SS 20 beispielsweise hat, wie in den letzten Jahren deutlich wurde, unselige Folgen gehabt, die das Verhältnis zwischen Ost und West enorm belasteten. Der zeitweilige Rückzug von den Rüstungskontrollverhandlungen hatte ebenfalls gravierende Konsequenzen.

Ich frage mich nun angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen: Wie haltbar sind eigentlich die Veränderungen, die sich gegenwärtig anbahnen? Was gibt uns die Hoffnung, daß die Entwicklung dieses Mal dauerhafter ist als bei früheren Tauwetterern? Wie weit wird man am Ende gehen? Ich denke etwa an das plötzliche Aufleben der intellektuellen Debatte in Ihrem Lande oder an die Entlassung von 140 Dissidenten. Mich würde sehr interessieren, unter welcher Perspektive Sie dieses Geschehen begreifen und wie der Prozeß weitergehen soll.

Dann die wirtschaftlich-technische Reform, die Umgestaltung, der Umbau, wie Sie sagen. Was wird sich in, sagen wir, fünf Jahren verändert haben? Wie groß ist der Bereich der Wirtschaft, in dem sich die Veränderung auswirken wird? Werden das 5 Prozent sein oder 50 Prozent? Wie müssen wir uns das vorstellen? Was sind da vernünftige Maßstäbe und Zeitrahmenerwartungen?

Was das Ausgreifen in die dritte Welt angeht, so ist da in den letzten Jahren durchaus eine sowjetische Zurückhaltung in vielen Regionalkonflikten zu beobachten, die ja leicht zu Friktionen mit der anderen Supermacht führen könnten. Das gilt für Mittelamerika ebenso wie für den Mittleren Osten. Aber die Korrektur in Afghanistan eines von uns aus gesehen gravierenden Fehlers - steht noch aus. Welche berechtigten Hoffnungen darf man in dieser Hinsicht haben?

Bei den Rüstungskontrollverhandlungen stelle ich bei Ihnen am meisten Bewegung fest, wenn es auch noch einige schillernde Bereiche gibt. Das zeigt sich zuweilen bei der Debatte um die Mittelstreckenraketen, aber auch in der Weise, wie unterschiedlich Sie zu verschiedenen Zeiten die Einbeziehung der englischen und französischen Nuklearpotentiale behandeln. Auch hier wäre ich dankbar, wenn Sie deutlich machen könnten, welches Ziel Sie dabei letztlich verfolgen.

Ich würde zugleich gern wissen, wie sich das neue Denken auf Ihre Haltung zu dem Verhältnis auswirken wird, das die beiden deutschen Staaten zueinanderzufinden versuchen. Ich halte es für sehr wichtig, daß die Sowjetunion nicht dem im Wege steht - wie das in der Abenddämmerung der Ära Breschnew der Fall war;- , was zwischen den beiden deutschen Staaten möglich ist. So wurde im Jahre 1984 der Besuch des Generalsekretärs der SED in die Bundesrepublik verhindert. Wie weit ist Ihre Politik da von Befürchtungen bestimmt, daß die Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten möglicherweise zu weit gehen könnte? Haben Sie Angst vor einer Wiedervereinigung, die ja allenfalls in geschichtlichen Zeiträumen zu schaffen wäre?

Oder sind Sie schon gegen ein zu gutes Verhältnis zwischen Berlin, Hauptstadt der DDR, und Bonn, Hauptstadt der Bundesrepublik?

Eine letzte Frage: Wird sich "glasnost", die Offenheit, auch auf den Bereich der sowjetischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ausdehnen? Werden wir beispielsweise mehr Transparenz bei den sowjetischen Verteidigungsausgaben bekommen den tatsächlichen, nicht den angeblichen;- , so

daß wir nicht mehr auf Schätzungen des CIA und der anderen Geheimdienste angewiesen sind, die vielfach revisionsbedürftig sind? Ist eine Herabsetzung der Verteidigungsausgaben bei Ihnen überhaupt diskutierbar? Ich frage das insbesondere im Hinblick darauf, daß der amerikanische Kongreß mindestens ein weiteres Anwachsen der amerikanischen Verteidigungsausgaben in der nächsten Zeit offensichtlich verhindern will. Ist es denkbar, daß Sie eine personelle Verminderung Ihrer Streitkräfte ins Auge fassen, wie sie Nikita Chruschtschow Anfang der sechziger Jahre durchgeführt hat, als er über eine Million Mann demobilisierte? Welche Rolle spielen die Streitkräfte überhaupt in der ganzen Ära des neuen Denkens und in dem Prozeß, in dem außen- und sicherheitspolitische Kriterien neu durchdacht werden?

Dies sind sehr viele Fragen; aber sie gelten alle Dingen, die uns sehr bewegen.

Falin

Eine alte Weisheit sagt, daß es leichter ist, Fragen zu stellen, als Antworten zu geben. Theo Sommer hat dafür ein gutes Beispiel gegeben. Aber auch wir werden Ihnen einige Fragen stellen, für die wir um Antwort bitten.

Arbatow

Es wäre anmaßend von mir, wollte ich versuchen, alle Fragen zu beantworten, die Theo Sommer hier gestellt hat.

Zunächst einige Anmerkungen zu der Frage, was heute in der Sowjetunion vorgeht. Ich hoffe, unsere Freunde und Kollegen aus Westdeutschland verstehen, daß wir das, was wir in unserem Lande gegenwärtig tun, nicht deshalb machen, um Ihnen damit zu gefallen. Es wird getan, weil wir es aus unserer Sicht für notwendig halten. Das bedeutet nicht, daß wir Ihre Meinung dazu nicht schätzen oder ignorieren wollten. Aber ich betone noch einmal: Diese Dinge tun wir für uns selbst.

Falin

Darin unterscheidet sich die Politik von der Damenmode.

Arbatow

Wir haben unsere Geschichte selbst durchlitten und brauchen uns vor niemandem zu rechtfertigen. Ohne bestimmte Perioden Ihrer Geschichte, die es in der Form bei uns nicht gegeben hat, vergleichen zu wollen, stelle ich fest, daß es auch in Ihrer Geschichte leidvolle Phasen gegeben hat, die Sie durchleben mußten. Wir sind im Unterschied zu vielen anderen aus eigenen Stücken bewußt zu der Einsicht gelangt, was in unserer Geschichte richtig und was falsch war. Wir suchen selbst nach Wegen, die Fehler wiedergutzumachen. Das ist kein leichter Prozeß.

Auf viele Fragen, die Sie gestellt haben, Herr Sommer, gibt es im Augenblick noch keine Antwort. Wir wissen bei vielen Dingen heute nicht, wie die Entwicklung verlaufen, wie sich zum Beispiel unsere Wirtschaft entwickeln wird. Es wäre naiv, wenn wir behaupten wollten, wir würden das alles schon wissen.

Was die Einstellung des Westens dazu angeht, so werden wir unseren Weg gehen, ob es Ihnen gefällt oder nicht, was nicht bedeutet, daß es uns gleichgültig ist, wie Sie darüber denken. Denn - da stimme ich Herrn Sommer durchaus zu - grundsätzlich müssen wir alle daran interessiert sein, daß auch auf der jeweils anderen Seite die Dinge in Ordnung sind. Das gilt genauso für die USA oder für China.

Die Einschätzung, die man leider auch von klugen und erfahrenen Leuten hört, welche aber offenbar nicht imstande sind, die Realitäten zu verstehen - das zeigte sich beispielsweise beim kürzlichen Besuch von Henry Kissinger in Moskau;-, geht dahin, daß die Sowjetunion um so gefährlicher ist, je stärker sie wird. Eine solche Ansicht verkennt vollkommen die heutigen Realitäten. Wenn man bei uns von einem Umbruch in der Außenpolitik spricht, dann bedeutet das vor allem, daß wir uns bemühen, unsere Vorstellungen über die internationale Lage, die militärischen und politischen Probleme mit den Realitäten der Gegenwart in Einklang zu bringen. Daran hat übrigens Gorbatschow während seines ersten Auslandsbesuchs als Generalsekretär in seinen Gesprächen mit Präsident Mitterrand erinnert. Herr Ruhe hat das erwähnt. Gorbatschow hat in seiner Rede vor dem französischen Parlament gesagt, das menschliche Bewußtsein habe leider die negative Eigenschaft, hinter den sich rasch ändernden Realitäten zurückzubleiben.

Bei dieser vorgenannten Aufgabe der Schaffung eines neuen internationalen Systems, die wir uns gestellt haben, kommt es natürlich darauf an, daß wir uns als Partner verstehen. Es geht nicht um irgendeine Kosmetik, nicht darum, nur ein paar Raketen und einige Soldaten einzusparen, sondern es geht um ein neues internationales Sicherheitssystem. Das können wir nur gemeinsam schaffen. Bei allen Unterschieden, die es zwischen uns gibt, hier besteht ein gemeinsames Interesse - so wie Herr Körber auf die große Umweltbedrohung hingewiesen hat, der wir alle ausgesetzt sind.

Ich würde es so zusammenfassen: Um in große Schwierigkeiten zu geraten, brauchen wir nicht einmal etwas Schlechtes zu tun. Es reicht, wenn wir so weitermachen, wie wir uns in den vergangenen Jahren verhalten haben. Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, bedarf es sehr großer Anstrengungen von beiden Seiten. Jeder muß sich umstellen in seinem Problemverständnis, seiner Politik, seiner Einschätzung der eigenen Vergangenheit.

Herr Ruhe hat meinen Freund Alexander Bowin erwähnt und seinen Artikel in den "Moskauer Nachrichten" zitiert. Ich meine, daß die SS-20-Frage so einfach nicht zu beantworten ist. Nach der damals geltenden Logik gab es für die Militärs und Politiker gute Gründe, die SS-20 als Ersatz für die SS 4 und SS 5, deren Aufstellung im Westen seinerzeit keinerlei Protest hervorgerufen hatte, zu stationieren.

Sommer

Gab es dafür Gründe?

Arbatow

Die gleichen Gründe, die die Amerikaner dazu veranlaßt haben, die Minuteman 1 durch die Minuteman 2 und später durch die Minuteman 3 zu ersetzen und auch andere Dinge zu tun. Nach den alten Spielregeln, an die sich beide Seiten lange Zeit gehalten haben, war das durchaus richtig. Heute sehen wir, daß wir nicht so weitermachen können.

Aus heutiger Sicht könnten wir auch die Frage stellen, ob es wirklich erforderlich war, die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen; oder warum es nötig war, die Raketen scharf zu machen, so daß wir uns heute vor einer Destabilisierung fürchten. Es gibt Dutzende solcher Fragen. Deshalb halte ich es für wichtig, daß wir die gegenseitigen Beschuldigungen unterlassen und uns mehr darauf konzentrieren, wie man die Probleme löst, vor denen wir stehen. Dabei muß man auch nach neuen Methoden suchen.

Es gibt in unserem Lande viele kritische Stimmen zu unserer Politik Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre. Aber wir sollten dabei den richtigen Maßstab anlegen. Meine Kollegen und ich haben das politische Alltagsleben mitgestaltet, ohne zum Zentrum der großen Politik zu gehören. Natürlich wußte ich über die politischen Vorgänge Bescheid, und ich möchte deutlich sagen, daß wir damals keine Expansionsbestrebungen hatten. Was Sie über Moçambique, Angola und so weiter sagen, entspricht auch irgendeinem Stereotyp. Das ist genauso falsch. Was wir damals durchlebt haben, war eine Zeit, als der Zerfall der Kolonialreiche seine letzten Konvulsionen erlebte. In den Überresten des portugiesischen Kolonialreiches herrschte Krieg. Es gab verschiedene rivalisierende Gruppierungen, die teilweise auch vom CIA unterstützt wurden, obwohl der amerikanische Kongreß, wie Sie wissen, dagegen war. Diese Situation war nicht gerade einfach.

Auf Afghanistan möchte ich hier nicht weiter eingehen. Die damalige Entscheidung war für uns sehr schmerzlich. Sie wurde aber getroffen, weil wir außerordentlich besorgt waren über die Vorgänge in diesem Land, mit dem wir eine gemeinsame Grenze haben. Wir befürchteten damals, daß die Aktivitäten der Amerikaner darauf hinauslaufen würden, sich für den Verlust im Iran zu revanchieren und ihre Stützpunkte an einer anderen Stelle zu errichten, und zwar in einem Gebiet, wo unsere Grenzen verwundbar sind. Die USA unterhalten eine Flotte im Persischen Golf; sie hatten die Ratifizierung von SALT II abgelehnt. All das hat in der damaligen Situation eine Rolle gespielt. Deshalb haben wir nach mehrmaliger Ablehnung auf die Bitten der afghanischen Regierung schließlich zugestimmt, militärische Hilfe zu leisten.

Zur Zeit suchen wir nach einem Ausweg, um das Problem zu lösen, was einigen Leuten in den USA gar nicht zu passen scheint. Ich meine aber, es wäre auch im amerikanischen Interesse, wenn dieses Problem aus der Welt kommt. Wenn man in den USA über den islamischen Fundamentalismus klagt, so wird dieser durch nichts so angespornt wie durch das, was als Dschihad, als Heiliger Krieg dargestellt wird. Dieser Krieg destabilisiert darüber hinaus eine äußerst verwundbare Region, wenn ich nur an Pakistan und seine angrenzenden Gebiete denke. Hier öffnet sich in der Tat die Büchse der Pandora.

Überdies ist diese Region zu einem Tummelplatz des internationalen Terrorismus geworden. Von dort kommt auch eine Flut von Drogen. Als wir im vergangenen Jahr in Indien eine Konferenz hatten, berichtete ein Freund von Egon Bahr aus Pakistan, daß man auf dem Basar in Peschawar zu einem vernünftigen Preis eine SAM-7-Boden/Luft-Rakete erstehen könne. Und dann wundert man sich darüber, wieso von Terroristen Flugzeuge abgeschossen werden. Über all diese Dinge sollten wir intensiv nachdenken.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, daß wir versuchen, für die Umgestaltung unseres Landes Dinge vorurteilslos und nüchtern zu betrachten und uns vor Übertreibungen zu hüten. Wir sehen den Schwierigkeiten ins Gesicht, die vor uns stehen. Wir haben in der Vergangenheit Mißerfolge erlebt, als erfolgversprechende Ansätze auf der Strecke blieben. Dies möchten wir nicht wiederholen.

Wir erwarten keine Hilfe von Ihnen in dem Sinne, daß Sie unsere Probleme lösen; aber es gibt gemeinsame Probleme, die wir nur gemeinsam lösen können. Diese Probleme sollten wir in unserem Gespräch genauer zu definieren suchen, ohne dafür heute schon Rezepte finden zu können. Aber wir hätten viel erreicht, wenn wir besser erkennen, wo realistische Antworten auf unsere Fragen überhaupt zu finden sind und was wir künftig tun können.

Schmidt

Ich möchte einige Bemerkungen in Richtung auf die weitere Zukunft machen; dabei spreche ich hier als Privatmann.

Zunächst aber ein Rückblick: Nach der kubanischen Raketenkrise und nachdem Leonid Breschnew sein Amt als Generalsekretär angetreten hatte, bin ich 1966 zum ersten Male nach Moskau gekommen. Valentin Falin war damals ein junger aufgehender Star in der dritten europäischen Abteilung, sein Chef war Semjonow. Von den Politbüromitgliedern, die ich in den 60er Jahren kennengelernt habe, sind viele nicht mehr da, nur Andrej Gromyko verkörpert die Kontinuität. Der Name Gorbatschow war damals noch völlig unbekannt.

Ein Jahrzehnt später, 1975, war ich bei Mao Tse-tung zu Besuch; er hatte bereits einen Schlaganfall hinter sich, war aber ganz klar im Kopf. Seinen Ideen konnte ich allerdings überhaupt nicht folgen. Er war fest davon überzeugt, daß es mit der Sowjetunion Krieg geben werde. Chruschtschow und Breschnew nannte er Verräter; außer Stalin ließ er niemanden gelten. Ein paar Jahre darauf war Hua Kuo-feng an der Macht. Er äußerte sich vorsichtiger und meinte, die Chinesen würden versuchen, den Krieg mit der Sowjetunion so lange wie möglich herauszuzögern. Heute ist in Peking keine Rede mehr von der Unvermeidbarkeit eines Krieges mit der Sowjetunion.

1975 fand die Gipfelkonferenz von Helsinki statt als Höhepunkt - aber leider auch als Schlußpunkt - der Entspannungsepoche, einer Epoche, die wir vor allem Nixon und Breschnew verdanken. Danach kam unter anderem die SS 20 und auch die Ablehnung der Null-Lösung durch Breschnew (heute sind die Sowjets dafür; jetzt werden wahrscheinlich einige Amerikaner dagegen sein). Dann kam 1979 der NATO-Doppelbeschluß; die Gespräche zwischen Kwizinski und Nitze wurden abgebrochen, Reagan sprach von "evil empire". Es folgte die SDI-Kampagne mit positiven Vorzeichen in Amerika, mit negativen in der UdSSR. Beide Seiten verschwiegen aus entgegengesetzten Motiven die Tatsache, daß die Sowjetunion ihr eigenes SDI mit demselben Nachdruck entwickelt - sie nennt es nur nicht so. Dann fanden die beiden Gipfeltreffen in Genf und in Reykjavik statt, und jetzt haben wir wieder etwas mehr Hoffnung.

Wenn ich nach diesem persönlichen Rückblick auf die letzten 25 Jahre die heutige Situation beschreiben sollte, so würde ich sagen: Zwar ist die Welt im Fluß - nicht nur zwischen Ost und West, auch zwischen der Sowjetunion und China, und zwischen China und dem Westen;- aber es sind immer noch die alten Probleme, nämlich ABM, SALT, KSZE, MBFR, INF - und überall nach wie vor Mißtrauen und viele kleine taktische Schlauheiten. Die Welt ist im Fluß, aber wir haben bisher seit 1975 kaum wirkliche Fortschritte erreicht.

Damit komme ich zu meiner Feststellung: Für die beiden großen, industriell entwickelten Weltmächte, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika China kann man hier noch nicht nennen, weil es mit 300 Dollar Jahreseinkommen pro Kopf gerade über die Schwelle hinweg ist, unterhalb welcher es zu den least developed countries gezählt werden müßte;- muß gesagt werden, daß sie die wichtigsten Probleme der Welt von morgen verschlafen. Dazu zählen erstens die Rüstungsbegrenzung, zweitens die Explosion der Weltbevölkerung und drittens die globale Zerstörung der Atmosphäre, des Wassers und der natürlichen Umwelt des Menschen.

Zur Rüstungsbegrenzung nur wenige Sätze: Über MBFR wird seit bald drei Jahrzehnten ohne Ergebnis verhandelt. Daraus wird wohl auch nichts mehr, es sind alles eingefahrene Aktivitäten und Taktiken; man sollte sich an einen neuen Tisch setzen, dem Ganzen einen anderen Namen geben, neue Unterhändler ernennen und möglichst all die alten Akten verbrennen, wenn überhaupt noch etwas dabei herauskommen soll. Der Nonproliferation-Vertrag ist seit fast 20 Jahren in Kraft; beide Weltmächte haben ihre Pflichten aus diesem Vertrag nicht erfüllt, im Gegenteil. Sie hatten sich verpflichtet - als Gegenleistung für die Unterschrift der nicht-nuklearen Europäer;- ihre nukleare Rüstung zu vermindern; statt dessen haben sie sie seitdem potenziert. Was die Null-Lösung bei INF angeht, so höre ich natürlich mit großer Genugtuung (nachdem der Vorgänger von Herrn Gorbatschow mich zurückgewiesen hatte, als ich ihm diese Lösung 1980 erstmalig vorschlug) Gorbatschows Zustimmung.

Es sieht indes nicht so aus, als ob auf dem Felde der Rüstungsbegrenzung schnell große Fortschritte gemacht werden könnten. Aber für die Welt wäre es dringend notwendig, daß die beiden Großen ein Beispiel setzen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Entwicklungsländer, das sind rund 120 Staaten, pro Jahr gemeinsam siebenmal so viel für militärische Zwecke ausgeben, wie sie gemeinsam an Entwicklungshilfe empfangen - ein grotesker Zustand. Aber das schlechte Beispiel geben die beiden Großen und ihre jeweiligen Verbündeten, wir Deutschen eingeschlossen.

Zum zweiten Hauptthema: Weltbevölkerung. 1925, dem Jahr als ich zur Schule kam, gab es zwei Milliarden Menschen auf der Welt. 1985 waren es fünf Milliarden Menschen; im Jahre 1999 werden wir die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten, und im Jahre 2020 können wir bei acht Milliarden Menschen angelangt sein. Das heißt: eine Vervierfachung der Weltbevölkerung innerhalb von drei Generationen, innerhalb eines Jahrhunderts. Allein in Indien werden dann 1,7 Milliarden Menschen leben. Auch die Sowjetunion gehört zu den Staaten mit erheblicher Bevölkerungsvermehrung, wobei nicht so sehr die Slawen, als vielmehr die im Süden lebenden Nationalitäten zunehmen. Inzwischen, so habe ich gelernt, sind Sie bei über 280 Millionen Menschen angekommen und werden vor Ende dieses Jahrhunderts über 300 Millionen erreichen.

Bei dieser Bevölkerungsexplosion ist es ausgeschlossen, die globale Zerstörung der Atmosphäre, des Wassers und der natürlichen Umwelt insgesamt - mein drittes Hauptthema - zu verhindern. Wenn wir nur daran denken, was acht Milliarden Menschen an Energie verbrauchen werden, um sich ihr Essen zu kochen und sich im Winter zu wärmen.

Leonid Breschnew hatte seinerzeit eine Energiekonferenz zwischen West und Ost vorgeschlagen. Das wäre vielleicht ein Einstieg gewesen in diese Problematik. Ich habe mich damals vergeblich bemüht, für diesen Vorschlag in Amerika um Vertrauen und Zustimmung zu werben. Am Ende ist nur eine Energiekonferenz der westlichen Staaten in Washington dabei herausgekommen; sie hat immerhin die Augen der westlichen Regierungen dafür geöffnet, daß Erdöl nicht unbegrenzt verfügbar ist. Wenn es den Herren in Teheran und in Bagdad gefallen sollte, sich gegenseitig die Ölfelder zu zerstören - dazu bedürfte es keiner großen Anstrengung;- dann fehlten pro Tag einige Millionen Barrel Öl, und die Ölpreise würden sich verdoppeln; und wenn die OPEC solche Gelegenheit nutzte, so könnten sich die Ölpreise sogar sehr schnell verdrei- und vervierfachen, ebenso wie Gaspreise. Für die Außenhandelsbilanz der Sowjetunion sicher eine schöne Perspektive - aber die anderen Osteuropäer und auch die Bundesrepublik und alle ölimportierenden Staaten würden darunter schrecklich leiden.

Aber beim Öl geht es nicht nur um eine ökonomische Frage, um die Verfügbarkeit ausreichender Mengen und um Preise. Bei allen fossilen Energieträgern entstehen durch den Verbrennungsprozeß Abfallstoffe, Oxyde, insbesondere Kohlendioxyd. Die Veränderung der äußeren Atmosphäre durch die Zunahme von Kohlendioxyd wird heute von ernsthaften Naturwissenschaftlern kaum noch bestritten. Es spricht alles dafür, daß sich die äußere Atmosphäre bis zum Jahre 2020 so sehr verändert haben wird, daß die Sonneneinstrahlung auf die Erde nicht mehr im bisherigen Maße voll reflektiert werden kann. Es wird zu einer Aufheizung der gesamten Erde in der Größenordnung von ein bis zwei Grad Celsius kommen. Die Folgen werden sein, daß Tausende von Arten von Organismen, Tieren und Pflanzen absterben und daß die Ozeane ansteigen werden. Für die Naturwissenschaftler ist dies nahezu Gewißheit; aber die Politiker beider Weltmächte und ihrer Verbündeten nehmen davon so gut wie keine Kenntnis.

Statt all unsere finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten gemeinsam für die Lösung der großen Weltprobleme einzusetzen, vergeuden wir unsere Mittel nach wie vor für Rüstungsvorhaben. Wir wissen heute noch nicht, ob die Risiken der Kernkraft - siehe Tschernobyl oder Three-Miles-Island - oder die Risiken, die aus den fossilen Energieträgern resultieren, größer sind. Deshalb versuchen wir, eine Risikoteilung vorzunehmen, so wie das in der Sowjetunion und

auch bei uns im Westen geschieht, indem wir uns nicht auf einen Energieträger allein verlassen. Natürlich müssen die Energiepreise steigen, um den Energieverbrauch zu senken und die Energieeinsparung zu forcieren.

Noch sind wir nicht in der Lage, die Sonnenenergie auch nur entfernt so auszunutzen, wie es bei entsprechend hohem Forschungseinsatz möglich wäre. Wir brauchen zum Beispiel Sonnenenergie zur Herstellung von Wasserstoff, zum Beispiel für Wasserstoffmotoren, die statt der Abgase von Öl- und Benzinmotoren Wasserdampf ausstoßen und keine Stickoxyde oder Kohlendioxyd. Wenn auch nur 10 Prozent des Forschungsaufwandes, den die beiden Weltmächte in die Rüstungsentwicklung stecken, für solche Aufgaben verwandt würden, könnte sich auf der Welt vieles zum Besseren wenden.

Es gibt in Deutschland eine hervorragende naturwissenschaftliche Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, früher einmal Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft genannt, mit einigen 30 naturwissenschaftlichen Forschungsinstituten und ich weiß nicht wie vielen Nobelpreisträgern im Laufe der Jahrzehnte. Seit drei Jahren bemühen sich einige bisher ohne Erfolg;-, bei der Max-Planck-Gesellschaft ein Forschungsinstitut errichten zu lassen, das nur einen Ausschnitt aus dem eben geschilderten atmosphärischen Problem untersuchen soll, nämlich woran es liegt, daß Bäume und Wälder kaputtgehen. Das Institut gelingt bisher deshalb nicht, weil sich alle Forscher, die es angehen würde, lieber für ihre jeweiligen Spezialgebiete interessieren. Der eine beschäftigt sich nur mit Geologie, der andere mit Klimatologie, der dritte mit diesem und der vierte mit jenem. Jeder bohrt immer tiefer in seinem Loch, ohne sich mit seinem Nachbarn über die Ergebnisse, die sie in verschiedenen Disziplinen finden, richtig auszutauschen. In vielen Fällen können sich die Wissenschaftler verschiedener Fächer untereinander kaum verständigen - wie soll das dann bei den Politikern und bei der öffentlichen Meinung erst aussehen?

Ich möchte also beiden Seiten an diesem Tisch sagen, daß es nicht nur aus Gründen der Friedenserhaltung notwendig ist, einen erheblichen Teil unserer militärischen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten umzuwidmen zugunsten der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt.

Es ist genauso wichtig, die Bevölkerungsexplosion zu bekämpfen, das heißt Familienplanung zu betreiben. Das trifft am wenigsten auf Westeuropa zu - wir Deutschen haben ja sogar schon einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen;- , aber in der Türkei und in Ägypten beispielsweise hat sich die Bevölkerung in nahezu einer Generation fast verdoppelt; in südlichen Teilen der Sowjetunion sieht es ähnlich aus. Das sind die wirklichen Probleme von morgen.

Ich möchte noch von einem Gesprächsexperiment berichten, das ein Freund von mir, der Japaner Takeo Fukuda, und ich vor zwei Jahren überlegt hatten. Wir wollten religiöse und philosophische Führer aus allen Erdteilen mit Politikern zusammenbringen. Wir haben von beiden Seiten nur ganz wenige Personen eingeladen. Die meisten Politiker waren ehemalige Staats- und Regierungschefs, nämlich zwei ehemalige Staatschefs aus Schwarzafrika und aus Südamerika, zwei ehemalige Regierungschefs aus Westeuropa, einer aus Osteuropa und einer aus Australien. Unter den religiösen und philosophischen Führern befanden sich der oberste buddhistische Priester aus Sri Lanka, einer der höchsten Würdenträger des Hinduismus aus Delhi; der dritte war ein philosophisch gebildeter Chinese, der vierte ein Kommunist aus Budapest, der von sich sagte, er sei als Katholik geboren worden; der fünfte war der oberste islamische Priester des größten islamischen Landes (nämlich Indonesien mit 130 Millionen Moslems), der sechste war ein hoher protestantischer Würdenträger aus Nordamerika, der siebente, ein alter Freund, war ein römisch-katholischer Kardinal aus Europa.

Zwei Tage haben wir über die Weltprobleme debattiert, die auch hier in Moskau zur Sprache kommen. Schon am Abend des ersten Tages konnten wir uns - für uns alle überraschend, die wir aus so unterschiedlichen Lagern kamen - auf eine gemeinsame Einsicht verständigen, daß nämlich diese Probleme, die uns alle angehen, auf einer gemeinsamen ethisch-philosophischen Basis angegangen werden müssen und können(!), wenn wir sie bewältigen wollen.

Das ging hin bis zu dem unter Christen, aber auch unter Moslems teilweise sehr umstrittenen Thema Familienplanung. Wir kamen jedenfalls völlig überraschend alle auf der gleichen ethischen Basis an. Wir nannten sie Solidarität. Das heißt, wir waren der Ansicht, jeder müsse etwas dazu beitragen, damit das Problem gelöst wird. Es geht nicht an, daß die Völker im Süden die Völker im Norden - zu denen auch die Sowjetunion gehört - anklagen und meinen, sie selber brauchten nichts zu tun. Umgekehrt ist es auch nicht angängig, daß die Völker im Norden meinen, bei ihnen sei doch alles bestens, sollen die im Süden sehen, wo sie bleiben. Sri Lanka zum Beispiel, eines der ärmsten Länder der Welt, muß Familienplanung betreiben. Wir alle müssen also dazu beitragen, daß die Explosion der

Weltbevölkerung vermieden und die Zerstörung der äußeren Atmosphäre verhindert wird; beides hängt unmittelbar miteinander zusammen.

Uns allen gemeinsam war die Erkenntnis, daß diese wirklich großen Probleme, mit denen wir Anfang des nächsten Jahrhunderts in ungeahntem Maße konfrontiert sein werden, zu ihrer Lösung genauso der gemeinsamen Anstrengungen bedürfen wie die Abrüstungsprobleme und die Rüstungskontrollfragen, auf die wir alle so viel Fleiß und taktischen Scharfsinn verwendet haben, ohne dabei bisher wesentliche Fortschritte zu erzielen.

Die Weltprobleme müssen und können auf einer gemeinsamen ethisch-philosophischen Basis angegangen werden

Falin

Herr Schmidt erwähnte die von ihm damals vorgeschlagene Energiekonferenz. Ich meine, wir haben etwa 10 Jahre verloren, um uns mit Energiequellen zu beschäftigen, die nicht derartig negative Folgen für die Menschheit haben. Ich denke insbesondere an die Kernfusion.

Was den Treibhauseffekt angeht infolge der CO₂-Emission, so schätzen unsere Wissenschaftler die Wirkungen etwas anders ein als eine Reihe ihrer westlichen Kollegen. Jüngste Forschungen weisen nach, daß die Hauptquelle der Verunreinigung der Atmosphäre und des sauren Regens nicht die Kraftfahrzeuge sind, sondern die in der Landwirtschaft verwandten Methoden, besonders die Pflanzenschutzmittel, die Herbizide.

Aber das Problem, das Herr Schmidt aufgeworfen hat, gehört sicher zu den zentralen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen sollten.

Portugalow

Erlauben Sie, daß ich die weltumspannenden Problemkreise, die Herr Schmidt eben vor uns ausgebreitet hat, wieder verlasse und in den engeren europäischen Rahmen zurückkehre, allerdings zu einem Problem, das aus meiner Sicht von großer Bedeutung für die Zukunft ist.

Ich wende mich dabei an den Staatsmann und Publizisten Helmut Schmidt, dessen Kreativität wir ja ein neues Denkmodell verdanken. Ich muß holzschnittartig reden: Ich meine die Bildung eines deutsch-französischen Verteidigungskerns durch Erweiterung der französischen Atomgarantie auf die Bundesrepublik Deutschland, vielleicht sogar auf ganz Westeuropa.

Entgegen einer weit verbreiteten Meinung stehen wir in der Sowjetunion - zumindest in Expertenkreisen - der Idee einer unabhängigen europäischen Verteidigung keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber. Ich halte die Frage durchaus für berechtigt, ob - allerdings nicht für die nahe Zukunft - eine völlig unabhängige europäische Verteidigung möglich und realistisch ist. Man könnte fast sagen, es geht ein Gespenst in Europa um, nämlich das der deutsch-französischen Verteidigungsgemeinschaft mit entsprechenden atomaren Garantien von französischer Seite.

Dazu habe ich zwei Fragen. Die Gretchenfrage einer künftigen unabhängigen europäischen Verteidigung, wenn sie denn überhaupt möglich ist, wäre, bis zu welchem Grad diese Unabhängigkeit gehen soll. Deshalb möchte ich fragen: Wie verhält sich diese Zukunftsidee von Helmut Schmidt zur militärischen Präsenz der USA in Europa, und zwar sowohl konventionell, vor allem aber atomar? Das würde uns sehr interessieren. Dieser Punkt scheint, zumindest aus hiesiger Sicht, noch nicht klar ausgearbeitet zu sein.

Meine zweite Frage betrifft die französische Haltung. Ich erwarte nicht, daß uns Helmut Schmidt den Inhalt seines jüngsten Gesprächs mit Präsident Mitterrand hier darlegen wird. Aber man wird doch fragen dürfen: Für wie realistisch ist eine solche Idee von der französischen Seite einzuschätzen? Aus Paris hört man hierzu sehr Vieldeutiges und nicht unbedingt etwas Positives. Einerseits werden die Franzosen offenbar von Rapallo-Gespenstern geplagt. Man fürchtet auch das Gespenst eines deutschen Neutralismus und möchte deshalb die Bundesrepublik Deutschland in eine gemeinsame Struktur einbinden. Auf der anderen Seite ist man, was die atomare Garantie angeht, äußerst skeptisch. Und je klarer sich am Horizont die Möglichkeit abzeichnet, die Bundesrepublik atomwaffenfrei zu halten, desto mehr heißt Paris die atomare Präsenz der Amerikaner in Europa gut. Deutschland als Vorfeld, als atomares Gefechtsfeld, scheint den Franzosen zu gefallen.

Wie sehen Sie diese Diskrepanz, Herr Schmidt? Für wie realistisch schätzen Sie Ihre Idee ein?

Bahr

Helmut Schmidt hat in der Tat die Probleme angesprochen, die auf uns zukommen. Aber um uns diesen Problemen zuwenden zu können, müssen wir erst einmal dafür sorgen, daß wir am Leben bleiben. Deshalb steht für mich nach wie vor im Vordergrund, die Rüstungen zu reduzieren und die Gefahr zu bannen, daß wir durch Waffengewalt zugrunde gehen.

Herr Shurkin und eben auch Herr Portugalow haben nun in diesem Zusammenhang die Frage gestellt: Wie haltet Ihr es mit Amerika? Es dürfte unbestritten sein, daß es zur Zeit nur zwei Weltmächte gibt und keine mehr, und Stabilität oder Gleichgewicht - wie immer man es nennen will - wird durch diese beiden Weltmächte garantiert oder auch nicht. Dies bedeutet aus der Sicht Westeuropas, daß die Stabilität zwischen Ost und West in einer nicht überschaubaren Zeit durch Amerika garantiert wird. Es bedeutet des weiteren, daß nach meiner Auffassung kein wie immer gearteter Zusammenschluß in Westeuropa in der Lage ist, die Garantie der Vereinigten Staaten zu ersetzen. Es gehört zu den wirklichen Erfolgen der sozial-liberalen Koalition, sei es im Viermächteabkommen, sei es in Helsinki, dazu beigetragen zu haben, daß auch die Sowjetunion die Auffassung teilt, Sicherheitsfragen in und für Europa können nicht ohne oder gegen die Vereinigten Staaten gelöst werden. An dieser Grundtatsache dürfte sich auf absehbare Zeit kaum etwas ändern.

Dessen ungeachtet gibt es Entwicklungen, die zwar an dieser Grundtatsache nichts ändern, wohl aber Möglichkeiten für Westeuropa bieten. Warum soll eigentlich Westeuropa mit seinen heute 320 Millionen Menschen nicht in der Lage sein, für seine Sicherheit mehr zu tun als bisher, das heißt, den Grad der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern? Dabei haben wir es dann mit dem komplizierten Problem zu tun, daß Frankreich und Großbritannien Nuklearstaaten sind, die sich, was die Nuklearwaffen angeht, genauso verhalten wie die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion, das heißt, sie sind nicht bereit, die Entscheidung über den Einsatz oder den Charakter dieser Waffen mit irgendeinem anderen, auch nicht mit dem besten Freund, zu teilen. Es wird infolgedessen keine westeuropäische Nuklearwaffe geben, sondern nach wie vor bei nationalen französischen und britischen Atomwaffensystemen bleiben.

Wenn ich also davon spreche, daß Westeuropa in der eigenen Verteidigung eine gewichtigere Rolle spielen solle, dann muß ich dabei die französischen und britischen Atomwaffen ausnehmen. Die werden unabhängig bleiben, wie sie sind.

Worum es jedoch geht: Ist Frankreich bereit, seine konventionellen Streitkräfte zu europäisieren? Diese Frage können nur die Franzosen selbst beantworten, und da kann ich bisher keine klare Antwort erkennen. Allerdings scheinen sich die tragenden französischen Parteien auf einem Wege zu befinden, der die Sicherheitsinteressen Frankreichs so definiert, daß sie nicht an den Landesgrenzen enden. Aber ohne eine positive Antwort auf diese Frage wird sich die jetzige Situation nicht ändern. Dann wird das Reden über eine unabhängigere westeuropäische Rolle reines Geschwätz, und es bleibt bei der heutigen weitgehenden Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten.

Herr Shurkin hat die weitere Frage gestellt, ob wir der Meinung seien, daß die gegenwärtigen Blöcke bleiben werden und für immer bleiben sollen. Meine Antwort heißt natürlich: Nein! Ich kann mir nicht nur vorstellen, sondern ich wünsche es sogar, daß wir in eine Situation kommen, in der die heutigen Blöcke aufgelöst werden können. Aber das ist ein sehr weites Feld, und da muß noch viel geschehen. Das würde beispielsweise eine Sicherheitssituation zwischen Ost und West - das betrifft keineswegs nur Europa - voraussetzen, in der keine Seite mehr Furcht vor einem Angriff der anderen Seite hat, das heißt, in der militärische Angriffe faktisch unmöglich geworden sind. Dann wird übrigens auch die deutsche Frage wieder akuter werden, als sie es heute ist.

Kremer

Wenn es um die Beziehungen unserer beider Länder geht, so scheint mir manchmal, daß wir uns nicht nur auf der Ebene der Normalbürger, sondern auch auf der der Politiker unter dem Einfluß bestimmter Stereotypen bewegen, die sich im Laufe von vier Jahrzehnten gebildet haben und die zum Teil bis heute ihre Wirkung tun - seit Chruschtschow, seit Breschnew und jetzt bei Gorbatschow.

Beide Seiten leiden in bezug auf die Gegenseite unter einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis. Aufgrund eigener Erfahrungen bei meinen Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland habe ich festgestellt, daß dort nicht nur beim Normalbürger ein Feindbild existiert. Auch im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn beispielsweise trifft man bei sehr angesehenen Experten, Autoren wichtiger Bücher, Überzeugungen an, daß die Sowjetunion, vielleicht nicht heute oder morgen, aber mit Sicherheit irgendwann einmal Westeuropa angreifen wird.

Ich will da durchaus selbstkritisch sein: Auch wir drücken in unserer Publizistik mitunter auf diese Pedale, indem wir von Revanchismus und Revisionismus in der Bundesrepublik sprechen. Vielleicht

sollte man besser davon reden, daß es vielen Menschen bei Ihnen darum geht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges noch einmal zu überprüfen. Möglicherweise sollte man diesen Problemen nicht eine so hohe Bedeutung beimessen, was ihren Einfluß auf das wirkliche politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland angeht.

Die Frage ist, was können wir tun, um diese Stereotype zu beseitigen, die die reale Politik beeinflussen.

Herr Körber und Herr Ruhe haben hier den Ausbau der Kontakte auf allen Ebenen angesprochen. In dieser Hinsicht wird in der Tat vieles getan und muß noch mehr getan werden. Aber reicht das aus? Herr Sagladin sagte, das tragische Kapitel unserer Geschichte sei abgeschlossen. Aber verstehen das alle Menschen? Muß man dieses Kapitel nicht vielleicht doch etwas geräuschvoller beenden? Sollte man nicht bis zu einem gewissen Grade den Erfahrungen Rechnung tragen, die die Führer Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Felde von Verdun gemacht haben? Man müßte etwas tun, damit diese Denkungsart ins Bewußtsein unserer beider Völker dringt und allen wirklich klar wird, daß dieses tragische Kapitel unserer Geschichte für immer und ewig abgeschlossen ist. Derartige große Gesten sind manchmal erforderlich. Sie dringen tiefer in das Bewußtsein ein als die routinemäßige Politik und Diplomatie.

Natürlich bleibt das Problem der Sicherheit an erster Stelle. Es ist wichtiger als all die eben erwähnten psychologischen Aspekte. Aber auf diesem Gebiet gibt es viele übereinstimmende Interessen mit Ihrem Lande, wahrscheinlich sogar mehr als mit irgendeinem anderen Land in Europa. Wie Herr Ruhe richtig gesagt hat, hängt das mit der geographischen Lage und dem wirtschaftlichen und politischen Gewicht der Bundesrepublik Deutschland unter den westeuropäischen Verbündeten zusammen. Vom sowjetischen Standpunkt aus ist die Bundesrepublik Deutschland ein Staat ersten Ranges. Um ganz offen zu reden: Ich habe den Eindruck, daß manch einer in Westeuropa eine Annäherung unserer beider Länder in der Frage der europäischen Sicherheit gar nicht wünscht.

Ich habe mit großem Interesse die Regierungserklärung von Herrn Kohl studiert. Dabei waren im Herbst letzten Jahres bei Kohls Besuch in Washington ganz andere Töne zu vernehmen. Ich kann mich bis heute nicht des Eindrucks erwehren, daß die Warnungen, die Herr Kohl in Washington in bezug auf die Beschlüsse in Reykjavik geäußert hat, insbesondere, was die Mittelstreckenraketen angeht, nicht auf Bonner Boden gewachsen sind, sondern in der westeuropäischen Nachbarschaft. Irgend jemand verhindert unsere Annäherung in dieser so wichtigen Frage.

Aber es gibt auch "hausgemachte" Hindernisse, wie zum Beispiel Ihre aktive Unterstützung des SDI-Programmes, und ich kann Herrn Schmidt keineswegs zustimmen, daß in diesem Punkt die beiden Weltmächte das gleiche tun, es nur verschieden bezeichnen. Das ist nicht der Fall. In der Sowjetunion werden keine offensiven Weltraumwaffen entwickelt. Vor einigen Jahren haben wir sogar die Arbeiten an der Errichtung eines Anti-Satelliten-Systems eingestellt, wobei man ein solches System nicht mit den offensiven Weltraumwaffen vergleichen kann, wie es die Amerikaner zur Zeit tun. Natürlich kommt in Zukunft dem Vertrauen eine sehr große Bedeutung zu, besonders auf dem militärischen Gebiet. Hier sehe ich eine sehr interessante Idee auf Ihrer Seite, nämlich das, was als alternative oder als nicht-offensive Verteidigung bezeichnet wird.

Es gibt noch andere Methoden, um die Vertrauensbildung zu erhöhen, auch im militärischen Bereich. Warum sollten wir nicht Kontaktmöglichkeiten zwischen den Militärs einrichten, worauf Herr Ruhe bereits hingewiesen hat? Warum sollten sich nicht Vertreter der Sowjetarmee und der Bundeswehr an einen Tisch setzen und die Militärdoktrinen beider Seiten, die Armeen, die militärischen Bündnisse und so weiter miteinander vergleichen?

Lassen Sie mich noch ein wenig weiter phantasieren. Vielleicht werden die Träume und Phantasien des Jahres 1987 im Jahre 1990 Realität. Es klang durch, daß Sie Befürchtungen vor einem Überraschungsangriff der Sowjetarmee haben; wir dagegen erwarten mancherlei Unannehmlichkeiten von Ihrer Seite. Das ist betrüblich; dem müssen wir jedoch Rechnung tragen. Könnte man nicht aber ein gegenseitiges Kontrollsystem an der Grenzlinie schaffen, zum Beispiel einige AWACS-Systeme mit gemischten Besatzungen einrichten, die als gegenseitiges Informationssystem dienen? Ich denke also an die Einrichtung eines für beide Seiten verbindlichen Informationssystems.

Herr Genscher hat davon gesprochen, daß wir im 21. Jahrhundert infolge der technologischen Entwicklung füreinander völlig transparent sein werden. Warum wollen wir noch so viele Jahre warten? Warum unternehmen wir nicht jetzt schon etwas? Wir haben die Vorstellung entwickelt, die Sicherheit, was die Waffen angeht, auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Das ist fast zu einer offiziellen Linie geworden. Es freut mich zum Beispiel, wenn ich das Kommuniqué des Brüsseler Komitees der NATO lese, daß diese Idee auch in die Kreise dieses militärischen Bündnisses Einzug

gehalten hat. Warum wollen wir nicht auf der Ebene der Militärexperten diese Frage untersuchen und Kriterien für ein solches Sicherheitsmaß ausarbeiten? Damit könnten unsere beiden Länder als Initiatoren, als Pioniere auftreten. Kurz, wir sind offen für die Behandlung aller Probleme.

Herr Sommer hat gefragt, inwieweit die neue Denkweise sich auch auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auswirkt. Mir schwebt dazu ein gesamteuropäischer Prozeß vor, der auch eine gewisse Bewegung hin zu stärkerer wirtschaftlicher und kultureller Integration bedeutet. Das würde zu neuen Infrastrukturen führen, wie wir sie seinerzeit vorgeschlagen haben. Im Rahmen dieses gesamteuropäischen Prozesses könnten beide deutschen Staaten sehr viel tun.

Was unsere Beziehungen zur DDR und die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik Deutschland angeht, so haben wir volles Vertrauen in die DDR. Ich sehe zur Zeit nicht, daß dieses Vertrauen irgendwo eingeschränkt ist. Was Ihr Land betrifft, so sehen wir die Grenzen, werden aber nichts tun, was die DDR und ihre Sicherheit beeinträchtigen würde. Wenn die DDR in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik die Möglichkeit sieht, das Klima zwischen Ost und West zu verbessern, so sollte sie das auf jeden Fall wahrnehmen. Das kann für die Gesamtentwicklung nur positiv sein.

Stürmer

Herr Sagladin hat zwei Punkte als Grundlage der deutsch-sowjetischen Beziehungen akzentuiert. In dem einen Punkt, nämlich beim Moskauer Vertrag und seinem Umfeld, stimme ich mit ihm überein. Mit dem anderen jedoch nicht; das ist Rapallo. Ich halte es für wichtig, daß wir, wenn wir in die Zukunft denken, die richtigen historischen Bezüge wählen. Es führt heute in der Bundesrepublik kein Weg nach Rapallo zurück. Herr Portugalow sprach vom Rapallo-Gespens - dies ist nicht ein bundesrepublikanisches, sondern ein westeuropäisches Gespens. Ich darf an 1952 erinnern, als sich Rapallo zum 30. Mal jährte und die Stalin-Noten den Westen in Verwirrung bringen und die Deutschen isolieren sollten.

1922 hatten sich die USA auf eine merkwürdige Weise vom europäischen Kontinent wieder zurückgezogen. Zwischen Deutschland und dem Westen bestand eine tiefe Entfremdung als Folge des Weltkrieges. Deutschland und die noch von den Wunden des Bürgerkriegs tief geschlagene Sowjetunion waren damals die Parias des Weltsystems. Beide taten sich in dieser Situation zusammen, und Rapallo beruhte auf einer wirtschaftlichen, vor allem aber einer vorausgegangenen militärischen Kooperation.

Der Moskauer Vertrag hingegen hat völlig andere Grundlagen. Deutschland ist nicht mehr die Großmacht, die Sowjetunion nicht mehr die schwache Macht von 1922; das Verhältnis der Kräfte und die Grundpositionen zwischen ihnen haben sich gegenüber 1922 radikal verändert. Der Moskauer Vertrag ruht auf der Grundlage der Adenauerschen Westpolitik und ist eine logische Weiterführung, die Suche nach mehr Spielraum für die deutsche Politik, aber auch Teil der damaligen weltweiten Entspannungspolitik. Dieser Vertrag ist nicht eine Verwahrung gegen den Westen, sondern er ist ohne das feste Sicherheitsbündnis mit dem Westen, sowohl in seiner europäischen wie in seiner atlantischen Ausprägung, nicht denkbar.

Natürlich sollten wir aus der Geschichte lernen, aber wir sollten uns dabei stets bewußt sein, daß sich Geschichte nicht wiederholt. Und Rapallo kann sich nach menschlichem Ermessen so wenig wiederholen wie Tauroggen oder der Rückversicherungsvertrag oder die Konvention Alvensleben. Diese Bauelemente der russischdeutschen Beziehungen sind historisch verbraucht. Rapallo hat sich durch Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges völlig erschöpft.

Für die Zukunft halte ich zwei andere Fragen für entscheidend: Den großen Umbruch, der in der Sowjetunion gegenwärtig vorbereitet wird, beobachten wir mit Faszination und Interesse, weil er sich unausweichlich auch auf unser beiderseitiges Verhältnis auswirken wird. Haben Sie eine Vorstellung davon, wie die Sowjetunion diesen Umbruch, wie manche von Ihnen, diese Revolution, wie andere sehr mutig sagen, außenpolitisch durch eine Stabilitätspolitik absichern will, die uns zu Förderern dieses Prozesses machen könnte?

Die zweite Frage hängt unmittelbar damit zusammen: Wollen wir in Zukunft den Rapallo-Traum erneuern, reden wir also von einem Europa ohne Amerika, von Westeuropa ohne die Bundesrepublik? Oder sprechen wir von jenem KSZE-Europa, also von einem erweiterten europäischen Haus, wie es Herr Ruhe vorhin in weitgehender Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt hat?

Ich meine, es wäre für uns wichtig, wenn Sie uns zumindest eine vorläufige Antwort darauf geben würden, wie sich die geistigen und politischen Führungsschichten der Sowjetunion zu diesen beiden eng verknüpften Fragen, die für uns von existentieller Bedeutung sind, verhalten werden.

Falin

Ich möchte zunächst zwei Dinge richtigstellen. Erstens: Der Hinweis von sowjetischer Seite auf Rapallo ist hier nicht ganz richtig verstanden worden. Das war nicht im Sinne eines Vorschlags gemeint, um gewissermaßen hinter dem Rücken der Verbündeten Möglichkeiten einer bilateralen sowjetisch-westdeutschen Übereinkunft auszuloten, die irgendwelchen Zielen dient, die für uns beziehungsweise für Sie wichtig sind. Mit der Erwähnung Rapallos wird einfach die Tatsache unterstrichen, wie sehr sowjetisch-deutsche Verhandlungen in der Vergangenheit imstande waren, die Entwicklung zu beeinflussen, und zwar im Falle Rapallos insgesamt für beide Seiten positiv. Das geschah damals unter komplizierten und schwierigen historischen Bedingungen.

Nach dem Moskauer Vertrag - davon bin ich überzeugt - brauchen wir kein Rapallo mehr. Wir müssen nur konsequent die Bedingungen und Verpflichtungen einhalten, die in diesem Vertrag enthalten sind, und im Geiste der Zusammenarbeit und ehrlicher Absichten handeln, von denen wir uns bei der Unterzeichnung des Vertrages haben leiten lassen. Wir wollen niemanden mit diesem Gespenst oder irgendeinem anderen Bild erschrecken. Rapallo ist ein bedeutender Teil der Geschichte, der zeigt, wie wichtig Zusammenarbeit für die internationalen Beziehungen ist.

Eine zweite Richtigstellung: Es wäre falsch, die sowjetische Politik so verstehen zu wollen, daß wir versucht hätten oder versuchen würden, bestimmte Staaten aus Westeuropa herauszudrängen oder die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten zu stören oder zu erschweren. Die sowjetische Politik verfolgt keine unerreichbaren Ziele; zumal damit auch eine schwerwiegende Krise in den internationalen Beziehungen verbunden wäre. Überdies ist es keineswegs ausgemacht, daß die Sowjetunion und ihre Freunde davon Vorteile hätten. Es ist durchaus möglich, daß wir dabei verlieren würden. Aus diesem Grunde sollte man unsere Politik nicht als anti-amerikanisch oder antiwesteuropäisch interpretieren. Das war und ist nicht der Fall.

Auf der anderen Seite können wir aber auch nicht die Vereinigten Staaten zum Pförtner und sogar zum Verwalter des europäischen Hauses machen. Die Frage ist, welche Rechte die USA und welche Rechte die Sowjetunion im europäischen Haus und in anderen Häusern haben, die die USA neben Europa noch als die ihrigen bezeichnen. Das ist keine theoretische Frage, sondern hat etwas mit Gleichberechtigung zu tun. Wir können die Forderung der USA nach einer Sonderrolle nicht billigen, weder in einem neoglobalistischen Rahmen noch in einer anderen Konzeption.

Wir verfolgen deshalb recht aufmerksam alle Entwicklungen der amerikanischen Politik, die sich ja recht stürmisch vollziehen. Die Versuche der Vereinigten Staaten, ihre Rechte im militärischen und in anderen Bereichen zu erweitern - unter anderem in Europa;-, ist keine Theorie, sondern Praxis. Das gilt insbesondere für die letzten 10 bis 15 Jahre. Diese Praxis dürfte auch auf Ihrer Seite gewisse Fragen aufwerfen.

Herr Stürmer hat dann die Frage gestellt: Wie wollen Sie Ihre Vorstellung von Stabilität in einer Weise attraktiv machen, daß sie auch für die Bundesrepublik Deutschland und für Westeuropa erstrebenswert ist? Ich möchte dies mit einer Gegenfrage beantworten: Wie wollen Sie Ihre Konzeption von Stabilität für uns erstrebenswert gestalten? Warum meinen Sie, daß wir Ihnen etwas anbieten müssen? Vielleicht sollten Sie uns auf diesem Gebiet etwas vorschlagen. Wenn Sie der Ansicht sein sollten, wir, die Sowjetunion, seien Schuldner Westeuropas oder des Westens insgesamt, auch der Bundesrepublik Deutschland, dann werden wir eine solche Idee sicher nicht akzeptieren.

Wir müssen davon ausgehen, daß das europäische Haus ein gemeinsames Haus ist, in dem jeder nach Kräften seinen Beitrag zu leisten hat. Wir sind dazu bereit. Sie überlegen immer noch, was wir zu tun haben, damit Sie es in diesem Haus ruhig und warm haben, und ob das Dach in Ordnung ist, und fragen sich, ob Sie in dieses gemeinsame Haus einziehen sollen oder ob Sie lieber in dem Haus bleiben wollen, in dem Sie jetzt wohnen. Das ist kein einfaches Problem. Wenn wir neu denken wollen, sollten wir das Haus und seine Konstruktion betrachten, kurz: seine Architektur. Jede Nation, jedes Volk, jeder Staat muß in diesem Haus eine Sonnenseite haben. Wenn das nicht der Fall ist, wird es auch kein "gemeinsames europäisches Haus" geben.

Gräfin Dönhoff

Herr Rühle hat gesagt, wenn die Bundesrepublik vom gemeinsamen europäischen Haus spricht, dann rechne sie die USA und Kanada unverzichtbar mit hinzu.

Wenn ich an das europäische Haus denke, fallen mir nicht in erster Linie die USA und Kanada ein, sondern dann interessiert mich vor allem die Frage: Wie sehen in Zukunft die Beziehungen zwischen Osteuropa und Westeuropa aus? Bleibt die gegenwärtige Trennungslinie zwischen den beiden Teilen Europas unverändert bestehen, oder findet hier allmählich ein Übergang von der Konfrontation zur Kooperation statt? Ist es vorstellbar, daß, sagen wir, auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet eine Annäherung zwischen Ost- und Westeuropa beginnen könnte? Und wie weit könnte ein solcher Annäherungsprozeß gehen?

Herr Sagladin sprach davon, daß wir einander nicht belehren, schon gar nicht, daß einer dem anderen sein Gesellschaftssystem aufzwingen dürfe. Wenn wir also davon ausgehen, daß hier zwei verschiedene Gesellschaftssysteme unangefochten weiterbestehen, sie aber auf den vorgenannten Gebieten durchaus gleiche Interessen haben und deshalb eine stärkere Kooperation anstreben, dann frage ich unsere russischen Gesprächspartner, ob man sich von Moskau aus eine solche Perspektive vorstellen könnte.

Wäre es für Sie überhaupt denkbar, daß sich Osteuropa und Westeuropa irgendwann beispielsweise in einer Art Union zusammenschließen - wobei ich die Frage der deutschen Teilung jetzt einmal ausklammere;- , einer Organisation, die sich zwischen den beiden Supermächten etabliert? Kann man sich so eine Entwicklung hier auf lange Sicht vorstellen?

Arbatow

Wenn ich es richtig verstanden habe, sprechen Sie über die Möglichkeit einer Zusammenfassung von Ost- und Westeuropa in eine Art von Union.

Gräfin Dönhoff

Ja, oder in eine Art Föderation.

Arbatow

Soll das ein einheitlicher Bund werden? Ich meine, wir haben es in Europa mit souveränen Staaten zu tun, mit großen, mittleren und kleinen Völkern. Keinem von ihnen darf das Recht verweigert werden, über die wesentlichen Fragen so zu entscheiden, wie es das für richtig hält.

Wenn es um Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme geht, dann ist das nicht eine Frage von Verträgen oder Vereinbarungen zwischen diesem oder jenem Land, sondern eine Frage des historischen Prozesses, in dessen Verlauf sich die gesamte Gesellschaft ändern wird. Anderenfalls gäbe es keinen Fortschritt. Natürlich haben wir ganz unterschiedliche Auffassungen davon, in welche Richtung die Völker jeweils gehen werden. Aber das ist letztlich nicht entscheidend.

Wenn ich mir eine solche Union zwischen Ländern des Westens und des Ostens vielleicht sogar des Nordens und Südens - vorstelle, dann wissen wir aus der Geschichte, daß Bündnisse immer gegen jemanden geschlossen werden. Heute geht es darum, das wird auch in unserem Gespräch deutlich, daß es unserer gemeinsamen Anstrengungen bedarf. Es kommt also darauf an, daß wir ein Bündnis nicht gegen jemanden bilden, sondern für etwas, damit wir angesichts all der Bedrohungen, denen wir uns gegenübersehen, überleben können.

Natürlich gibt es bestimmte Überbleibsel aus den schweren Zeiten, die wir alle durchgemacht haben. Das gegenseitige Mißtrauen belastet uns schwer. Herr Ruhe hat gesagt, Europa müsse ein Haus sein, in dem alle Türen geöffnet sind. Wenn man Türen verschließt, weil man Angst vor Dieben, vor Gewalttätern oder vor sonst jemandem hat, dann hat das ja normalerweise auch Gründe. Ein Schloß kostet Geld, und es erlegt dem einen oder dem anderen Beschränkungen auf. Beide Seiten müssen also einander davon überzeugen, daß sie nichts Schlechtes gegen den anderen vorhaben.

Ich würde sehr empfehlen, dazu die Äußerungen von Gorbatschow auf dem 27. Parteitag zum Thema eines allumfassenden Sicherheitssystems zu lesen. Ungefähr in diesem Sinne entwickeln sich unsere Gedanken, Wir müssen diesen Komplex sehr weit fassen und begreifen, daß es in der Welt bei all ihren Widersprüchen starke Verflechtungen und Abhängigkeiten gibt. Keiner kann auf Kosten des anderen sicher leben. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Militär und Abrüstung für die Sicherheit zwar primär sind, daß aber auch die Politik und die Wirtschaft sowie der humanitäre Bereich in dieser Hinsicht ihre große Bedeutung haben. Deshalb müssen wir in allen diesen Bereichen weiterkommen.

Ich meine, wir sollten uns Europa als einen Kontinent denken, in dem es eine Mannigfaltigkeit von Ländern, Kulturen und Systemen gibt. Deshalb bedarf es eines großen Maßes an Zusammenarbeit

und an Vertrauen. Das entspricht auch dem Ideal, das wir anstreben, und wie wir uns Europa und die ganze Welt vorstellen.

Bahr

Ich meine, daß wir uns heute in einer Weltsituation befinden, die alle geschichtlichen Vergleiche hinken läßt. Wir sind dabei, den Weltraum zu durchdringen; unsere Erde wird damit gleichsam ein globales Dorf, und wir kommen gar nicht umhin, den heutigen Zustand der gegenseitig gesicherten Zerstörung durch einen Zustand gegenseitiger Sicherheit zu ersetzen. Insofern sind wir alle dazu verdammt, das Abenteuer des neuen Denkens gemeinsam zu unternehmen.

Das hat auch bei mir zu einer Änderung meines Denkens geführt. Ich war früher der Auffassung, daß die bilateralen deutschen Ost-Verträge und der multilaterale Vertrag von Helsinki in Europa einen Zustand der Entspannung geschaffen haben, der nicht ohne weiteres auch auf andere Weltregionen ausstrahlen würde. In diesen anderen Regionen, für die keine vertraglichen Absprachen bestanden, ging der Wettstreit der Systeme ungehindert weiter. Wenn wir uns jetzt jedoch dem Zustand eines globalen Dorfes nähern wollen, dann werden wir zu Verhaltensregeln kommen müssen, die weltweit eine Zurückhaltung bei der Vertretung der eigenen Interessen unerläßlich machen.

Ich halte es also durchaus für sinnvoll, über eine Deklaration weltweiten Verhaltens nachzudenken, die anknüpfen könnte an das, was man zwischen den USA und der Sowjetunion seinerzeit in Wladiwostok versucht hat. Das ist sicherlich nicht mehr mit der jetzigen Administration in Washington zu erreichen; aber das braucht uns ja nicht vom Nachdenken abzuhalten.

Es stellt sich also die Aufgabe, die militärische Gefahr zu beseitigen, und zwar sowohl atomar wie konventionell. Was das Atomare angeht, so ist das zuerst eine Angelegenheit der beiden Weltmächte. Der Zusammenhang zwischen SDI und den strategischen Waffen ist sicher nicht zu bestreiten. In dieser Hinsicht können die Europäer nur begrenzt etwas tun. Aber wir können zumindest unsere Meinung sagen, und das tun wir ja auch sehr offen. Ich hoffe, auch die Bundesregierung hält an ihrer schon einmal dargelegten Position fest, daß der ABM-Vertrag in der engen Auslegung erhalten bleiben soll.

Dann das Thema der Mittelstreckenwaffen mittlerer Reichweite. Dazu hoffen wir auf eine Null-Lösung, wie vorhin gesagt wurde. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl war in diesem Punkte klar: Es sollte kein neues Paket geben. Wir sind froh, daß die Sowjetunion das alte Paket aufgeschnürt hat; jetzt sollte nicht der Westen anfangen, neue Pakete zu schnüren; denn das würde eine schnelle Einigung unmöglich machen. Ich unterstreiche noch einmal: Die Regierungserklärung war in diesem Punkte erfreulich klar, und ich hoffe, daß sie so klar bleiben wird.

Ich sehe somit drei verschiedene Ebenen: Erstens die strategische Ebene, die Sache der beiden Weltmächte ist. Zweitens die eurostrategischen Waffen, also die Mittelstreckenraketen längerer Reichweite. Hier müßte nach Erreichen einer Null-Lösung über die Raketensysteme kürzerer Reichweite verhandelt werden, wobei nach meiner Auffassung ebenfalls die Null-Lösung anzustreben ist. Auf einer dritten Ebene geht es dann um die konventionellen Waffen und die atomaren Kurzstreckenraketen oder Gefechtsfeldwaffen. Dazu zähle ich alles, was unterhalb der Reichweite von 150 Kilometern liegt. Diese Waffen sind im Zusammenhang zu sehen; sie können nicht getrennt voneinander behandelt werden. Zum einen aus technischen Gründen nicht; denn es gibt doppelverwendungsfähige Waffen, insbesondere bei der Artillerie. Es ist heute praktisch unmöglich zu unterscheiden zwischen einem Geschütz, das atomar und einem Geschütz, das nur konventionell verwendet werden kann. Bei bestimmten Kalibern ist nämlich eine Doppelverwendungsfähigkeit möglich.

Das hat zwei Konsequenzen. Erstens müssen die nichtnuklearen westeuropäischen Staaten zum ersten Mal auch an Verhandlungen über diese Art von atomaren Waffen teilnehmen, wenn sie sich nicht selbst in einem entscheidenden Punkt bei der Verhandlung über konventionelle Waffen ausschließen wollen.

Die zweite Konsequenz hat etwas mit einem Problem zu tun, das Herr Rühle vorhin formulierte, als er sagte, er befürworte nicht eine Denuklearisierung Europas, solange es keine konventionelle Stabilität gebe. Das ist von unseren sowjetischen Gesprächspartnern mit einigen Fragezeichen versehen worden.

Man könnte aber umgekehrt formulieren: Wir sind in dem Augenblick für eine Denuklearisierung, wenn es eine konventionelle Stabilität gibt. Dies ist jedenfalls meine Auffassung. Ich kann mir eine volle Denuklearisierung nicht vorstellen, solange die konventionelle Stabilität nicht erreicht ist. Denn wir

können kein Interesse daran haben, die Gefahren eines nuklearen Krieges zu beseitigen, um uns dann vorhalten zu lassen, daß wir den konventionellen Krieg dadurch wieder führbar machen.

In der Praxis besteht heute also zumindest ein Zusammenhang zwischen nuklearen Kurzstrecken- oder Gefechtsfeldwaffen und den konventionellen Streitkräften.

Nun habe ich gehört - ohne die Dokumente bisher im Wortlaut gelesen zu haben;- , daß bei den letzten Konsultationen auf Außenministerebene in Moskau eine 20prozentige Reduktion von konventionellen Streitkräften zur Diskussion gestellt wurde. Ich möchte offen sagen, daß ich davon überhaupt nichts halte. Im Gegenteil, ich sehe darin einen nicht ungefährlichen Weg, der uns in ähnliche Schwierigkeiten bringen könnte, wie wir sie bei den MBFR-Verhandlungen in Wien erlebt haben. Eine Verringerung um 20 Prozent setzt voraus, daß man erst einmal wissen muß, wie hoch 100 Prozent sind. Dies führt mit Sicherheit in die Sackgasse der Datendiskussion, die wir nun seit 13 Jahren in Wien erleben, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Ich warne davor, die dort gemachten methodischen Fehler zu wiederholen.

Ich bin der Auffassung, daß man als erstes das Ziel definieren muß. Was soll eigentlich auf dem Gebiet der konventionellen Stabilität in Europa erreicht werden? Wenn dieses Ziel definiert ist, kann man schrittweise vorgehen und die einzelnen Schritte wasserdicht kontrollieren. Aber man sollte nicht mit dem Versuch beginnen, festzustellen, was heute jeder hat.

Eine konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Ural bedeutet aus meiner Sicht, eine Situation anzustreben, in der keine Seite mehr konventionell angriffsfähig ist. Dabei sollten wir nicht über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Sorgen streiten, die auf beiden Seiten geäußert werden, sondern wir sollten die gegenseitigen Sorgen anerkennen und ihnen Rechnung tragen.

Das wird natürlich eine Änderung der beiderseitigen Strategien zur Folge haben. Das soll ja auch der Fall sein. Die sowjetische Strategie besagt, daß man im Falle eines Angriffs den Feind auf seinem eigenen Territorium zerschlagen will. Das würden wir als eine offensive Strategie bezeichnen. Auch wenn die sowjetische Seite damit keine Bedrohung beabsichtigen mag, ist entscheidend, daß wir dies so empfinden. Denn Sie empfinden ja auch das eine oder das andere, was bei uns geschieht, als Bedrohung.

Das heißt, wir müssen in der Tat zu Regelungen kommen, die eine Änderung der Strategie auf beiden Seiten erzwingt, damit im Ergebnis die Angriffsfähigkeit beider Seiten beseitigt wird. Die Strategie der flexiblen Antwort soll eben nicht mehr nötig sein, und sie ist dann nicht mehr nötig, wenn wir davon überzeugt sind, daß kein Angriff mehr möglich ist.

Die Anregung, daß sich die Militärs beider Seiten zusammensetzen sollten, um so etwas zu formulieren, finde ich sehr gut. Natürlich können die Militärs nicht entscheiden; aber sie können mit einem so begrenzten politischen Auftrag formulieren, was jede Seite zu ihrer Verteidigungsfähigkeit braucht. Vielleicht sind sie dazu sogar besser in der Lage als Diplomaten. Ihre Ergebnisse können sie dann der Politik zur Entscheidung vorlegen.

Selbstverständlich geht es bei diesen Themen nicht um bilaterale Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Aber wir können durchaus Anregungen für die beiden Bündnisse bereden.

Wenn die Grundsätze, die Generalsekretär Gorbatschow formuliert hat, angewendet werden - das heißt: gemeinsame Sicherheit, kein Vorteil oder kein Nachteil für den einen oder den anderen;- , dann könnte es in der Tat noch zu unseren Lebzeiten möglich werden, den ausschließlich friedlichen Wettstreit der Systeme zu erreichen. Dann können wir uns auch an die großen Aufgaben machen, über die vorhin gesprochen wurde.

Proektor

Wir verstehen die gegenwärtig bei uns stattfindende Umgestaltung als ein revolutionäres Ereignis. Wenn man die tiefgreifenden Veränderungen, die vor sich gehen, betrachtet und auch die umfassenden Pläne sieht und sich der Tatsache bewußt ist, daß die große Mehrheit der Menschen in unserem Lande für diese Revolution ist natürlich gibt es auch noch einige, die sich, aus welchen Gründen immer, dieser machtvollen Bewegung bisher nicht angeschlossen haben;- , so ist nicht zu bestreiten, daß wir am Anfang einer der größten Revolutionen in unserer Geschichte stehen.

Doch wie so häufig bei solchen Wendepunkten der Geschichte, sind zwei Momente von besonderer Bedeutung.

Das eine betrifft das Verhältnis der Menschen zu ihrer eigenen geschichtlichen Vergangenheit; das ist heute viel intensiver als jemals zuvor. Wir wenden uns unserer eigenen Geschichte zu, um aus ihr Lehren zu ziehen für die gegenwärtigen und künftigen Entwicklungen. Mir ist an der letzten Rede von Bundeskanzler Kohl aufgefallen, daß auch er sich stärker als früher mit der eigenen Geschichte und der Geschichte Europas beschäftigt. Das ist symptomatisch.

Das zweite Charakteristikum solch schwieriger Epochen des Umbruchs besteht in einer besonderen Aktivität auf intellektuellem Gebiet. Es gibt geradezu einen Strom von neuen Ideen. Das war in der Vergangenheit so, und das erleben wir bei uns heute wieder. Das fällt uns auch bei unseren Kollegen aus der Bundesrepublik auf. Aufgrund der historischen Erfahrung - ich habe mich über viele Jahre intensiv mit der Geschichte Deutschlands beschäftigt - bin ich der Meinung, daß die Geschichte die Sowjetmenschen und die Deutschen zur friedlichen Koexistenz und zur Zusammenarbeit gewissermaßen verurteilt hat. Das haben uns die letzten vier Jahrhunderte eindringlich bewiesen. Die tragischen Perioden in unserer Geschichte, die es im 20. Jahrhundert gegeben hat, stellen Ausnahmen dar, obwohl wir diese Ereignisse nicht vergessen können.

Interessanterweise werden heute auf beiden Seiten Sicherheitskonzeptionen formuliert, die einander recht ähnlich sind. Unsere Überlegungen über ein allgemeines Sicherheitssystem, wie sie auf dem 27. Parteitag formuliert wurden, sind den westdeutschen Vorstellungen von einer Sicherheitspartnerschaft durchaus zu vergleichen, zumindest gibt es viele Ähnlichkeiten. Das könnte zu einer unserer außenpolitischen Doktrinen werden.

Über die verschiedenen Ansätze der Sicherheitspolitik, über das Kräfteverhältnis, über Überlegenheit oder Unterlegenheit, kann man viel diskutieren. Die meisten Kategorien sind uns allen hinreichend bekannt, einige werden in der Öffentlichkeit schon so breit diskutiert, daß sie fast banal geworden sind. Worauf es aber ankommt, ist, eine möglichst breite Übereinstimmung in Schlüsselfragen der Sicherheitspolitik anzustreben. Dafür müssen gemeinsame politische Vorstellungen entwickelt werden. In diesem Zusammenhang ist es beispielsweise selbstverständlich, daß wir uns einig sind, weder in Europa noch in den weltweiten Beziehungen zwischen Ost und West politische Probleme mit Waffengewalt lösen zu wollen.

In Analogie zu der bekannten Formel von Clausewitz, der Krieg sei eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wird jetzt die Frage diskutiert, ob die Gewalt noch ein politisches Mittel ist. In dieser Hinsicht stelle ich bei unserem Ansatz viele Gemeinsamkeiten fest; denn Krieg wird nicht mehr als Fortsetzung der Politik und Gewalt nicht als Mittel der Politik angesehen. Durch Krieg kann man keine politischen Probleme lösen und keine politischen Ziele erreichen. Das gilt auch für einen Krieg mit konventionellen Waffen in Europa.

In dieser Hinsicht kann ich auch den Standpunkt von Herrn Bahr nicht teilen, wenn er meint, man könne in Europa nicht auf Atomwaffen verzichten, solange die Gefahr eines konventionellen Krieges besteht. Ich meine, in Europa gibt es in den Beziehungen zwischen Ost und West nicht nur eine Stabilität auf nuklearem, sondern auch auf konventionellem Gebiet. Dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Panzer, der Artillerie oder was immer. Ich bin es seit Jahren leid, mich mit solchen Details zu befassen, die Generalsekretär Gorbatschow eine Mottenkiste genannt hat. Für mein militärisches Ohr klingt das vielleicht etwas hart; aber ich kann dem voll und ganz zustimmen.

Wie will man denn durch konventionelle Streitkräfte Probleme lösen, wenn man nicht einmal zwei zielgenaue moderne Raketen benötigen würde, um ein Atomkraftwerk zur Explosion zu bringen, was katastrophale Folgen hätte, wie sich in Tschernobyl gezeigt hat. In Europa gibt es 160 Atomkraftwerke, davon allein in Mitteleuropa über 90. Es bedarf also nur 90 konventioneller zielgenauer Raketen, um Europa in eine radioaktive Wüste zu verwandeln. Über welche Art von konventionellem Krieg kann man heute also überhaupt reden? Weder ein nuklearer noch ein konventioneller Krieg ist überhaupt noch möglich. Deshalb kann man ein kernwaffenfreies Europa anstreben, ohne daß es vorheriger Veränderungen auf konventionellem Gebiet bedarf.

Hinzu kommt, daß gegenwärtig alle objektiven Voraussetzungen dafür vorhanden sind, um das Konfrontationsniveau sowohl bei den konventionellen als auch bei den nuklearen Waffen zu senken. Wir müssen dieses Niveau so weit senken, daß ein für beide Seiten angemessenes Sicherheitsbedürfnis gewährleistet ist. Das sollten wir als gemeinsames Ziel zumindest anstreben. Dabei ist es sicher schwierig, die Frage zu beantworten, was ein angemessenes Sicherheitsniveau ist. Das hängt von vielen Faktoren ab, etwa von den geographischen Bedingungen, von der Struktur der Armee, von der Rüstungsindustrie und anderen mehr. Ich halte es aber für wichtig, sich solch ein Ziel zu setzen und Wege zu seiner Lösung zu suchen.

Ich stimme mit Herrn Bahr voll darin überein, daß man eine reine Zahlendiskussion vermeiden sollte. Wien ist ein abschreckendes Beispiel dafür. Man muß ganz von neuem beginnen, und zwar auf einer anderen Ebene. Ich glaube nicht, daß wir noch einmal in eine Sackgasse geraten werden, wenn wir andere Bedingungen für Gespräche über dieses Thema schaffen, das heißt, wenn wir ein gemeinsames Ziel haben, das von beiden Seiten getragen wird.

Wenn man über internationale und europäische Sicherheit spricht, kommt man nicht umhin zu sehen, welche Dinge die andere Seite beunruhigen. Diese Bedenken sind zu berücksichtigen und nach Möglichkeit auszuräumen. Was beunruhigt mich persönlich? Ich habe die letzte Rede von Herrn Kohl gelesen und auch besonders die Rede von Verteidigungsminister Wörner vom 31. Januar dieses Jahres in München. Da hieß es, alle hielten die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hauses für notwendig. Das hören wir mit Befriedigung. Wenn man sich diese Reden aber genauer ansieht, stellt man fest, daß offenbar daran gedacht ist, innerhalb dieses gemeinsamen europäischen Hauses ein anderes Haus zu bauen, nämlich ein westeuropäisches. Herr Kohl beispielsweise spricht von einem westeuropäischen Patriotismus und davon, daß die Deutschen in naher Zukunft besondere Aktivitäten zugunsten Westeuropas entfalten werden; er spricht auch von der Entwicklung der WEU und so weiter.

Die Integration Westeuropas auf militärisch-politischer Grundlage, mit einem französisch-westdeutschen Kern, der auch ein Atomkern sein kann, steht der Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses entgegen. Seit 1946 stellen wir uns die Frage: Wohin führen die Prozesse der westeuropäischen Einigung - zu einem gemeinsamen Wirtschaftssystem oder zu einer mächtigen Militärzentrale, die den atlantischen Pakt auf europäischem Boden stärken würde? Letzteres wäre sehr gefährlich. Ich wäre dankbar, wenn mir jemand erklären würde, wie sich die Idee der westeuropäischen militärischen Integration mit der Vorstellung des gemeinsamen europäischen Hauses verträgt.

Was mich persönlich besonders beunruhigt, ist nach wie vor Ihre Philosophie der Abschreckung. Was ist das für eine Philosophie? Wenn offensichtlich ist, daß keine Seite die Absicht hat, die andere zu überfallen - wir wollen Sie nicht überfallen, Sie wollen uns nicht überfallen;- , dann verstehe ich den Sinn der Abschreckung nicht. Ich meine, das Konzept der Abrüstung stimuliert das Wettrüsten sowohl ideologisch als auch materiell. Warum kultivieren Sie die Abschreckungsphilosophie, wo Sie doch gleichzeitig mehr Aufrichtigkeit in der Sicherheits- und Außenpolitik verlangen? Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, Konzeptionen wie die der Abschreckung aus der Welt zu schaffen. Dann werden wir auch die Voraussetzungen haben, an dem zusammenzuarbeiten, was Sie "Sicherheitspartnerschaft" und wir "kollektive" oder "gemeinsame Sicherheit" nennen.

Sommer

Ich möchte Herrn Rühl fragen: Lassen sich eigentlich Rüstungskontrolle und Abrüstung ohne Zahlendiskussion denken? Vielleicht könnten Sie in dem Zusammenhang auch auf die beiden Fragen von Herrn Proektor mit eingehen, die die Abschreckung und die westeuropäische Sicherheitsdimension betrafen.

Rühl

Ich möchte zunächst sagen, daß die europäische Sicherheit eine Frage der Gewichtsverteilung zwischen den Staaten Europas ist. Denn Sicherheit besteht nicht abstrakt, sondern in einer ganz bestimmten Geographie, und sie besteht nicht einfach in Abrüstung oder einer Verringerung von Streitkräften. Sicherheit basiert auf politischen Beziehungen, gemeinsamen Definitionen der Sicherheitsbedingungen zwischen den beteiligten Staaten und damit auch auf den militärischen Kräfteverhältnissen zwischen ihnen.

Militärische Kräfteverhältnisse - und da würde ich Herrn Proektor ganz einfach antworten - lassen sich messen, wiegen und zählen wie andere Kräfteverhältnisse auch. Es gibt nicht nur eine Ökonometrie und eine Telemetrie, es gibt auch eine ausgefeilte Methodik zur Berechnung militärischer Kräfteverhältnisse und der in ihnen liegenden operativ-strategischen Optionen. Die Sowjetarmee weiß das so gut wie die deutsche Armee. Das hat nichts mit Mottenkisten zu tun, sondern das sind die Materialien, aus denen sich die Kriegsfähigkeit und damit die militärischen Bedingungen der Sicherheit zusammensetzen.

Ich will ganz offen sein: Diejenigen, die uns auffordern, über die Kräfteverhältnisse hinwegzusehen, also Truppen nicht zu zählen, ihre Ausrüstung nicht abzuschätzen und die Optionen, die sich aus der Geographie ergeben, nicht in Rechnung zu stellen, erwecken unser tiefes Mißtrauen. Wenn man die Vertrauensbildung voranbringen will, muß man die Kräfteverhältnisse verifizieren.

Nun gibt es dafür sicher nicht nur eine Methode. Ich nehme durchaus auf, was Egon Bahr über die Erfahrung mit MB FR gesagt hat; wir können aus jeder Verhandlung lernen. Aber so kann es nicht gehen, daß wir 20 oder 25 Prozent von einer unbekanntem Größe abziehen. Die militärischen Kräfteverhältnisse müssen bezogen auf die Gebiete, in denen die Streitkräfte stehen und sich gegenseitig angreifen könnten, nach den militärischen Optionen ungefähr ausgewogen sein. Ich sage "ungefähr" ausgewogen sein. Numerische Parität ist ein formales Kriterium der Rüstungskontrolle und deshalb brauchbar für die Zwecke der Vertragsgleichheit; aber sie ist militärisch nicht das einzige Kriterium.

Disparitäten bestehen in verschiedener Hinsicht in Europa. Sie summieren sich in einer konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes, insbesondere in Mitteleuropa. Wir können Ihnen das auch nachweisen, sobald wir in den Verhandlungen zur Sache sprechen und nicht über abstrakte Prinzipien oder über allgemeine Ideen. Wenn die Wiener Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa einen Sinn haben sollen, dann müssen sie zur Sache geführt werden.

Nun ist die Frage gestellt worden, was die Sowjetunion Westeuropa für eine gemeinsame Sicherheit anbieten soll. Es hieß, die Sowjetunion könne eine besondere Leistung dafür nicht akzeptieren. Hier liegt aber gerade der springende Punkt. Wenn die Sicherheit in Europa in ihrer Qualität für alle Staaten ungefähr gleich sein und eine stabile, das heißt krisenfesten Sicherheit herrschen soll, dann muß die stärkere Seite mehr Kräfte abbauen als die schwächere. Darüber werden wir uns in Verhandlungen verständigen müssen. Das Resultat kann nicht sein, daß beide Seiten die gleiche Zahl von Truppen oder Waffen abziehen, sondern daß ungefähr ausgeglichene Kräfteverhältnisse geschaffen werden. Daran wird kein Weg vorbeiführen; das sage ich in aller Offenheit. Mit uns wird kein Vertrag zu schließen sein, der nicht ein ausgewogenes Kräfteverhältnis in Europa zum Ergebnis hat.

Was nun die Frage der amerikanischen Beteiligung angeht, so stelle ich zunächst fest, daß es kein militärisches Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West in Europa gibt. Wenn wir von einer Korrelation der Kräfte sprechen, dann müssen wir wissen, daß ökonomische Kraft militärische Aktionsfähigkeiten in einer Krise nicht kompensieren kann. Streitkräfte können schnell eingesetzt werden, wenn sie einmal bestehen. Selbst ein Rüstungspotential kann nicht rechtzeitig gegen bestehende Streitkräfte eingesetzt werden, sondern dazu braucht man eigene einsatzfähige Streitkräfte. Deshalb kann die europäische Sicherheit angesichts der Stärke der Sowjetunion auf einen amerikanischen Beitrag nicht verzichten.

Es ist in diesem Zusammenhang die Frage nach der Stärke der Bundeswehr und unseren Absichten für Verhandlungen gestellt worden. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers hat meiner Ansicht nach eine klare Auskunft darauf gegeben: Wir erhalten die notwendige Verteidigungsstärke, die von der Stärke der Streitkräfte des Warschauer Paktes und von den Beiträgen unserer Verbündeten zur gemeinsamen Verteidigung abhängt. Unsere nationale Verteidigungsdoktrin basiert auf der gemeinsamen Verteidigung in einem Bündnis zur Sicherung Westeuropas. Wir sind zu einer Verringerung unserer Streitkräfte als Beitrag für eine Verhandlung bereit. Der Anteil an der Reduzierung der westlichen Streitkräfte, der auf die deutsche Bundeswehr zukommen würde, wird ihrem Anteil an diesen Streitkräften entsprechen und dem, was auf der anderen Seite gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Warschauer Pakt an einsatzfähigen Streitkräften verringert wird. Das ist keine Frage der Überzeugung, sondern der Berechnung. Und hier sind wir wieder bei den Tatsachen, das heißt auch bei den Streitkräftestärken, bei ihrem Aufbau und ihrer Bewaffnung.

Nun komme ich zu dem zweiten kritischen Punkt, den von sowjetischer Seite Herr Proektor eben noch einmal hervorgehoben hat. Das ist die Frage nach dem Sinn und Zweck der Einheit Westeuropas. Wir verfolgen keine Politik mit dem Ziel, eine westeuropäische Militärmacht zu bilden. Unsere Politik hat vielmehr die Einigung der Staaten Westeuropas zu einer tatsächlichen Union zum Ziel. Das ist kein Geheimnis, das wir erst heute enthüllen, sondern das haben wir seit 30 Jahren erklärt. Das steht in den Römischen Verträgen. Die Einheit Westeuropas bedingt auch seine Fähigkeit zu gemeinsamer Außenpolitik und damit zu gemeinsamer Verteidigung im Rahmen der nordatlantischen Allianz. Diesen Zweck erfüllt im übrigen auch die Westeuropäische Union (WEU), die innerhalb der westlichen Allianz besteht. Stalin hatte sie einmal als einen aggressiven Pakt dargestellt. Ich meine, ihre Geschichte seit 1954/55 weist aus, daß sie das nie war und daß sie auch nicht dazu zu werden droht.

Es ist mir aber vollkommen unverständlich, daß europäische Sicherheit in einem "gemeinsamen europäischen Haus", um diese sowjetische Ausdrucksweise zu wählen, unvereinbar sein soll mit der politischen Einheit Westeuropas und damit auch mit einer westeuropäischen Verteidigung oder mit einem amerikanischen Beitrag dazu. Man muß doch nicht in Moskau hervorheben, daß die

Sowjetunion nicht am Ural endet. Die Sowjetunion ist eben nicht nur ein europäischer, sondern auch ein außereuropäischer Staat. Insofern stellt sich die Frage eines europäischen Hauses auch von Ihrer Seite nicht so einfach, wie das als Bauskizze von Ihnen immer so leicht entworfen wird. Die Sowjetunion ist für uns eine große, Europa beherrschende Kontinentalmacht. Und wenn wir uns mit ihr einrichten, dann brauchen wir auch eine westeuropäische Sicherheitsgrundlage, und wir brauchen unser Bündnis mit den Vereinigten Staaten, das Sie ja im übrigen anerkennen.

Ein letztes Wort zur Abschreckung. Diese Doktrin hat die sowjetische Seite nie anerkannt. Dabei sollten Sie uns unsere Strategie nicht vorwerfen, zumal sie Ihrer eigenen Strategie entspricht, nämlich durch die Stärke Ihrer Militärmacht und bestimmte Waffen, über die Sie verfügen, das Entstehen von Gefahren zu verhindern und Bedrohungen abzuwehren. Wie Sie das dann nennen, ob eine Abwehr- oder Abschreckungsstrategie, bleibt Ihnen überlassen; in der Sache geht es darum, den Krieg zu verhüten. Wir vertreten ja auch nicht die Theorie, daß Ihre Strategie auf den Krieg gerichtet ist. Herr Bahr hat das vorhin hervorgehoben, und ich nehme das auf. Aber wir müssen uns mit dem Gewicht der Sowjetunion, auch mit ihrem militärischen Gewicht, auseinandersetzen.

Ich hoffe, daß die Verhandlungen, in die wir eintreten, in einem Geiste geführt werden, der auf beiden Seiten einem neuen historischen Denken entspricht, damit wir auch jene Denkkategorien überwinden können, von denen der Generalsekretär Gorbatschow aus gutem Grund gesagt hat, sie beruhten im wesentlichen auf der Rezeption der Vergangenheit. Wir sind dazu bereit.

Wir sind im übrigen auch bereit zu einer Diskussion zwischen sowjetischen und deutschen Militärs. Das haben seinerzeit die Bundeskanzler Brandt und Schmidt angeboten, und ich bin sicher, daß Bundeskanzler Kohl das ebenfalls anbieten würde, wenn die Gelegenheit, darüber zu sprechen, sich ergäbe. Wir wissen, daß Sie in Ihrem Bündnis mit Ihren Verbündeten stehen, und wir stehen im Bündnis mit unseren Verbündeten. Da gibt es keine Vertrauenskrise. Wesentlich ist nur, daß wir nicht allgemeine Gespräche führen, die an der Sache vorbeigehen, sondern daß wir uns in Verhandlungen mit der Sache beschäftigen.

Proektor

Zur Polemik von Herrn Rühl möchte ich nur sagen, daß wir alle gemeinsam Wege zu neuem Denken auf militärisch/politischem Gebiet suchen müssen. Da hat bisher keine Seite einen Vorsprung inne, und auch wir wollen nicht so tun, als ob wir über die Geheimnisse des neuen Denkens schon verfügen würden. Wir müssen alle gemeinsam über neue Wege nachdenken.

Ich habe nur noch eine Frage an Herrn Rühl. Wenn ich das Weißbuch der Bundesregierung über Verteidigungsfragen von 1980 mit dem von 1985 vergleiche, dann stelle ich eine gewisse Verhärtung in den Bereichen fest, die von der Bundesrepublik Deutschland favorisiert werden, und zwar in allen Richtungen und bei allen Parametern. Das ruft bei mir gewisse Besorgnisse hervor.

Shurkin

Herr Rühl hat als Antwort auf die Ausführungen von Herrn Proektor sehr entschieden erklärt, warum eine Vereinbarung über die Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte unmöglich sei. Dabei konnte der Eindruck entstehen, daß eine Truppenreduzierung in Europa grundsätzlich nicht möglich sei. Eine derart pessimistische Bilanz scheint mir aber im Widerspruch zu der letzten Regierungserklärung des Bundeskanzlers und zu einer Reihe anderer Erklärungen des Außenministers und des Verteidigungsministers zu liegen. Deshalb ist die Sache vielleicht doch nicht so hoffnungslos.

Herr Bahr hat gesagt, es komme darauf an, das Ziel der Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Waffen und Streitkräfte in Europa zu formulieren. Das habe ich einmal skizzenhaft und vorläufig versucht. Ich meine, das Ziel solcher Verhandlungen muß Stabilität und ungefähre Gleichheit bei langsam sinkenden Niveaus sein.

Zweifellos wird es große Schwierigkeiten geben, dieses Ziel zu erreichen. Denn erstens schätzen beide Seiten das Kräfteverhältnis verschieden ein; zweitens bestehen in Europa objektiv bestimmte Ungleichgewichte. Drittens gibt es bereits eine langjährige Tradition, durch die Vereinbarungen erschwert werden. Herr Rühl hat diese Tradition hier demonstriert. Viertens schließlich sind Erfahrungen der Wiener Verhandlungen alles andere als positiv.

Ich bin bereit, Kritik von Seiten meiner sowjetischen Kollegen hinzunehmen, aber ich bin der Meinung, daß die Wiener Verhandlungen eine Meßlatte für Abrüstungsverhandlungen sind, die im Geiste des alten Denkens geführt werden. Wenn man die Wiener Gespräche analysiert, wird deutlich, wie beide Seiten sich an unwesentlichen Details festhalten. An diesen Verhandlungen läßt sich sehr gut zeigen,

wie man nicht vorgehen soll. Daraus sollten wir für künftige Verhandlungen lernen, die unabdingbar sind und bei denen es um eine radikale Reduzierung der Streitkräfte und Waffen nicht nur in Mitteleuropa, sondern in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, gehen muß.

Schwer verständlich ist mir, daß das NATO-Bündnis bisher auf die Vorschläge des Warschauer Vertrages, die vor einem Jahr in Budapest unterbreitet wurden, in der Sache nicht geantwortet hat. Jedenfalls kann man wohl die abstrakten Überlegungen, die bei der letzten NATO-Sitzung angestellt wurden, kaum als Antwort betrachten. Ich meine, es wird Zeit, daß jetzt endlich zumindest Vorgespräche oder Konsultationen beginnen und darüber nachzudenken, wie man den Gesprächen eine neue Dynamik verleihen kann. Wenn wir nun wieder beginnen, uns erneut nur gegenseitig Vorwürfe zu machen, blockieren wir diesen Prozeß, wenn wir unsere Hoffnungen dann nicht überhaupt begraben müssen.

In den neuen Verhandlungen über Rüstungsverminderung geht es aus meiner Sicht um die radikale Abrüstung auch der konventionellen Bewaffnung. Ob es sich dabei dann um 25 Prozent handelt, wie wir vorgeschlagen haben, oder 20 Prozent oder sogar um 30 Prozent, ist nicht entscheidend. Das muß dann in den Verhandlungen ausgearbeitet werden. Die schlechten Erfahrungen mit den Wiener Verhandlungen sollten uns aber zu einem grundsätzlichen Neuanfang bewegen.

Diese radikale Reduzierung muß der erste Schritt sein. Denn für eine Stabilität im Bereich der konventionellen Waffen brauchen wir auch eine entsprechend dauerhafte Perspektive.

Wir verschließen uns auch keineswegs Ihren Wünschen in bezug auf unsere Streitkräfte, zum Beispiel, was deren Stärke, Ausrüstung und Struktur angeht. Genauso hoffen wir aber auch, daß Sie unsere Wünsche im Hinblick auf die NATO mitberücksichtigen. In all diesen Fragen kommt es darauf an, Kompromisse zu finden, die dazu beitragen, das gegenwärtig bestehende Ungleichgewicht zu beseitigen.

Ich stimme mit Herrn Rühl überein, daß wir nicht umhin kommen, über Truppenstärken, technische Standards, Defensiv- oder Offensivstruktur sowie über die Truppen in Mitteleuropa insgesamt beziehungsweise in einzelnen Bereichen intensiv zu sprechen. Gegenseitige Beschuldigungen helfen uns da nicht viel weiter. Es geht vielmehr um konkrete Schritte, um eine Entscheidung in diesen Fragen zu erreichen. Die Staaten des Warschauer Vertrages haben jetzt ein Treffen zwischen den Generalsekretären beziehungsweise den Oberbefehlshabern der beiden Bündnisse vorgeschlagen, um Bewegung in die Sache zu bringen. Leider hat sich die Gegenseite bisher noch mit keinem Wort zu diesem Vorschlag geäußert und auch keinen Gegenvorschlag unterbreitet. Wir messen dieser Frage wachsende Bedeutung bei, weil es wichtig ist, daß sich beide Seiten in die jeweils andere Position hineindenken müssen.

Der nächste Punkt, der zur Entscheidung ansteht, betrifft die Rüstungskontrolle. Hier hat der Westen sehr weitreichende Vorschläge gemacht, um eine umfassende Kontrolle zu erreichen. Wir waren in dieser Frage in der Vergangenheit zurückhaltender. Heute gibt es, wie Sie wissen, auf sowjetischer Seite hinsichtlich der Frage der Verifizierung eine völlig veränderte Position, und zwar unabhängig davon, ob wir bei den Mittelstreckenraketen zu einer Vereinbarung über die Null-Lösung, das heißt die völlige Beseitigung dieser Raketen gelangen.

In der Frage der Rüstungskontrolle sind wir inzwischen bereit, recht weit zu gehen. Es ist zu hoffen, daß uns hier ein erster großer Durchbruch gelingt, um deutlich zu machen, daß solche Kontrollen vor Ort, etwa bei verschiedenen Phasen eines Manövers, möglich sind. Vielleicht können diese Vorstellungen dann auch auf die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte angewandt werden.

Herr Körber und Herr Rühle haben von den Gefahren der Umweltproblematik gesprochen. Wir messen in der Sowjetunion dem Umweltschutz besondere Bedeutung bei, und wir sind stolz, daß wir im nächsten Fünfjahresplan mehr als 10 Milliarden Rubel dafür bewilligt haben. Ich muß jedoch selbstkritisch feststellen, daß der Ökologie in unserem Lande noch keine besondere Priorität eingeräumt wird. Damit stehen wir jedoch nicht allein. Ich meine, die Welt sollte den Westeuropäern dafür dankbar sein, daß sie in den letzten 10 bis 15 Jahren den Umweltschutz dermaßen problematisiert haben, wie das weder in den USA noch in Osteuropa, noch in Japan oder bei uns geschehen ist; von anderen Ländern ganz zu schweigen. Von den Japanern hätte man das noch am ehesten erwarten können.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige große Land, in dem es eine Partei gibt, die den Umweltschutz zum politischen Programm gemacht hat. Die Grünen, die hier nicht vertreten sind, haben sich allein dadurch geschichtliche Verdienste erworben. Aber trotz großer finanzieller Anstrengungen in einer Reihe von Ländern reicht das bisher nicht aus, die Umweltkrise in den Griff zu bekommen. Im Augenblick beschränken wir uns alle weitgehend aufs Lamentieren und malen uns die

schrecklichen Folgen einer Umweltkatastrophe aus, die möglicherweise schon die nächste Generation treffen wird. Hier müssen wir uns in unseren Gesellschaften der sozialen Verantwortung für den Umweltschutz bewußt werden und darüber nachdenken, welche Mittel wir international dafür aufbringen müssen. Dabei halte ich Größenordnungen von einem halben bis einem Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts nicht für unrealistisch.

Lebedew

Bei allen Fragen, die wir hier erörtert haben, kommt meiner Meinung nach der Sicherheitsproblematik in der gegenwärtigen Situation doch die Priorität zu. Es wurde gesagt, in Westeuropa, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, sei man besorgt angesichts der militärischen Möglichkeiten unseres Landes. Nun hat vor allem Herr Bahr darauf hingewiesen, daß wir zunächst ein Ziel brauchen, um das gegenseitige Kräfteverhältnis zu bestimmen, bevor wir uns an den Verhandlungstisch setzen.

Ich könnte jetzt auch anhand von Zahlen deutlich machen, daß die Vorschläge der Sowjetunion zur Abschaffung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa wie auch die Verhandlungen zur Reduzierung und vollständigen Beseitigung der operativ-taktischen Raketen sowie der Vorschlag, der im Budapester Appell der Staaten des Warschauer Vertrages über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen in Europa enthalten ist, belegen, daß alle diese Vorschläge durchaus ausgewogen sind. Sie basieren auf dem Kräfteverhältnis, das sowohl zwischen den USA und der UdSSR als auch zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO besteht.

Ich möchte mich hier nicht in Einzelheiten verlieren, aber doch einige Leute zitieren, die auch zählen können und die nicht gerade zu den Freunden der Sowjetunion gehören. Ich denke etwa an Paul Nitze, der kürzlich während eines Hearings im amerikanischen Kongreß zum Gipfeltreffen von Reykjavik gesagt hat, was die Personalstärke der Streitkräfte angehe, so seien die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Vertrages nicht überlegen. Außenminister Shultz hat diese Aussage bestätigt.

Shultz hat des weiteren darauf hingewiesen, daß das Bruttosozialprodukt der USA und Westeuropas das der Sowjetunion und der Staaten Osteuropas um das Dreifache übertreffe. Die USA und Westeuropa haben zusammen etwa 560 Millionen Einwohner, plus 120 Millionen Japaner, wohingegen die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas ungefähr auf 390 Millionen Einwohner kommen. Von der Bevölkerung und von den Ressourcen her weist der Westen also eine beträchtliche Überlegenheit auf. Mit anderen Worten, in einer Welt ohne Atomwaffen, die notwendiger ist als alles andere, ist der Westen keineswegs unterlegen. Auch bei den konventionellen Waffen und Streitkräften ist nach unseren Berechnungen im europäischen Maßstab in etwa ein Gleichgewicht gegeben.

Nun hieß es hier, die Sowjetunion besäße ein Übergewicht besonders bei den taktischen Atomraketen. Die Sowjetunion hat sich bereit erklärt, unverzüglich in Verhandlungen über die operativ-strategischen Raketen einzutreten. Wir sind also an einer baldigen Lösung dieser Frage interessiert. Auch die Vorschläge aus dem Budapester Appell wollen wir so schnell wie möglich realisieren. Jetzt geht es darum, möglichst rasch ein Mandat für die Wiener Verhandlungen auszuarbeiten, das auch die Frage der Abrüstung mit berücksichtigt. Davon ist die westliche Seite übrigens entschieden abgerückt.

Herr Rühl meinte, eine 20- oder 25prozentige Reduzierung bei den Streitkräften sei so lange nicht diskutabel, solange unklar bleibe, von welcher Gesamtgröße man dabei ausgehe. Diese Ausgangsgröße muß natürlich in den Verhandlungen definiert werden. Aber ich füge hinzu, daß der Budapester Appell bei diesen 25 Prozent nicht haltmacht. Wir haben vorgeschlagen, in diesem Punkt noch weiterzugehen. Wir sollten deshalb so schnell wie möglich in die Verhandlungen eintreten.

Wenn wir heute von neuem Denken im außenpolitischen Kurs der Sowjetunion sprechen, dann ist einer der wichtigsten Aspekte der Übergang von Worten zu Taten. Die Sowjetunion hat in der letzten Zeit an konkreten Beispielen gezeigt, daß sie zu praktischen Schritten bereit ist. Das wird besonders in der Frage der Mittelstreckenraketen in Europa deutlich. Das war für uns kein einfacher Schritt. Bei unseren Vorschlägen in Reykjavik haben wir, wie Sie wissen, die britischen und französischen Atomwaffen außen vor gelassen. Deshalb bezweifle ich sehr, daß sich die Position Westeuropas im Falle einer Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen im Vergleich zur Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Vertrages verschlechtern wird, wie immer behauptet wird.

Für die Null-Lösung, die heute die Sowjetunion vorschlägt, sind noch vor anderthalb bis zwei Jahren alle europäischen Länder entschieden eingetreten. Wir sind auch bereit, die Frage der operativ-taktischen Raketen zu lösen und über Ungleichgewichte bei den konventionellen Streitkräften zu

sprechen. Es geht also keineswegs darum, daß sich die Sowjetunion irgendwelche Vorteile gegenüber den europäischen Ländern verschaffen will, was die Sicherheit anbetrifft.

Eine weitere Überlegung in diesem Kreis betrifft die Änderung der Militärdoktrin, die einen rein defensiven Charakter erhalten müßte, wie hier gefordert wurde. Die sowjetische Militärdoktrin war aber auch bisher schon defensiv ausgerichtet. Sicher, es wurde bei uns auch die These vertreten, daß es darauf ankomme, den Feind auf seinem eigenen Territorium zu schlagen. Im Budapester Appell bieten die Länder des Warschauer Vertrages den NATO-Ländern jedoch an, auch die Fragen der Militärdoktrinen zu behandeln, um einen rein defensiven Charakter zu gewährleisten.

Wir sprechen von unserem "gemeinsamen Haus Europa". Leider ist Europa gegenwärtig ein Haus, in dem man theoretisch nicht nur einen Atomkrieg, sondern auch einen konventionellen Krieg führen kann. Praktisch ist eine solche Kriegsführung allerdings unmöglich, weil Europa mit Waffen und Truppen geradezu gespickt ist. Außerdem gibt es hier Dutzende von Kernkraftwerken. Schon ein kleiner Konflikt würde dieses Europa in seiner Existenz gefährden. Deshalb betreffen die Vorschläge der Sowjetunion nicht nur unsere eigene Sicherheit, sondern wir treten für eine allgemeine europäische Sicherheit ein und rufen die europäischen Länder auf, uns auf diesem Wege zu folgen. Wenn wir in Europa Sicherheit schaffen, entspannen wir die gesamte internationale Situation erheblich.

Joffe

Lothar Rühl hat bereits viele Argumente und Bedenken vorgebracht, die auch ich aussprechen wollte. Deshalb nur zwei kurze Punkte.

Wir sind wohl alle fasziniert von dem neuen Denken, das man heute in der Sowjetunion antrifft; aber man sollte nicht vergessen, daß es auch noch das alte Denken gibt. Mein Eindruck ist, daß viele Elemente des neuen Denkens, die wir von unseren russischen Freunden hören, Echos des alten Denkens sind. Wenn wir heute etwa von neuen internationalen Beziehungen sprechen und so tun, als seien Fragen des Gleichgewichts und der Kräfteverhältnisse alte Kamellen, so erinnere ich mich an die 50er Jahre, als wir auch über europäische Sicherheitssysteme, über verdünnte Zonen, über die Auflösung der Bündnisse und über kollektive Sicherheit gesprochen haben. Nur: wie damals läuft die sowjetische Politik auf die Entnuklearisierung Europas und seine Entkopplung von Amerika zu. Von sowjetischer Seite wurde damals ebenfalls zu bedenken gegeben, daß die USA eigentlich keinen Platz in diesem System hätten.

Die Tatsache, daß das neue Denken Echos des alten Denkens aufweist, zeigt, daß die alten Dilemmata der europäischen Sicherheit nicht verschwunden sind. Mit anderen Worten, alle europäischen Staaten sind zwar gleich, aber einige sind gleicher als andere, das heißt, sie sind stärker als andere. Deshalb müssen wir über Balancen und über die Rolle der Vereinigten Staaten sprechen.

Aus der Diskussion ist nun direkt oder indirekt herauszuhören, daß die Vereinigten Staaten in diesem europäischen Haus eigentlich nicht ganz so willkommen sind, wie viele von uns in Westdeutschland glauben. Zugleich haben wir von Herrn Shurkin gehört, daß wir den europäischen Flügel in diesem gemeinsamen Haus nicht verstärken dürfen. Einerseits soll also den amerikanischen Mitmietern gekündigt werden, andererseits sollen wir unseren Flügel nicht verstärken. Da zeigt sich wieder das alte Denken.

Es ist wichtig, daß wir über solche Ambivalenzen sprechen und nicht so tun, als ob man das im Sinne des neuen Denkens einfach beiseite schieben kann. Es darf bei unseren zukünftigen Diskussionen und Verhandlungen nicht der Eindruck entstehen, daß manche Leute in diesem Hause nichts zu suchen haben, damit nicht bei uns allen das Interesse verlorengelht, sich in diesem Haus um eine Wohnung zu bewerben.

Sommer

Das gilt besonders in Anbetracht der Tatsache, daß die Sowjetunion neben dem europäischen Haus auch noch eine asiatische Zweitwohnung besitzt.

Milstein

Zunächst eine Vorbemerkung: Herr Joffe, ich habe diese Diskussion aufmerksam verfolgt. Von meinen sowjetischen Kollegen habe ich jedenfalls mit keinem Wort eine Argumentation gehört, man solle die Amerikaner aus dem europäischen Haus verjagen.

Mich beschäftigt vor allem die Frage des neuen Denkens, über das hier ausgiebig gesprochen wurde. Mein Eindruck ist, daß dieses neue Denken auf militärischem Gebiet bisher gegenüber dem, was in der Politik geschieht, zurückbleibt. Unter "militärisch" verstehe ich hier Fragen, die mit der Militärdoktrin, mit der strategischen Konzeption, mit den militär-strategischen Anteilen bei den Verhandlungen verbunden sind.

Für das Zurückbleiben gibt es verschiedene Ursachen. Erstens ist das militärische Denken an sich konservativ. Zweitens steht es unter dem Einfluß der Rüstung, die vorhanden ist, beziehungsweise die in den nächsten 10 bis 15 Jahren entwickelt werden wird. Das Denken bleibt abhängig von der Waffenentwicklung. Drittens: Wir sind alle Geiseln der atomaren Denkweise. Die Atomwaffen, die im Jahre 1945 eingesetzt und die seitdem weiterentwickelt und perfektioniert wurden, haben unter dem Vorwand, der Sicherheit zu dienen, derartige Ausmaße angenommen, daß nun ein ganz neuer Faktor in den Vordergrund rückt, mit dem man rechnen muß, wenn man über das neue Denken oder andere Dinge spricht: Das ist der Faktor Zeit.

Nehmen Sie als Beispiel die Wiener Verhandlungen, die 1973 begonnen haben. Gegenwärtig wird geplant, neue Verhandlungen aufzunehmen. Seit nahezu 15 Jahren haben wir uns über statistische Einzelheiten miteinander gestritten, gegen die sich Herr Rühl ausgesprochen hat. Das heißt, wir haben 15 Jahre lang verhandelt, um uns über irgendwelche mikroskopisch kleinen Truppenreduzierungen zu verständigen, die eigentlich keinerlei Bedeutung haben und die weder für ein Mehr an Sicherheit, noch für deren Gefährdung gewichtig sind.

Jede Seite, ob Sie die USA, die BRD oder die Sowjetunion nehmen, behauptet, ihre Militärdoktrin habe rein defensiven Charakter. Aber keine Seite glaubt der anderen, daß ihre Doktrin Defensivcharakter besitze. Wir glauben der NATO nicht, und die NATO glaubt uns nicht; die USA glauben uns nicht, und wir haben kein Vertrauen zu den USA. Wie lange können wir es uns eigentlich noch erlauben, einander nicht zu glauben angesichts der Entwicklungen, wie sie auf dem Gebiet der Rüstung stattfinden? Die Möglichkeit eines zufälligen, nicht gewollten Einsatzes von Atomwaffen wächst so unausweichlich, daß sie der menschlichen Kontrolle, sogar der Kontrolle der politischen Führer zu entgleiten droht. Deshalb ist die Frage des neuen Denkens im militärischen Bereich kein militärisches, sondern ein politisches Problem. Solange wir auf dem Sektor des militärischen Denkens keine Fortschritte erzielen, wird das für die Politik, für die Verhandlungen und für die Normalisierung der Beziehungen negative Folgen haben. Dann wird es nicht möglich sein, irgendwelche substantiellen Ergebnisse zu erreichen.

Ich möchte besonders unterstreichen, daß wir alle Gefangene des alten atomaren Denkmusters sind. Darauf bauen wir unsere Sicherheit. Dieser Denkansatz ist vom Westen ausgegangen, nachdem die Sowjetunion vorgeschlagen hatte, die Atomwaffen zu beseitigen. Es ist geradezu eine paradoxe Situation. Alle erklären, ein Atomkrieg sei unmöglich, da er zum Untergang der Menschheit führen würde. Auf dem Gipfeltreffen in Genf unterschrieben Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow eine Erklärung, daß ein Atomkrieg unmöglich sei, daß er zum Untergang der Menschheit führen würde und daß keine Seite den Rüstungswettlauf gewinnen kann. Kissinger hat dargelegt, die Kernwaffen seien zu Ballast geworden, der weder politischen noch militärischen Zwecken diene, sie brächten keinen Nutzen und könnten in Europa nicht eingesetzt werden. Obwohl also alle Welt davon spricht, daß die Atomwaffen abgeschafft werden müßten, wird dennoch immer wieder behauptet, ausgerechnet die Atomwaffen seien eine Garantie für die Sicherheit.

Als der sowjetische Vorschlag zur Abschaffung der Atomwaffen im Jahre des Friedens veröffentlicht wurde, hieß es auf westlicher Seite, das sei nur eine sowjetische Propaganda. Als man von unserer Seite auf die darin enthaltenen konkreten Beschlüsse verwies, sagte man, das Ganze sei vorteilhaft für die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages, weil diese eine Überlegenheit bei den konventionellen Waffen hätten. Als wir einen Vorschlag zum Abbau der konventionellen Waffen unterbreiteten, sagte man, der Geist aus der Flasche, einmal entwichen, sei nicht wieder in sie hineinzubekommen. Auf diese Weise bleiben wir Sklaven unseres alten Denkens. Dann zu meinen, die neue Denkweise würde sich auf militärischem Gebiet ihren Weg leicht bahnen können, auch in der Sowjetunion, ist völlig falsch. Da wir alle im Banne dieser alten Denkweisen stehen, werden wir auf diesem Wege nur unter großen Schwierigkeiten vorankommen.

Was müßte getan werden, um einen Durchbruch zu erreichen, ohne den wir nicht weiterkommen? Ich bin der Meinung, beide Seiten müßten den Faktor Zeit berücksichtigen und sich darüber klarwerden, daß wir von der Zeit getrieben werden, daß wir radikale Entscheidungen treffen müssen und nicht nur Gespräche führen wie die kläglichen MBFR-Verhandlungen in Wien.

Es wird sicher sehr schwer sein, hier grundlegend etwas zu ändern, da es bei Ihnen nach wie vor die alten Vorstellungen über die Sowjetunion gibt, so wie bei uns das alte Bild der NATO vorherrscht;

beides sind Feindbilder. Deshalb müssen wir zu neuen Einstellungen gelangen. Es reicht nicht, daß Sie bei uns nur die neue Denkweise begrüßen, sondern es kommt darauf an, daß Sie die sowjetischen Vorschläge realistisch betrachten. Diese Vorschläge tragen nicht nur dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Rechnung, sondern liegen im Sicherheitsinteresse aller Seiten. Seinerzeit wurde im Bericht der Palme-Kommission zum Ausdruck gebracht - in der übrigens Egon Bahr und Georgi Arbatow aktiv mitarbeiten;- , daß es um die gemeinsame Sicherheit aller gehe. Ich meine, daß die jetzt von sowjetischer Seite eingebrachten Vorschläge eben diese Voraussetzung berücksichtigen.

Wenn man neue Waffen in den Dienst stellen will, dann sollte man darüber nachdenken, was in 10 bis 15 Jahren geschehen wird, wenn diese Waffen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang sollte man dann auch das Programm der KSZE betrachten.

Eine letzte Überlegung zur strategischen Konzeption. Es heißt, die Abschreckung, die auf der atomaren Bewaffnung basiert, garantiere heute die Sicherheit. Diese Logik ist schwer zu verstehen. Man argumentiert dabei wie folgt: Man sei deshalb für das Konzept der flexible response und des atomaren Erstschlages, weil auf diese Weise der östliche Aggressor im Zaum gehalten werde. Gleichzeitig behauptet man, die östliche Seite sei auch bei den Mittelstreckenraketen überlegen, ja sogar bei den operativ-taktischen Waffen. Wenn das so wäre, könnte die atomare Bewaffnung doch kein Abschreckungsmittel sein. Ferner sagt man, es sei unmöglich, Kernwaffen einzusetzen; dabei gehört gerade das zur Konzeption des Erstschlages.

Es gibt viele solcher ungeklärten Widersprüche. Aber von dieser alten Basis aus wird immer noch argumentiert. Deshalb kommt es darauf an, neue Sicherheitskonzepte auszuarbeiten, denen eine defensive Militärdoktrin zugrunde liegt, wobei die atomaren Waffen vernichtet und die konventionellen Waffen begrenzt werden müssen.

Weidenfeld

Manchmal habe ich den Eindruck, daß unter der Oberfläche des neuen Denkens in der Sowjetunion doch noch große Felsbrocken des alten Denkens zum Vorschein kommen. Natürlich sollten wir auf westlicher Seite nicht vergessen, daß ein solch revolutionärer Umdenkungsprozeß in der Sowjetunion seine Zeit braucht, bis er alle Bereiche durchdrungen hat und entsprechend umgesetzt werden kann.

Ich möchte zur bisherigen Diskussion vier Bemerkungen machen:

1. Es gab in den vergangenen Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine recht unfruchtbare Debatte über den Begriff der Entspannung, insbesondere wie illusionär oder realistisch ihr Charakter sei. Nun hat Herr Ruhe in seinem Referat sinnvollerweise von "erlebbarer Entspannung" gesprochen und daran erinnert, daß es sich dabei nicht nur um eine Frage des geistigen Überbaus unserer Beziehungen handelt, sondern daß sich diese Politik in den konkreten Möglichkeiten der Menschen niederschlagen muß.

Deshalb ist es wichtig, die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht auf das Raketenthema zu reduzieren; denn hinter den Waffen stehen gewissermaßen die Einstellungen, Wünsche, Erwartungen der Menschen. Alle rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen und Abrüstungsschritte blieben noch höchst labil, wenn sich die Bilder und Motivationen, die dahinterstehen, nicht verändern. Deshalb sollte man diese kulturelle Dimension der Sicherheitspolitik nicht vernachlässigen.

2. Wir haben davon gesprochen, wie man die Probleme, die uns in Ost und West gleichermaßen betreffen, stärker gemeinsam angehen könnte. Das ist zweifellos wichtig. Dennoch stellt sich die Frage, wie wir uns eigentlich auf den Feldern verhalten, auf denen unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen. Im Blick auf diese zentrale Aufgabe möchte ich den Gedanken von Herrn Bahr unterstreichen, daß man auf solchen Gebieten nach gemeinsamen Verhaltensregeln suchen muß. Ich denke, daß man in einen solchen Kodex gemeinsamer Verhaltensregeln ein Modell der Konfliktregelung einführen könnte, das es erlaubt, Konflikte so zu handhaben, daß sich beide Seiten als Gewinner fühlen können.

Ein aktuelles Beispiel dafür wäre die anstehende Aufnahme von Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem RGW. Da haben sich ja beide Seiten bewegt. Für die Sowjetunion galt die EG bisher vornehmlich als ökonomische Basis für eine imperialistische NATO-Politik, und die Europäische Gemeinschaft wollte solche Beziehungen nicht vertraglich fixieren, um bilaterale Verhandlungen nicht zu stören. Heute gehen also beide Seiten aufeinander zu - zum gegenseitigen Vorteil.

Dieses Beispiel macht im übrigen den Strukturwandel der deutsch-sowjetischen Beziehungen deutlich. Im Grunde geht es nämlich gar nicht mehr nur um die bilateralen Beziehungen. Die westliche Außenpolitik ist durch starke multilaterale Akzente und Organisationsformen charakterisiert. Wenn morgen die englische Premierministerin nach Moskau kommt, dann spricht sie nicht nur für ihr eigenes Land; vielmehr hat sie ihre Position mit anderen westeuropäischen Staaten abgestimmt, was das Gewicht ihrer Aussagen verstärkt.

Der Hintergrund für diesen Wandel zur multilateralen Organisation westeuropäischer Außenpolitik ist ja nicht nur dadurch forciert worden, daß die Außenhandelskompetenz der westeuropäischen Staaten seit langem auf die Europäische Gemeinschaft übergegangen ist. Seit 1970 existiert zudem auch die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Vor allem aber haben sich die Staaten der Europäischen Gemeinschaft nunmehr in einem Zusatzvertrag zu den Römischen Verträgen, der Einheitlichen Europäischen Akte, rechtsverbindlich zur Konsultation verpflichtet, bevor sie gegenüber dritten Staaten Position beziehen.

Ich denke, daß man im Rahmen dieses Strukturwandels der westeuropäischen Außenpolitik im Hinblick auf die Sowjetunion noch vieles weiterentwickeln kann. Wenn, wie es hier vorhin hieß, die USA gegenwärtig nicht in der Lage sind, Verhandlungen über entsprechende Verhaltenskataloge aufzunehmen, warum können dann nicht derartige Dinge zunächst zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Sowjetunion beraten werden? Warum sollte es nicht möglich sein, daß regelmäßige Treffen zwischen dem EG-Ratspräsidenten und der Führung der Sowjetunion stattfinden? Warum könnte man die rein bilateralen Gipfel zwischen den beiden Weltmächten nicht zu trilateralen Gesprächen zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und der Führung der Europäischen Gemeinschaft erweitern? Auch in diesem Bereich wird es auf längere Sicht zu einer Verschiebung der weltpolitischen Architektur kommen.

3. Herr Proektor hat gefragt, wie sich die westeuropäische Integration mit der Idee vom "gemeinsamen Haus Europa" verträgt. Zunächst: Die Integration Westeuropas zeigt, wie unter ehemaligen Gegnern auf Dauer eine Gemeinschaftsbildung möglich ist. Hinzu kommt, daß diese Integration die Voraussetzung dafür ist, daß die einzelnen westeuropäischen Staaten für die Sowjetunion interessante und verhandlungsfähige Gesprächspartner sind. Schließlich enthält die westeuropäische Integration Elemente, die auch in einem "gemeinsamen Haus Europa" unverzichtbar sind: friedliche Konfliktregelung bei widerstreitenden Interessen, Freizügigkeit, das heißt ungehinderte Bewegung von Menschen, Meinungen und Informationen. Alles das macht deutlich, daß die westeuropäische Integration ein unverzichtbarer Baustein für dieses "europäische Haus" ist.

4. Herr Falin hat in dem Zusammenhang davon gesprochen, daß in diesem Haus Europa jede Nation eine Sonnenseite haben müsse. Gilt das eigentlich auch für die deutsche Nation? Die Sowjetunion hat ja zum Problem der deutschen Nation im Laufe der letzten Jahrzehnte variantenreich Stellung bezogen. Es wäre interessant zu hören, wie die heute gültige Doktrin in bezug auf die deutsche Nation eigentlich aussieht.

Ursprünglich hat die Sowjetunion die These vertreten, daß die deutsche Nation im Grunde zweifach gespalten sei. Einmal geographisch zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland; zum anderen aber auch geistig-politisch zwischen den Kräften des Fortschritts in der Bundesrepublik, die mit den Kräften des Fortschritts und des Friedens in der DDR eine Nation bilden, und jenen Kräften der Reaktion oder des Revanchismus in der Bundesrepublik auf der anderen Seite. Dann nahm man von dieser Position Abschied und sprach von zwei deutschen Nationen. Nun liest man in den letzten Monaten wieder in sowjetischen Artikeln, daß es doch eine einzige deutsche Nation gibt. Mich würde interessieren, ob wir es hier mit einer neuen Position zu tun haben, oder findet sich da lediglich eine Variante jener uralten Positionen wieder?

Falin

Auf die Fülle der Fragen, die Sie uns gestellt haben, will ich mich bemühen, eine konzentrierte Antwort zu geben.

Zunächst zur Einschätzung der Kräfteverhältnisse. Was ist Parität, was Disparität? Ende der 70er Jahre vertraten die USA die Ansicht, daß sich das Machtgleichgewicht zugunsten der Sowjetunion verschoben habe. Was war der Grund für diese Behauptung? Admiral Turner, der damalige Chef des CIA, hat in dem Zusammenhang erklärt: Da die Aufgaben der USA sich erweitert haben, müssen die Vorstellungen über die Möglichkeiten der amerikanischen Streitkräfte überprüft werden. Das heißt, die Interessenlage der Vereinigten Staaten hatte sich verändert. Aus diesem Grunde waren die Amerikaner plötzlich der Meinung, daß ihre Streitkräfte zahlenmäßig und was die Bewaffnung angeht

nicht mehr ausreichen. Von daher resultierte dann die Verurteilung der Sowjetunion, sie habe das Machtgleichgewicht verletzt.

Es gibt nun verschiedene Erklärungen, auch von Präsident Reagan, welche Funktion die amerikanischen Streitkräfte in Europa spielen sollen. Reagan hat gesagt, die Amerikaner, die in Europa stationiert sind, verteidigen nicht nur die Interessen der Europäer, sondern auch die Interessen der Vereinigten Staaten selbst. Diese Streitkräfte sollen also nicht nur die Sicherheit der Europäer garantieren, sondern auch in der Konfrontation der Amerikaner mit der Sowjetunion eine besondere Rolle spielen. Wenn die Dinge so liegen, dürfen unsere westdeutschen Gesprächspartner sich die Sache nicht zu leicht machen, indem sie ihre Argumentation nur darauf abstellen, Westeuropa brauche die Amerikaner zu seiner Sicherheit, um gewissermaßen im europäischen Haus für ein Gleichgewicht zu sorgen, sondern es geht den Amerikanern dabei in erster Linie um den globalen Kampf gegen die Sowjetunion.

Wie läßt sich das auf einen Nenner bringen? Wenn Herr Rühl sagt, die Aufgabe der NATO sei die Verteidigung von Westeuropa, so ist das nicht ganz korrekt. Wenn Sie sich ansehen, warum das NATO-Bündnis 1949 geschaffen wurde - ich könnte Ihnen dazu eine ganze Reihe von Originaldokumenten zitieren;- , was mit der Sowjetunion nach Erfüllung dieser Aufgaben geschehen sollte, dann sehen Sie, daß man diese Frage nicht so leicht beantworten kann.

Rühl

Ich habe in dem Zusammenhang von der WEU gesprochen.

Falin

Das ist schon richtig; aber NATO und Westeuropäische Union gehören zusammen. Auch dazu ließe sich viel sagen. Ich will das jetzt nicht vertiefen. Mir geht es hier nicht um eine Polemik, sondern ich will nur die Zusammenhänge deutlich machen.

Hier wurde nun verschiedentlich behauptet, in unserem neuen Denken zeigten sich noch viele Elemente des alten Denkens, zum Beispiel, was die kollektive Sicherheit und anderes angehe. Dazu möchte ich feststellen, daß das alte Denken und das neue Denken nicht wie Materie und Antimaterie zueinander stehen. Über kollektive Sicherheit haben wir schon vor dem Zweiten Weltkrieg gesprochen und entsprechende Vorschläge unterbreitet. Hätte man diese Vorschläge akzeptiert, wäre der Weltkrieg nicht ausgebrochen. Was damals richtig gewesen ist und auch heute noch zutrifft, brauchen wir doch nicht zu verdrängen, nur weil es so weit zurückliegt. Wir müssen aus dem alten Denken lediglich das verwerfen, was sich im Laufe der Zeit als teilweise oder völlig unbrauchbar erwiesen hat, was nicht mehr zeitgemäß ist. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

Vor einigen Jahrzehnten haben auch wir behauptet, solange der Imperialismus existiere, seien Kriege unvermeidbar. Heute sagen wir das nicht mehr, weil der Krieg das Ende für alle bedeuten würde. Dagegen wird bei Ihnen im Westen, zumindest von amerikanischer Seite, immer noch die These vertreten: Solange der Kommunismus existiert, ist wahre Sicherheit unmöglich. Sie brauchen nur Reagans Appell an den Wahlkongreß der republikanischen Partei im August 1984 nachzulesen.

Die Wahrheit ist weit komplizierter, als das mitunter den Anschein hat. Es braucht aber wohl ein wenig Zeit, um die volle Wahrheit erkennen und begreifen zu können. In den 40 Jahren seit dem Weltkrieg haben wir es nach meiner Einschätzung weniger mit wirklichen Gefahren, als vielmehr mit unseren Vorstellungen von solchen Gefahren, die meist auf Vorurteilen beruhten, zu tun gehabt. Solche Vorurteile haben beide Systeme einander gegenüber im Laufe der Zeit entwickelt und verfestigt.

Das wurde eben auch wieder bei Herrn Weidenfeld deutlich, als er die Möglichkeit in Erwägung zog, bilaterale Begegnungen zu trilateralen zu erweitern, indem die Europäische Gemeinschaft mit hinzugezogen wird. Warum läßt er dabei den RGW außen vor, also warum nur drei und dann nicht vier Verhandlungspartner? Wenn Sie von Europa sprechen, warum erwähnen Sie immer nur die Beziehungen der Sowjetunion zu Westeuropa? Was ist mit den anderen osteuropäischen Staaten? Da zeigt sich bei Ihnen das alte Denken.

Das gilt zum Beispiel auch für den eurozentrischen Denkansatz der Europäer. Im Juli 1937 begann der japanische Angriff auf China. Für die Chinesen war das der Beginn des Zweiten Weltkrieges, während die Europäer natürlich immer nur auf das Kriegsgeschehen in Europa blickten.

Die Westeuropäer setzen für ihre Sicherheit den Ural als Bezugspunkt, während die Japaner sagen, unsere Sicherheitszone reicht vom Osten bis zum Ural. Wo bleibt dann noch Platz für die Sowjetunion? Ich meine, so kann man an die Dinge nicht herangehen. Im Grunde hat der Zweite

Weltkrieg alle Fragen, die wir heute erörtern, bereits definitiv beantwortet. Im gewissen Sinne wiederholen wir nur die gleichen Fehler bei der Einschätzung unserer gegenseitigen Positionen, Absichten und Möglichkeiten, die objektiv vorhanden sind. Fest steht, daß in Europa heute zwanzigmal so viele Waffen stationiert sind wie im Durchschnitt auf der ganzen Welt. Jede zusätzliche Rakete, jedes Flugzeug, jeder Panzer beeinträchtigen unsere eigene Sicherheit. Solange wir das nicht verstehen und uns nicht ernsthaft damit auseinandersetzen, begeben wir uns ständig in neue Gefahren.

Wir können nur dann Fortschritte erreichen, wenn wir die Interessen auf beiden Seiten mit dem gleichen Maßstab messen. Wir müssen begreifen, daß eine Beeinträchtigung Ihrer Sicherheit zugleich auch für unsere Sicherheit schädlich ist. Eine Überlegenheit auf amerikanischer Seite wirkt sich auch für die Sicherheit Westeuropas negativ aus. Sie sollten nicht glauben, daß eine horizontale und vertikale Rüstungseskalation seitens der Amerikaner Ihre Sicherheit in der Bundesrepublik und in Westeuropa stärkt. Die faktische Erweiterung der NATO hat nichts mit der europäischen Sicherheit zu tun, sondern ist nur im Zusammenhang mit den neoglobalen amerikanischen Konzepten zu verstehen.

Ich würde vorschlagen, daß wir uns wieder auf die mittel- und langfristigen Perspektiven zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland konzentrieren. Wir können gute Nachbarn, ja Freunde werden und partnerschaftliche Beziehungen aufbauen. Ich meine, diese Annahme ist viel konstruktiver als die andere Vorstellung, daß wir einander nur als potentielle Gegner oder Verbündete von potentiellen Gegnern betrachten, die nur darauf warten, einander Schaden zuzufügen.

Bahr

Die Frage, wie sich das erklärte Ziel einer europäischen Union mit dem gemeinsamen europäischen Haus vereinbaren läßt, ist noch nicht beantwortet worden. Meine Meinung ist, daß die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft genauso möglich sein muß wie die Weiterentwicklung des RGW. Aber die Entwicklung beider Gemeinschaften darf das europäische Haus nicht verhindern. Darüber wird man noch nachdenken müssen.

Einen Grund für gewisse Diskrepanzen in unserer Diskussion sehe ich darin, daß unsere sowjetischen Kollegen hier das neue Denken betonen und die Möglichkeiten, die sich daraus für die Zukunft ergeben könnten, während wir auf unserer Seite mehr die Gefahren, Bedenken, Sorgen formulieren, die sich aus der heutigen Situation stellen. Das, was Herr Rühl gesagt hat, geht natürlich von der heutigen Situation aus, die de facto nun einmal von der gegenseitigen Abschreckung gekennzeichnet ist, welchen Begriff wir dafür immer wählen.

Die Frage ist jedoch: Wo wollen wir eigentlich hin? Nach meiner Auffassung kann das Ziel nur eine gemeinsame Sicherheit sein, bei der die Abschreckung von der gegenseitigen Nichtangriffsfähigkeit abgelöst wird. Die beiderseitige Verteidigungsfähigkeit, so hat es auch Herr Rühl formuliert, überwindet die Abschreckung. Deshalb habe ich davon gesprochen, daß wir versuchen müßten, das angestrebte Ergebnis möglichst exakt zu formulieren und von daher abzuleiten, in welchen Schritten man das Ziel erreichen kann. Wenn wir nur von dem ausgehen, was heute besteht, sind und bleiben wir Gefangene des alten Denkens, weil die Vorstellungen über das Ziel noch zu weit auseinanderklaffen und von gegenseitigem Mißtrauen bestimmt sind.

Ich möchte unterstreichen, was Michail Milstein über den Zeitfaktor gesagt hat. Wir haben um so weniger Zeit, als die Waffensysteme, die sich jetzt in der Entwicklung befinden, auch strategische Veränderungen der Situation zur Folge haben können, weil sie schwerer kontrollierbar sein werden. Von daher sehe ich die Gefahr, daß wir immer mehr zu Gefangenen des alten Denkens werden. Deshalb sollte man überlegen, welche relativ schnell erreichbaren und kontrollierbaren Zwischenschritte getan werden können. Herr Sagladin hat vom Korridor gesprochen. Das kann auch eine zeitlich begrenzte Zwischenlösung sein als Ergänzung der Stabilität zwischen den beiden Weltmächten. Dazu könnten, wie hier schon erwähnt wurde, gemeinsame Beobachtungs- und Vorwarnsysteme gehören, damit wir Zeit gewinnen.

Rühl

Mein Gesamteindruck von unserer bisherigen Diskussion ist, daß sie bei allen kritischen Bemerkungen, die von beiden Seiten gemacht wurden, doch recht konstruktiv gewesen ist. Vieles von dem, was Herr Shurkin, Herr Kremer und auch Herr Milstein gesagt haben, deckt sich durchaus mit meiner Meinung, ohne daß ich die Gegensätze und Unterschiede wieder verwischen will.

Gerade für die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle, in die wir jetzt in Wien eintreten wollen, und für den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ist es

absolut notwendig, sachlich zu bleiben, das heißt, die Verhandlungsgegenstände richtig zu erkennen und die Verhandlungsziele auf den Grundlagen der Realitäten zu bestimmen. Ohne eine solche Orientierung an den Realitäten sind die Verhandlungen zum Mißerfolg verurteilt.

Ich bin in beiden Fällen aber gar nicht pessimistisch eingestellt. Mein relativ vorsichtiger Optimismus gründet sich auch auf das, was wir hier gehört haben. Wenn das neue Denken auch im Hinblick auf die historischen und politischen Perspektiven einen Sinn haben soll, muß es zu einem Durchbruch im Verständnis der Probleme führen. Dabei wollen wir mithelfen.

Zu Herrn Falin möchte ich sagen, jede amerikanische Administration muß natürlich dem Kongreß und der öffentlichen Meinung in Amerika begründen, warum 300000 amerikanische Soldaten in Europa stehen. Auch wir selber haben immer gesagt, diese Soldaten sind nicht nur hier, um die Europäer vor einer möglichen Bedrohung durch den Warschauer Pakt zu verteidigen. Auf dieser Grundlage ist ja der Nordatlantikkpakt geschlossen worden. Das ist bei Bündnissen immer so, die sich auf Möglichkeiten und nicht auf Absichten beziehen.

Ich stimme aber Herrn Falin zu, daß sich in Europa zu viele Waffen und Streitkräfte befinden. Wir haben gegenwärtig in Europa höhere Friedensstärken, eine höhere Einsatzbereitschaft und größere Manöver als 1913/14, und alle unsere Streitkräfte auf beiden Seiten - weisen einen höheren Grad an sofortiger Einsatzbereitschaft auf, als es bei den europäischen Armeen 1938/39 der Fall war. Ich halte dies nicht für einen Zustand der Normalität, der auf Dauer stabile Sicherheit garantiert. Deswegen bin ich auch mit Herrn Milstein einverstanden, wenn er sagt, es dürfe nicht um marginale Verringerungen gehen, sondern wenn die Verhandlungen einen Sinn haben sollen, muß es sich um substantielle Reduzierungen handeln. Dabei müssen wir allerdings und hier stimmen wir nicht überein - vom jetzigen Ungleichgewicht wegkommen und ein ungefähres Gleichgewicht auf beiden Seiten erreichen. Aber diesen Gegensatz aufzulösen, wird die ehrenvolle Aufgabe der Unterhändler sein.

Arbatow

Ich möchte zunächst einige Fragen präzisieren, damit sie nicht unbeantwortet bleiben. Erstens: Wir wollen keineswegs auf Zahlen und Berechnungen verzichten, ohne die es keine Verhandlungen und keine Bilanzen geben kann. Wenn Gorbatschow von der "Mottenkiste" sprach, dann meinte er nicht Quantitäten und das zahlenmäßige Niveau, sondern er bezog sich auf die Situation, in der Details absichtlich oder unbeabsichtigt zum Hindernis für die Lösung ernsthafter Probleme gemacht werden.

Zweitens: Wir sind für gleichgewichtige Reduzierungen. Auch dazu hat sich Gorbatschow geäußert. In Reykjavik beispielsweise ging es immer um einen symmetrischen Abbau sowohl bei Mittelstreckenwaffen als auch bei strategischen Trägerwaffen und bei der Zahl der Gefechtsköpfe, damit alles in ein Gleichgewicht kommt. Dabei wird jede Seite ihre Waffen unterschiedlich reduzieren. Dieses Prinzip haben wir in unseren Ansatz zu konkreten Abrüstungsvorschlägen mit eingebaut.

Drittens: Wir setzen uns nicht das Ziel, einen Keil zwischen die USA und Europa zu treiben; denn wir sind Realisten und wissen, daß dies unmöglich ist. Außerdem streben wir nicht einen Balanceakt an, sondern versuchen, normale, gute Beziehungen zu Westeuropa und zu den USA zu entwickeln, wie übrigens auch zu China und Japan und zu anderen Ländern. Darauf zielen unsere Bemühungen im Kern ab und nicht auf irgendwelche anderen Dinge.

Eine Bemerkung zum neuen Denken, das man nicht mystifizieren sollte. Das neue Denken beginnt mit einigen sehr einfachen Wahrheiten. Erstens: Krieg zu führen, ist nicht zulässig; denn ein Krieg, der größer ist als um Grenada oder um die Falklandinseln, ist nicht zu gewinnen. Zweitens ist es nicht möglich, durch militärische Mittel Sicherheit zu erreichen. Drittens: Atomwaffen sind keine Waffen, sondern Mittel zur Massenvernichtung und zum Selbstmord.

Daraus muß man die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Eine dieser Schlußfolgerungen besteht darin, daß die Abschreckung, ob wir das wollen oder nicht, in eine Krise zu führen droht. Wenn Sie wissen, daß der Einsatz von Atomwaffen Selbstmord bedeutet, wie können Sie dann dem Gegner drohen, Atomwaffen einzusetzen und gleichzeitig anzunehmen, daß man Ihnen glaubt? Die Bedenken sind schon in den letzten Jahren laut geworden. Deshalb ist es unerlässlich, darüber nachzudenken, was die Abschreckung ablösen könnte. Vorläufig wirkt die Abschreckung noch weiter. Aber eine Politik nach dem Motto: Entweder Du gibst mir meinen Rubel zurück, oder ich bringe mich um, ist keine Politik mehr.

Was das Gleichgewicht bei den konventionellen Waffen angeht, so bleibt mir ein Geheimnis: Der Westen behauptet, die Sowjetunion verfüge bei den konventionellen Waffen über eine Überlegenheit. Ich will jetzt nicht wiederholen, was General Lebedew zu den Zahlen ausgeführt hat. Ich stelle nur fest: Sie haben in Westeuropa ein sehr viel größeres Bruttosozialprodukt als wir. Ihr wissenschaftlich-

technisches Niveau liegt auch keinesfalls unter dem unseren. Sie haben auch eine größere Bevölkerung. Was ich nicht verstehe, ist, daß Sie sich nach 40 Jahren immer noch darüber beklagen, daß die Balance bei den konventionellen Waffen zu unseren Gunsten ausfällt. Warum ergreifen Sie keine entsprechenden Maßnahmen? Kein Abkommen hindert Sie daran. Wenn Sie befürchten, daß wir mehr Panzer haben, warum bauen Sie dann keine Panzer? Sie haben eine bessere Traktorenindustrie, eine bessere Autoindustrie. Sie haben mehr Geld. Offenbar gefällt es Ihnen besser, sich immer beklagen zu können.

Spaß beiseite, man muß dieses Spiel doch einmal beenden und ernsthaft über Alternativen nachdenken.

Falin

Zumindest ernsthaft rechnen.

Arbatow

Wenn man Zahlen anführt: Was macht es eigentlich aus, wenn wir mehr Panzer haben? Vielleicht ist es töricht von uns, so viele Panzer zu haben. Dafür haben Sie mehr moderne Panzerabwehrsysteme, um alle Panzer der Welt zu vernichten. Warum beklagen Sie sich dann?

Die NATO sollte zu einem Abkommen bereit sein. Wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, was zu tun ist. Wir sind bereit, sehr weit in diese Richtung zu gehen. Man muß die Diskussion ernsthaft beginnen, indem man zuhört, was den anderen beunruhigt, ohne sich gegenseitig Ängste zu machen und ohne politische Spekulationen.

Vielleicht tun wir einiges, womit wir die andere Seite beunruhigen und bei Ihnen berechtigte Besorgnis auslösen. Aber bei diesem Wust von Desinformation und politischen Machenschaften ist es schwer festzustellen, was wahr und was unwahr ist.

Rühe

Herr Sagladin hat am Anfang zu Recht darauf hingewiesen, daß in der Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses bereits Fortschritte eingetreten sind, erste Erfolge haben sich eingestellt, und seine Prognose ist, daß das Jahr 1987 den Dialog zwischen unseren beiden Ländern in besonderem Maße vertiefen wird. Ich möchte das ausdrücklich festhalten. Ich denke, es wird in den nächsten Wochen und Monaten immer deutlicher werden, daß beide Seiten dieses dann auch in die Praxis umsetzen.

Herr Sagladin hat dann einen Begriff von mir aufgenommen, den ich auch im Deutschen Bundestag verwandt habe, als ich von der erlebbaren Entspannung sprach. Damit haben wir einen Maßstab, an dem wir unser Tun messen können, inwieweit nämlich die Entspannung, die wir anstreben, den Menschen in unseren Ländern wirklich zugute kommt, inwieweit sie für diese Menschen erlebbar und nachvollziehbar ist.

In dem Zusammenhang meine ich, daß wir - das zeigt auch unsere jetzige Diskussion einen erweiterten Sicherheitsbegriff brauchen, ohne daß ich die militärischen Faktoren vernachlässigen will. Es ist wichtig, daß wir auf der Konferenz in Stockholm konkrete vertrauensbildende Maßnahmen verabredet haben, die den militärischen Sektor betreffen. Aber wirklich große Abrüstungsschritte und mehr Sicherheit werden wir nur erreichen, wenn sich das gegenseitige Vertrauen in unseren Gesellschaften insgesamt erhöht. Deshalb ist es kein weltfremder Idealismus, wenn man sagt, für eine solche Vertrauensbildung sei auch ein Austausch von Schülern, Studenten, Wissenschaftlern und so weiter eine wichtige Maßnahme.

Herr Sagladin hat gesagt, "perestrojka", der Umbau Ihrer Gesellschaft, fördere das Vertrauen und sei eine Einladung zum Dialog. Das, was uns im Westen am meisten fasziniert im Zusammenhang mit den neuen Entwicklungen in der Sowjetunion, sind weniger die noch relativ bescheidenen und zum Teil widersprüchlichen Wirtschaftsreformen, sondern die nicht zu übersehenden Ansätze zu mehr Freiheit, was die öffentlichen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg, um mehr Spielraum innerhalb Ihrer Gesellschaft angeht. Ich meine, wir können Sie alle nur ermuntern, auf diesem Weg fortzuschreiten.

Herr Falin hatte in der letzten Woche unmittelbar nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gelegenheit, im deutschen Fernsehen seinen ausführlichen Kommentar abzugeben. Das ist natürlich eine ideale Situation, und es wird wohl noch ein bißchen dauern, bis wir nach der nächsten Gorbatschow-Rede eine ähnliche Chance erhalten.

Arbatow

Die nächste sowjetische Regierungserklärung können Sie in unserem Fernsehen kommentieren, Herr Ruhe.

Rühe

Ich habe in den letzten Wochen immerhin mehrere Artikel in sowjetischen Zeitungen veröffentlichen können, und zwar unverändert und unkommentiert, und wir werden ja auch im Rahmen dieses Treffens eine Fernsehdiskussion haben. Dieser Weg muß fortgeführt werden. Das schafft Vertrauen und hilft im Hinblick auf den erweiterten Sicherheitsbegriff.

Das neue Denken ist also an neuen Taten zu messen und das heißt, die Sowjetunion muß sich nicht nur im Inneren, sondern auch nach außen stärker öffnen, damit vor allem die jüngeren Menschen bei Ihnen die Möglichkeit erhalten, andere Länder kennenzulernen. Daß heute zwischen den westeuropäischen Ländern, die über viele Jahrhunderte verfeindet waren, Kriege völlig unmöglich geworden sind, hängt nicht nur mit den bestehenden Bündnissen zusammen - die, wie die Geschichte zeigt, auch wieder zerbrechen können;-, sondern ist vor allem auf die Tatsache der offenen Grenzen zurückzuführen. Diese Freizügigkeit schafft Vertrauen.

Stürmer

Herr Falin hat gesagt, die Beeinträchtigung der Sicherheit auf der einen Seite würde sich auch für die Gegenseite negativ auswirken. Dafür ist das Reaktorunglück in der Ukraine im vergangenen Jahr ein anschauliches Beispiel, das nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für uns schockierend war. Hier wird deutlich, daß wir keine Zeit mehr zu verlieren haben, um uns über die verschiedenen Probleme zu verständigen und an einen Tisch zu setzen. Dazu gehören vor allem die Punkte, die Helmut Schmidt erwähnt hat: Wachstum der Weltbevölkerung, Nord-Süd-Ungleichgewicht, Energieproblematik und Umweltbelastung.

Wenn wir das Energieproblem nicht etwa bis zur Jahrtausendwende mit Hilfe gemeinsamer Anstrengungen dauerhaft lösen, sind Konflikte, die uns gegeneinander treiben, unvermeidlich. In den Fragen der Umwelt sind die Probleme im Westen durch die dortigen Protestbewegungen vielleicht schon deutlicher akzentuiert, aber in der Sache selbst haben auch Sie hier genausoviel oder mehr damit zu tun. Auch in diesen Fragen müssen wir zusammenarbeiten, wenn wir auf die Dauer Konflikte vermeiden wollen.

Wenn hier immer wieder vom "neuen Denken" die Rede ist, dann frage ich mich, inwieweit sich die angestrebten Veränderungen, sagen wir, in der Wirtschaft, der Technologie, aber auch im intellektuellen und künstlerischen Bereich, wo die Fortschritte offensichtlich schon am weitesten gediehen sind, wechselseitig vorantreiben. Oder gibt es da Widersprüche zwischen den Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen? Wie wollen Sie die Dinge in einem gewissen Gleichklang halten, damit sich keine unvereinbaren Disparitäten aufbauen? Wir spüren ja in der Sowjetunion eine Art produktiver Unruhe, die auch mit Hoffnung auf Verbesserungen verbunden ist, in bezug auf geistige Freiheit und materielle Wohlfahrt.

Wir sind daran interessiert, das, was bei Ihnen vorgeht, besser zu verstehen, was auch insofern wichtig ist, als uns ja eine gewisse Mitspielerrolle in sicherheitspolitischer Hinsicht und eine Partnerrolle in wirtschaftlicher Hinsicht zugeordnet sind. Verständlich machen heißt auch, die möglichen Widersprüche zu erklären und beim Namen zu nennen.

Deshalb frage ich noch einmal: Bewegt sich die Sowjetunion jetzt auf eine Phase zu, in der der Innenpolitik ein gewisser Primat zukommt im Vergleich zu dem - sagen wir höflich - nervösen machtpolitischen Kurs der letzten 12,15 Jahre in der Außenpolitik? Braucht die Sowjetunion also verstärkt Stabilität nach außen, um die interne Erneuerung voranzutreiben, oder will man beides haben, was, glaube ich, Schwierigkeiten bereiten dürfte?

Dann zur Rolle der USA. Einerseits versichern Sie uns, daß in Ihren Augen die USA in Europa eine Stabilitäts- und Ordnungsfunktion ausüben, andererseits haben wir heftige Vorwürfe gegen den, wie Sie sagen, "Neoglobalismus" der Amerikaner vernommen. Was gilt nun? Wir haben, anders als Sie, nur ein Amerika, und mit dem sind wir verbündet. Und wir betrachten es jedenfalls als Kernelement europäischer Sicherheit, daß dieses Amerika in Europa seine Garantierolle spielt. Auch da würden wir gerne wissen, woran wir uns halten können. Derartige Widersprüche auf Ihrer Seite führen langfristig zu Unschärfen in der politischen Strategie und zu Mangel an Berechenbarkeit.

Schließlich die Frage der westeuropäischen Einigung. Wir haben hier von sowjetischer Seite positive Worte über Souveränität und Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört. Dazu gehört auf unserer Seite natürlich das Recht auf die westeuropäische Einigung. Ich würde es deshalb für gefährlich halten und auch wenig förderlich für das deutsch-sowjetische Verhältnis, wenn hier ein Widerspruch zwischen der Konzeption "europäisches Haus" und der westeuropäischen Einigung konstruiert würde. Ich meine, die Einigungsbemühungen in Westeuropa sind ein wichtiger Faktor für Stabilität und Friedenssicherung und einer der ganz großen Fortschritte in der Welt nach 1945, wie man ihn davor überhaupt nicht für möglich gehalten hatte. Diese Bedeutung der westeuropäischen Einigung sollte man auch von sowjetischer Seite anerkennen, sonst agieren wir im luftleeren Raum.

Natürlich würden wir von sowjetischer Seite auch gern erfahren - Theo Sommer hat das vorhin schon angesprochen;- , was alle diese Entwicklungen für das deutschdeutsche Verhältnis bedeuten. Betreffen diese Veränderungen nur die Binnenverhältnisse in der Sowjetunion? Oder entwickelt sich daraus mehr im Sinne jener übergreifenden europäischen Strukturen, auf die wir nicht verzichten können, wenn das "europäische Haus" ein Element der Realität werden soll?

Teltschik

Ich möchte zwei grundsätzliche Fragen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ansprechen. Herr Sagladin hat in erfreulicher Weise die Notwendigkeit des politischen Dialogs unterstrichen. Ich begrüße dies deshalb besonders, weil ich davon überzeugt bin, daß sich die Beziehungen auf allen anderen Ebenen nur entwickeln können, wenn das politische Gespräch kontinuierlich geführt wird. Ich teile nicht die Auffassung, daß die Wirtschaft der Politik vorausseilt. Gerade in den deutsch-sowjetischen Beziehungen und angesichts der Veränderungen, die sich jetzt im Außenhandelssystem der Sowjetunion abzeichnen, wird deutlich, daß Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland mit Sicherheit eher bereit sein werden, neue Formen von Kooperationen einzugehen, wenn sie wissen, daß die politischen Beziehungen stabil sind und sich positiv entwickeln. Hier besteht eine enge Wechselwirkung zwischen dem politischen Dialog und den Beziehungen auf anderen Ebenen.

Auch im Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander zeigt sich, daß der Dialog im Rahmen der Gipfelbegegnungen beide Seiten dazu zwingt, vorher darüber nachzudenken, welche politischen Ergebnisse die Gipfelgespräche zeitigen sollen. Ich halte dies für einen nützlichen Zwang.

Herr Stürmer hat die Frage gestellt, inwieweit die Entwicklungen, die die Sowjetunion jetzt im Inneren durchführt, von einer Stabilitätspolitik nach außen begleitet sein werden. Diesen Gedanken möchte ich weiterführen, indem ich darauf hinweise: Auch in der Bundesrepublik Deutschland stellen wir immer mehr fest, daß sich wichtige innenpolitische Aufgaben nicht mehr im nationalen Rahmen lösen lassen. Ich nenne nur politische Herausforderungen wie den Umweltschutz, aber auch Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Bundesrepublik ist das größte Exportland der Welt mit einer Exportquote von über 35 Prozent. Das heißt, unsere wirtschaftliche Entwicklung hängt entscheidend davon ab, wie sich die Handelsbeziehungen mit unseren Nachbarn und weltweit entwickeln. Auch im Bereich von Technologie und Forschung können wir den Weltstandard nur durch internationale Zusammenarbeit halten. Mit anderen Worten: Wir sind längst an dem Punkt angekommen, an dem es keine Alternative zur Öffnung nach außen und zur internationalen Zusammenarbeit gibt.

Sie wissen, daß wir den Prozeß, den Sie in der Sowjetunion eingeleitet haben, mit großem Interesse, mit hohen Erwartungen und mit viel Sympathie verfolgen. Mitunter wird ja auch in der Bundesrepublik darüber diskutiert, ob man die Sowjetunion bei ihren Bemühungen unterstützen sollte oder nicht. Ich kann in diesem Zusammenhang für die Bundesregierung nur unterstreichen, daß wir zur Kooperation auf allen Ebenen bereit sind, eine Zusammenarbeit, die für beide Seiten von Nutzen ist. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Regierungserklärung ausdrücklich unterstrichen.

Helmut Schmidt hat dankenswerterweise mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sich die Zusammenarbeit nicht auf Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle beschränken darf. Auch ich habe in den letzten Jahren häufig das Gefühl gehabt, daß wir das Gespräch zwischen Ost und West zu stark auf die Fragen der Sicherheit und Abrüstung gerichtet und uns zu wenig darüber Gedanken gemacht haben, wie wir auf den anderen Ebenen zu einer Zusammenarbeit kommen können. Ich halte den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle für den schwierigsten und kompliziertesten in den Ost-West-Beziehungen. Fortschritte und Ergebnisse werden dort nur möglich sein, wenn wir auch auf den anderen Ebenen unsere Beziehungen entwickeln. Deshalb habe ich es stets als eine fatale Verkürzung angesehen, wenn wir in den letzten Jahren auch aus Moskau zu hören bekamen, die Position der Bundesregierung in Fragen der Sicherheit sei entscheidend dafür, ob und wie die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland entwickelt

werden. Damit schränken wir die Möglichkeiten ein, unsere Beziehungen zum Nutzen beider Völker und Staaten zu entwickeln.

Nun haben wir ja auch von seiten der Bundesregierung versucht, gelegentlich dieses enge Raster zu verlassen. Gerade in den schwierigen Jahren 1982/83, nach dem Scheitern der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Genf, haben wir der Sowjetunion zum Beispiel eine Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes angeboten mit dem Ergebnis, daß im Jahre 1984 in München die internationale Umweltschutzkonferenz durchgeführt werden konnte. Damals entstand der Gedanke, daß wir zwischen Ost und West gemeinsame Foren brauchen, auf denen das Gespräch fortgeführt werden kann, wenn es in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Sicherheitspolitik, zeitweise unterbrochen wird. Diese internationale Umweltschutzkonferenz hat immerhin dazu geführt, daß die Bundesrepublik sowohl mit der Sowjetunion wie auch mit den anderen Staaten des Warschauer Pakts auf bilateraler Ebene Abkommen ausgehandelt hat und zum Abschluß bringen wird.

Einen anderen Gedanken des Bundeskanzlers hat Außenminister Genscher bei der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingebracht, nämlich den Vorschlag einer gemeinsamen Ost-West-Wirtschaftskonferenz. Auch der sowjetische Außenminister Schewardnadse hat anlässlich des Zehnjahrestages der KSZE-Konferenz in Helsinki betont, daß Korb 2 ebenfalls von besonderer Bedeutung sei. Aufgrund dieser Rede und im Hinblick auf die inneren Entwicklungen in der Sowjetunion im Bereich der Wirtschaft und des Außenhandels könnte ein Forum von Nutzen sein, wo Ost und West gemeinsam überlegen, welche Formen der wirtschaftlichen Kooperation notwendig und effektiv sind.

Herr Schmidt hat von einer gemeinsamen Energiekonferenz gesprochen. Auch das ist ein Vorschlag, den wir nüchtern prüfen sollten, ob sich da eine weitere Ebene der Zusammenarbeit zwischen Ost und West ergeben könnte. Sicherlich können wir damit nicht die grundsätzlichen Konflikte ausräumen; aber solche Gespräche können dazu beitragen, das Vertrauen zu stärken, das wir notwendig brauchen, wenn wir in dem Bereich der Sicherheit Fortschritte erzielen wollen. Das heißt, was wir auf diesen anderen Ebenen tun, kommt auch den schwierigen Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zugute.

Ein letztes Wort zum Thema "europäisches Haus". Wenn man ein Haus baut - das habe ich in den letzten Jahren hautnah erlebt;- , dann setzt man sich erst einmal mit dem Architekten zusammen, um die Grundrisse, den Plan des Hauses zu erstellen. Wir haben hier schon viel über das gemeinsame europäische Haus gesprochen, dennoch habe ich den Eindruck, daß wir bisher nicht recht erkennen können, wie eigentlich auf sowjetischer Seite das Konzept, die Architektur dieses europäischen Hauses aussieht. Fragen der gemeinsamen Sicherheit sind sicherlich für die Statik des Hauses ein wichtiger Bestandteil, aber das allein reicht nicht aus. Wenn wir die sowjetische Politik in den letzten zwei Jahren analysieren, dann fragen wir uns nach dem Konzept dieser sowjetischen Außenpolitik gegenüber Westeuropa, wenn man sie zum Beispiel vergleicht mit der Intensität, die die Sowjetunion in ihren bilateralen Beziehungen zu den USA entwickelt. Wir erleben eine sehr dynamische Politik der beiden Weltmächte, zu einer neuen Stabilität der Beziehungen zu gelangen. Uns ist dagegen bisher nicht einsichtig, welches vergleichbare Konzept der sowjetischen Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten zugrunde liegt.

Falin

Noch ein Wort zum europäischen Haus und seiner Architektur. Wenn wir das Haus nach den alten Plänen bauen, wird der größte Raum der Wartesaal und der zweitgrößte wahrscheinlich das Archiv sein. Deshalb sollten wir bei der Konzeption des Hauses mehr nach vorn blicken und in modernen Kategorien denken.

Arbatow

Ich wundere mich über die Frage meiner westdeutschen Kollegen, warum sie nicht im sowjetischen Fernsehen auftreten könnten. Das ist ohne weiteres möglich.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen über unsere Erfahrungen mit den Amerikanern berichten. Die Amerikaner hatten offenbar die etwas naive Vorstellung, wenn sie vor den sowjetischen Fernsehkameras erscheinen und dem sowjetischen Volk die Wahrheit sagen würden, würde sich gleich alles ändern. Damit hätten sie dann ihr Ziel erreicht. Eine solche Möglichkeit wurde ihnen eingeräumt. Das ist inzwischen ganz alltäglich. Sie brauchen heute nur kurz vor acht Uhr den Fernsehapparat einzuschalten und sich die Sendung "Fernsehbrücke" zwischen amerikanischen und sowjetischen Journalisten anzusehen. Diese Sendung verfolgen bei uns 150 bis 160 Millionen

Zuschauer. In Amerika dagegen werden solche Sendungen nur von regionalen Stationen ausgestrahlt.

Vor kurzem hatte ich in den USA im Fernsehen eine Diskussion mit General Jones. Von den aufgezeichneten 36 Minuten haben die Regionalprogramme dann nur 11 Minuten gesendet, während bei uns diese Diskussion zweimal in voller Länge gezeigt wurde.

Nehmen Sie als ein anderes Beispiel die "Moscow News", die in englischer Sprache erscheint. In der jüngsten Ausgabe finden Sie dort den vollständigen Abdruck von Materialien, die uns gegenüber durchaus feindselige Töne enthalten. Darauf wird dann eine Antwort gegeben. Mir persönlich wurde einmal ein Visum in die USA verweigert, als ich dort im Fernsehen sprechen sollte. Ein zweites Mal gab man mir ein Visum mit der Auflage, daß ich keine Kontakte zur Presse suchen dürfte. Für mich sind deshalb diese Anfragen über den freien Zutritt zur sowjetischen Presse und zum Fernsehen nicht überzeugend.

Für uns sind solche Fernsehsendungen kein Problem mehr. Das war früher anders, heute kommen wir besser damit zurecht. Im Gegenteil, vieles ist sehr viel einfacher geworden.

Aber ich betone noch einmal, diese Veränderungen machen wir für uns und nicht für Sie. Wir laufen Ihnen auch nicht nach und erwarten von Ihnen keine Hilfe, Herr Teltschik. Wir brauchen nirgendwo Hilfe von Ihnen, auch nicht auf dem Gebiet der Wirtschaft. Wir meinen, daß man eine Beziehung nur auf gegenseitigem Interesse aufbauen kann. Das ist vorhanden, wenn Sie ein wenig vorausdenken. Sie haben sicher gehört, was sich im Augenblick zwischen den USA und Japan tut. Nur wenn auf beiden Seiten das Interesse gegeben ist, werden wir gute Beziehungen haben.

Noch ein Wort zur Sicherheitsfrage. Da kommt jetzt der Augenblick der Wahrheit in unseren Beziehungen zu den USA und zu Westdeutschland. Die ganze Zeit haben wir über die Mittelstreckenraketen gesprochen. Kaum haben wir das Paket aufgeschnürt, begann sofort ein Rückzug der Amerikaner. Der amerikanische Präsident hat bereits abgelehnt. Jetzt haben Sie ein Paket geschnürt, das auch die Kurzstreckenraketen einschließt - offenbar, um einen weiteren Fortschritt zu verhindern. Wir - und nicht nur wir - werden sehen, wie sich die Amerikaner verhalten, auch wie sich Bonn in dieser Frage verhält.

Wir erinnern uns an die Erklärung von Bundeskanzler Kohl, er und seine Regierung seien einverstanden, die Fragen der Mittelstreckenraketen zu lösen und anschließend Verhandlungen über Raketen mit kürzerer Reichweite zu beginnen. Nachdem die amerikanische Regierung jetzt eine solche Position bezogen hat, wird sich herausstellen, wie es um die Glaubwürdigkeit der westdeutschen Regierung in Wort und Tat steht, wie selbständig sie in politischen Fragen ist.

Joffe

Ich habe viele Jahre in Amerika gelebt, und ich möchte Herrn Arbatow versichern: Wenn eine Fernsehsendung von 36 Minuten auf 11 Minuten geschnitten wird, war das sicher kein antisowjetischer Akt. Man muß bedenken, daß eine Fernsehminute in Amerika bis zu 60000 Dollar einbringt, und dieses kapitalistische Fernsehen schneidet auch den eigenen Politikern sehr schnell das Wort ab. Manchmal wünschte ich mir, wir hätten in Deutschland auch Privatfernsehen, dann würden unsere Politiker wahrscheinlich präziser und kürzer sprechen.

Arbatow

Wir haben aber sehr genau analysiert, was geschnitten wurde. Das war keine rein kommerzielle Operation.

Joffe

Herr Arbatow hat die Rückschritte angesprochen, die sich zur Zeit in Genf abzeichnen. Man könnte hier das Bild der kommunizierenden Ebenen in der europäischen Sicherheit gebrauchen. Es ist schon fast ein Gesetz: Wenn auf einer Ebene eine Stabilisierung durch Abrüstung oder Rüstungskontrolle stattfindet, wird die nächst tiefere Ebene fast notgedrungen destabilisiert.

Helmut Schmidt hatte dieses Problem vor 10 Jahren in seiner legendären Rede vor dem Londoner Institut für strategische Studien angesprochen, als er den Amerikanern vorwarf, daß sie mit SALT nur die oberste, also die globalstrategische Ebene stabilisieren wollten und damit notwendigerweise die Disparitäten auf der taktischen Ebene und auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungen erhöhen würden. Schmidt hat damals den amerikanischen Verbündeten gesagt, sie dürften mit den Sowjets

nicht nur über SALT reden; dadurch würden sich die Probleme der Europäer auf den nächsten Ebenen - auf der eurostrategischen, der taktisch-nuklearen und der konventionellen - verschärfen.

Diese Zusammenhänge dürfen wir nicht außer acht lassen, und darüber müssen wir heute auch mit unseren sowjetischen Partnern sprechen. Damals, etwa 1977, ging es nur um 50 SS 20. Heute haben wir es unter anderem mit mehreren hundert "kleinerer" Raketen vom Typ SS 22 und SS 23 zu tun, denen wir seitens der NATO nichts Vergleichbares entgegensetzen haben, zumindest nicht auf dieser Ebene der kürzeren Reichweite.

Deshalb frage ich die sowjetischen Kollegen: Ist es angesichts dieser Verknüpfungen, die durch die Geographie und die strategische Situation vorgegeben sind, so verwunderlich, daß die Europäer gegenüber den Genfer Verhandlungen von ähnlichen Sorgen geplagt werden wie damals vor zehn Jahren? Aus diesem Grunde fordern wir, daß das Problem der Kurzstreckenraketen möglichst schnell in die Genfer Verhandlungen mit einbezogen wird und nicht den Nachfolgeverhandlungen in Wien vorbehalten bleibt, wo überhaupt noch nicht abzusehen ist, wann ernsthaft mit den Gesprächen begonnen werden kann.

Borowik

Glücklicherweise vermittelt unser Gespräch hier nicht den Eindruck eines Tennisturniers, bei dem die beiden Spieler einander höflich die Bälle servieren und im Anschluß in ihr Sporttagebuch eintragen, daß der Gegner eine starke rechte respektive linke Hand habe und man Mittel finden müsse, um sich davor zu schützen. Auf diesem Niveau würde unsere Begegnung kaum den Nutzen bringen, den sie bringen könnte. Es ist wichtig, nicht nur Gegenschläge und Gegenargumente zu finden, sondern es kommt vor allem darauf an, die Position des Gegners zu verstehen und die eigene Position zu verändern.

Die sowjetische Seite ist in letzter Zeit dem Westen in vielen Punkten entgegengekommen und hat ihre eigene Position verändert. Das könnte ein Beispiel für das neue Denken sein.

Hier wurden drei wichtige Probleme genannt, die heute die Welt in der Tat besonders beunruhigen. Da ist erstens selbstverständlich das Problem der Kernwaffen; zweitens die Bevölkerungsexplosion und drittens die Verunreinigung und Verseuchung der Umwelt. Alle drei Probleme sind äußerst wichtig. Ich möchte aber noch auf ein weiteres sehr ernsthaftes Problem hinweisen, das des moralischen Verfalls.

So wie von einer Bevölkerungsexplosion kann man auch von einer Explosion der Desinformation sprechen, die sich ebenfalls für die Menschheit sehr nachteilig auswirken kann. Valentin Falin hat die Befürchtung geäußert, daß in einem gemeinsamen europäischen Haus die größten Räume der Wartesaal und das Archiv sein könnten. Und es besteht sogar die Gefahr, daß das Archiv in diesem Haus falsche Informationen liefert.

Im Jahre 1967 war ich in den Vereinigten Staaten und habe dort mit John Gallup gesprochen, der eine Umfrage unter den Collegestudenten durchgeführt hatte. Bei der Frage, was sie über die Sowjetunion wüßten, stellte sich heraus, daß 16 Prozent nicht wußten, an welcher Seite die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges gekämpft hat. 11 Prozent glaubten, Hitler-Deutschland habe mit der Sowjetunion zusammen gegen die USA gekämpft.

Ich nahm an, daß sich dieses Bild inzwischen verändert hätte. Aber eine Meinungsumfrage vom vergangenen Jahr zeigte, daß sich die Situation im Gegenteil verschlimmert hat. Heute glauben 40 Prozent der amerikanischen Schulkinder, daß die Sowjetunion an der Seite Deutschlands gegen die USA gekämpft hat. 25 Prozent der japanischen Schulkinder meinen, die Bombe auf Hiroshima habe die Sowjetunion abgeworfen. Vor kurzem wurde eine Meinungsumfrage in Schweden unter Kindern durchgeführt. Die Kinder sagten, der größte Feind des Friedens sei die Sowjetunion. In einigen schwedischen Zeitungen wurde dieses Ergebnis mit Genugtuung kommentiert. Aus Kindermund spreche die Wahrheit, war der Tenor. In diesem Fall sprach aus Kindermund gerade nicht die Wahrheit. Das ist schon eine tragische Situation.

Dostojewski hat einmal in seinem Tagebuch notiert: Wenn die Menschheit eines Tages zum Jüngsten Gericht gerufen werde und um die Vergebung ihrer Sünden bitte, dann reiche es, dem obersten Richter ein Buch auf den Tisch zu legen: Don Quichotte von Cervantes. Dostojewski meinte, die große Mission der Literatur und der Kunst sei es, die Menschen zu bessern, die zwischenmenschlichen Beziehungen aufrichtiger und die Welt heiler zu machen. Ich fürchte, in einer solchen hypothetischen Situation beim Jüngsten Gericht werden auf der einen Waagschale diejenigen liegen, die den Don Quichotte gelesen haben, und auf der anderen ein großer Teil der Jugend, selbst aus hochentwickelten Ländern, die Don Quichotte nicht kennen, statt dessen aber "Gorki-Park" und den

Film "Amerika" gesehen haben, in dem geschildert wird, was in Amerika ein Jahrzehnt nach der Besetzung durch sowjetische Truppen vor sich geht.

Ich bin Schriftsteller, Dramaturg. Ich verstehe, daß es diese Dinge gibt, aber sie beunruhigen mich stark. Ich weiß auch, daß ich hier mit Menschen spreche, die dafür nicht direkt verantwortlich sind. Aber Ihre Haltung in dieser Frage ist mir äußerst wichtig. Die Tatsache, daß man sogar ein Märchen der Gebrüder Grimm, nämlich "Rotkäppchen", im Fernsehen so darstellt, daß der böse Wolf auf einer Uniform Hammer und Sichel trägt und mit russischem Akzent spricht, ist schon kein Pingpong mehr. Auf diese Weise wird jungen Menschen der Haß auf ein anderes Volk eingepflegt.

Hier sitzen erwachsene Menschen zusammen, und ein solcher Film würde Sie vermutlich nicht beeinflussen. Aber ich fürchte, daß für einen Jungen oder ein Mädchen, die diesen Film gesehen haben, später, wenn sie erwachsen sind, ein Dialog, wie wir ihn hier führen, zumindest erschwert wird. Natürlich weiß jeder erwachsene Mensch, daß der böse Wolf nicht mit Schirmmütze, Hammer und Sichel herumläuft und nicht unbedingt mit russischem Akzent spricht. Aber in seinem Unterbewußtsein wird er uns doch für den größten Feind auf dieser Welt halten.

Walter Lippman hat 1922 geschrieben: Die ganze furchtbare Intoleranz in der Welt gründet in der Lüge über Rußland. Seitdem sind die Masseninformationsmittel um mehr als das Tausendfache gesteigert worden - so wie das Zerstörungspotential der gegenwärtig aufgehäuften Waffen die Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe um das Millionenfache übertrifft. Das sollten wir alle nicht vergessen,

Sommer

Herr Borowik sprach über die große Mission der Literatur und der Kunst und beklagt sich über das verfälschte Bild der Sowjetunion, das in einigen Teilen der Welt im Schwange ist. Solche Verzerrungen gibt es sicherlich, aber ich glaube nicht, daß sie noch die Regel sind. Ich sehe darin eher Ausrutscher. Dabei gebe ich persönlich gerne zu, daß ich mich an "Gorki-Park" delektiert habe sowohl bei der Lektüre als auch im Kino. Ich habe darin auch ebensowenig eine antisowjetische Manifestation gesehen, wie ich den Roman von John le Carré "A small town in Germany" als eine gegen Bonn gerichtete Demonstration verstanden habe. Ich meine, da müßten Sie sich vielleicht doch ein bißchen Hornhaut zulegen. Wir haben ein großes Publikum, das sich gerne kitzeln läßt, und wir holen unseren Kitzel auch aus politischen Thrillern, wo immer die Phantasie unserer Autoren hinreicht. Ich halte das nicht für politische Ausfälle, sondern eher für literarische Hinfälle.

Und was die Fernsehserie "Amerika" angeht, so kann ich mich nicht erinnern, darüber in der ganzen europäischen Presse auch nur einen positiven Kommentar gelesen zu haben. Die meisten unserer Kritiker haben diese Serie als Ausdruck der Ratlosigkeit einer in die kommerzielle Krise geratenen amerikanischen Fernsehgesellschaft betrachtet und nicht als eine ins Bild gesetzte antisowjetische Kampagne der Reagan-Administration.

Das, was Sie vielleicht als verzerrte Darstellung der Sowjetunion und ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit betrachten, ist doch zum Teil auch eine Widerspiegelung der hiesigen Realitäten. Daran dürfen gerade die Literatur und die Kunst nicht vorübergehen. Die Dinge, wie sie hier existieren, werfen einen Schatten auf das Bild der Sowjetunion. Dieses Bild beginnt sich gerade erst aufzuhellen. Jedenfalls nehmen wir mit Erstaunen und Respekt wahr, wie die literarische und künstlerische Freiheit mit einem Mal in einem ganz anderen Lichte erscheint und sich ganz anders manifestieren darf, als dies noch vor kurzem der Fall war.

Dabei will ich nicht verschweigen, daß wir im Westen gern Pasternak und auch Solschenizyn lesen, wie es hier noch nicht möglich ist, weil zumindest Solschenizyn noch als eine Art ideologischer Feind gilt. Und in der Bundesrepublik kann ich viele Romane, Novellen, Kurzgeschichten von DDR-Schriftstellern lesen, die DDR-Bürger nur zu Gesicht bekommen, wenn sie uns einen Besuch abstatten dürfen.

Mit anderen Worten: Ich bin beeindruckt von dem frischen Wind, der in Moskau durch die literarische und künstlerische Szene fegt. Aber da bleibt noch sehr viel zu tun, ehe die aus ihrer Wirklichkeit abgeleiteten Verdunklungen des sowjetischen Image aufgehellt werden können.

Falin

Wir haben natürlich unterschiedliche Systeme und unterschiedliche Auffassungen über Kindererziehung, Herr Sommer, die sicher in vielem auch weiterbestehen werden. Bei Ihnen kann man die Bücher von Solschenizyn kaufen, wie man in Ihren, Kinos auch all das zu sehen bekommt, was nach unserer Ansicht verboten sein muß, zum Beispiel Pornographie und anderes. Aber es ist

doch die Frage, in welchem Maße das, was erlaubt oder nicht erlaubt ist, der Aufrechterhaltung der Moral dient.

In einem unterscheiden sich die Systeme in Ost und West in der Tat grundsätzlich voneinander. Bei uns werden Sie bei aller Kritik an Ihrem Lebensstil kein Wort finden, das darauf abzielt, das Volk im Geiste des Hasses gegenüber Ihrem Volk beziehungsweise Ihren Völkern zu erziehen. Aber das, was die Massenmedien in den USA - und nicht nur dort - auf den Markt werfen, trägt diesen Ansteckungskeim, und zwar nicht erst seit heute, sondern das hat eine lange Tradition.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf ein Buch aufmerksam machen, das Frau Allardt verfaßt hat. In der russischen Übersetzung lautet der Titel ungefähr "Die Feldzüge Suvorovs in der öffentlichen Meinung im England des 18. Jahrhunderts". Die bössartigen Karikaturen sind die gleichen, die es nach der Oktoberrevolution und nach dem Zweiten Weltkrieg bei Ihnen gab: Ein Mensch mit einem Dolch zwischen den Zähnen und mit mongolischen Schlitzaugen kriecht in den Westen; er hat nur den einen Wunsch, den Westen zu unterwerfen.

Wenn auf so gefährlichen Boden neue Saat fällt, muß uns das alle beunruhigen, besonders heute. Auf diesem Gebiet ist noch viel zu tun. Als seinerzeit Bundespräsident Scheel die Sowjetunion besuchte, hat er mit unserem damaligen Generalsekretär Breschnew über die gegenseitige Achtung der Völker, über die Rolle der Massenmedien in dieser Hinsicht gesprochen, um die Entspannung mit wirklichem Leben zu erfüllen. Dies haben wir bisher noch nicht eingelöst.

Bahr

Ich wäre dankbar, wenn von sowjetischer Seite noch jemand auf die Frage der britischen und französischen Atomwaffen eingehen könnte.

Falin

Die künstliche Abtrennung des britischen und französischen Kernwaffenpotentials von der allgemeinen atomaren Bewaffnung in Europa spricht natürlich jeder Logik Hohn. Das würden Sie, Herr Bahr, mit Sicherheit sofort anmerken, wenn derartige Überlegungen von unserer Seite kämen. Von westlicher Seite wird ja immer wieder versucht, uns zu Zugeständnissen in diesem Bereich zu bewegen, um Voraussetzungen für ein Abkommen zu schaffen. Aber das macht diese Argumentation nicht einleuchtender.

Das wird besonders klar am Beispiel Großbritanniens. Auf britischem Territorium befinden sich amerikanische Atomwaffen. Trotzdem erklärt England, es sei beim Einsatz von Kernwaffen unabhängig. Wie kann es denn unter diesen Umständen unabhängig sein? Es ist Ihnen ebenso wie uns bekannt, daß die Ziele der britischen Atomwaffen mit den amerikanischen Stäben abgestimmt werden, damit es keine Doppelarbeit gibt, wie die Militärs sagen. Englische U-Boote kontrollieren Bereiche, die normalerweise von amerikanischen U-Booten abgedeckt werden. In der Kriegssprache heißt dies: unter fremder Flagge fahren. Die Bedingung dafür, daß Großbritannien amerikanische U-Boote vom Typ Trident 2 erhalten hat, war die schriftliche Verpflichtung von Frau Thatcher, daß England dieses Potential im Krisenfall der Verfügungsgewalt der NATO und damit den USA überstellt. Trotzdem spricht man von einem unabhängigen britischen Waffenpotential.

Wir lassen uns in diesem Punkt nichts vormachen. Uns ist klar, daß ein U-Boot vom Typ Trident 2 von seiner Gefechtskapazität her 20 englischen U-Booten der Klasse Polaris 3 gleicht. Vier neue englische U-Boote entsprechen also 80 der herkömmlichen Art. Damit übertrifft England, was seine militärische Kapazität auf diesem Sektor angeht, die amerikanische U-Boot-Flotte des Jahres 1965.

Die Frage ist, inwieweit man die englischen und französischen Atomwaffen bei einer vollständigen Lösung des Gesamtkomplexes isoliert betrachten kann, wenn England und Frankreich diesem Abkommen nicht angeschlossen sind. Herr Vanee, der kürzlich in Moskau war, hat auf meine Frage, ob die USA mit der Abschaffung aller amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen einverstanden wären, wenn England und Frankreich ihr Atomwaffenpotential behalten würden, gelächelt und geantwortet: Nein, natürlich nicht; das sei eine absurde Vorstellung. Aber diese Frage stellt sich früher oder später, und zwar nicht nur aufgrund unserer Initiative, sondern auch wenn die Amerikaner wirklich zu einer Übereinkunft mit uns kommen wollen.

Für den Augenblick sind wir aber, um den Verhandlungen überhaupt einen neuen Impuls zu geben, zu dem ernstgemeinten Zugeständnis bereit, das englische und französische Kernwaffenpotential in Europa nicht zu berücksichtigen. Wir haben es erst einmal ausgeklammert und sprechen nur über die Mittelstreckenraketen der Sowjetunion und der USA.

Die weitere Frage betrifft die Raketen kürzerer Reichweite. Ich hatte den Eindruck, daß hier in den Äußerungen der westdeutschen Teilnehmer ein neuer Gesichtspunkt aufgetaucht ist, da sie nicht mehr nur von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite sprachen. Der gesunde Menschenverstand sagt, daß man alle Systeme zählen muß.

Wenn man eine Entscheidung über die Mittelstreckenraketen treffen will, bedeutet das, übersetzt in die nicht-diplomatische Sprache: Man schließt die Teilprobleme aus, die zwar existieren, aber im Moment nicht bewältigt werden können. Man kann nicht, wie Georgi Arbatow betont hat, ein Paket durch ein anderes Paket ersetzen. Es gibt genug Stoff zum Überlegen. Und wie steht es mit den englischen und französischen Atomwaffen operativ-taktischen Charakters, die der sogenannten doppelten Verfügungsgewalt unterliegen, das heißt, die Trägerwaffen gehören den nicht-nuklearen Ländern, die Gefechtsköpfe den Nuklearmächten? Wir sollten darüber nachdenken, ob es sich wirklich lohnt, wieder eine Situation zu schaffen, wie wir sie seit zehn Jahren haben, und aus der wir nicht herauskommen.

Eine letzte Bemerkung zu der Londoner Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahre 1977. Ich möchte hier nur auf einen Punkt aufmerksam machen. Als anlässlich des Besuches von Breschnew im Mai 1978 in der Bundesrepublik eine gemeinsame sowjetisch-westdeutsche Deklaration verfaßt wurde, enthielt sie auf westdeutsche Initiative den Punkt, daß sowjetisch-amerikanische Gespräche auch über Systeme der Grauzone, das heißt der Mittelstreckenwaffen geführt werden sollten. Das fand die volle Zustimmung auf sowjetischer Seite. Bei der Abstimmung des Deklarationstextes mit den USA, Großbritannien und Frankreich bestanden die Verbündeten jedoch darauf, diesen Punkt zu streichen.

Wir waren also, genau wie im Jahre 1969, auch in den Jahren 1974 und 1978 bereit, über das Thema Mittelstreckenraketen nicht nur zu sprechen, sondern darüber ebenfalls ein Abkommen zu schließen. Die Krise, in die unsere Verhandlungen 1974 über SALT gerieten, hing zusammen mit der Weigerung der USA, über Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Das muß klar gesagt werden, wenn man sich ein zutreffendes Bild von der Sache machen will. Leider hat sich vieles nicht so entwickelt, wie wir es wollten. Aber diese Fakten sind Teil der Geschichte, denen wir Rechnung tragen müssen.

Arbatow

Den Ausführungen von Valentin Falin möchte ich noch einen Punkt hinzufügen. Wenn wir die Mittelstreckenraketen beseitigen, wird die westdeutsche Seite, nach der Logik von Herrn Joffe, durch die Waffen kürzerer Reichweite beunruhigt sein. Dann müssen wir eben ein kernwaffenfreies Europa schaffen. Wir sind dazu bereit. In dem Falle sind aber die englischen und französischen Raketen und die vorgeschobenen Waffensysteme der Amerikaner mitzubedenken. Aber so, wie Sie das darstellen, geht es nicht. Wir sind der Meinung, wir müßten uns über irgendeinen Punkt einigen, um einen Anfang zu machen.

Ich wiederhole noch einmal: Für uns ist das der Augenblick der Wahrheit. Wie werden sich die Amerikaner verhalten? Wollen sie wirklich ein Abkommen, oder hat man nicht die Wahrheit gesagt und will letztlich kein Abkommen? Wie wird sich Westdeutschland verhalten? Werden Herr Kohl und die westdeutsche Regierung bei ihren Aussagen in der Regierungserklärung bleiben? Oder werden sie ebenfalls einen Rückzieher machen?

Kastrup

Wir haben in dieser Woche den 30. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft begangen und uns dabei in Erinnerung gerufen, daß es in all diesen Jahren nicht gelungen ist, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den Staaten Osteuropas zu entwickeln. Hier sehen wir ein unausgeschöpftes Potential für die wirtschaftliche Entwicklung und zugleich eine Chance, im politischen Bereich Spannungen abzubauen.

Die Staats- und Regierungschefs der damaligen Sechsergemeinschaft hatten bereits 1972 ihre Bereitschaft erklärt, ich darf zitieren, "als Beitrag zur Entspannung in Europa gemeinsame Handelsbeziehungen mit Osteuropa aufzunehmen". In der Folgezeit wurde versucht, geregelte Beziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsgemeinschaften und ihren Mitgliedern herzustellen. Dieser Versuch scheiterte unter anderem deshalb, weil die östliche Seite sich schwer tat, die Realitäten auf unserer Seite zu akzeptieren. Dazu gehört unter anderem, daß Kompetenzen für die Handelsbeziehungen auf die Kommission der Europäischen Gemeinschaft übergegangen sind.

Die Folge war ein anachronistischer Zustand der Nichtanerkennung der Gemeinschaft durch die osteuropäischen Staaten, während die gesamte übrige Staatengemeinschaft diplomatische

Beziehungen zur EG aufnahm. So sind gegenwärtig in Brüssel 130 Missionen von Drittländern akkreditiert. Wirtschaftlich blieb es den Mitgliedstaaten des RGW verwehrt, sich einen vertraglich zugesicherten Zugang zum EG-Markt zu verschaffen. Ausnahmen bildeten lediglich ein Vertrag mit Rumänien 1980 und sektorale Abkommen mit Bulgarien, Ungarn und Polen im Textil- und Agrarbereich in den frühen 80er Jahren.

Seit Juni 1985 ist wieder Bewegung in die Beziehungen gekommen. Dieses Mal ging die Initiative von östlicher Seite aus. Gegenwärtig finden Expertenverhandlungen über die Formulierung einer gemeinsamen Erklärung statt. Ich fürchte, daß auch dieser Versuch in einer Sackgasse enden wird, wenn Ihre Seite nicht bereit ist, die Realitäten bei uns zu akzeptieren. Dazu gehört auch der territoriale Geltungsbereich. Um es deutlich zu sagen: West-Berlin gehört zum Geltungsbereich der Römischen Verträge. Die Verhandlungen drohen sich an dieser Frage festzufahren.

Über welche Größenordnungen reden wir? Mit rund 320 Millionen Verbrauchern vereint die Europäische Gemeinschaft ein Drittel des gesamten Welthandels auf sich. Der größte Handelspartner bei den Drittländern sind mit 21 Prozent des gesamten EG-Außenhandels die rund 28 Millionen Bürger in den EFTA-Staaten; 19 Prozent entfallen auf die USA und nur 7 Prozent auf den RGW.

Die Sowjetunion zählt mit rund 280 Millionen Einwohnern zehnmal soviel Verbraucher wie die sechs EFTA-Staaten zusammen. Der Anteil der UdSSR am EG-Handel beträgt aber nur rund 30 Millionen Ecu im Vergleich zu 165 Millionen Ecu der EFTA-Länder. Insgesamt also eine recht magere Bilanz. Fast 400 Millionen europäische RGW-Bewohner, unter Einschluß der Sowjetunion, treiben insgesamt dreimal weniger Handel mit der Gemeinschaft als die knapp 30 Millionen EFTA-Bürger. Diese Zahlen machen deutlich, welch unausgeschöpftes Potential hier noch vorhanden ist.

Was die bilateralen deutsch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen angeht, so lohnt es, sich noch einmal die Dokumente anzusehen, die bereits vor Jahren unterschrieben wurden. Das gilt insbesondere für das 1978 abgeschlossene langfristige Wirtschaftsabkommen, das noch die Unterschrift von Bundeskanzler Schmidt trägt. Dazu ist 1980 ein langfristiges Programm vereinbart worden, das sehr detailliert Gebiete möglicher Zusammenarbeit aufzeigt. Es gibt bis hin zum Umweltschutz kaum etwas, das nicht schon in diesem Programm abgedeckt ist. Hieran sollten wir weiterarbeiten.

Falin

Zu Ihren Ausführungen, Herr Kastrup, möchte ich nur festhalten, daß die Kinder nicht die Verantwortung für ihre Eltern tragen. Das heißt, der Gemeinsame Markt ist nicht verantwortlich dafür, daß seine Eltern der kalte Krieg und bestimmte Militärpläne der USA waren. Aber weder Sie noch wir können uns ganz von der Geschichte lösen. Das gilt um so mehr, als es im Zusammenhang mit den Römischen Verträgen, deren 30jähriges Jubiläum Sie in diesem Jahr begangen haben, eine Reihe weiterer Dokumente gibt, die zeigen, daß der Gemeinsame Markt das Pendant zum Militärbündnis der NATO darstellt. Das heißt nicht, daß dies der einzige Aspekt ist, unter dem wir die Dinge betrachten. Aber wir können von diesen Ursprüngen auch nicht ganz absehen.

Früher oder später - ich hoffe: früher - werden der Gemeinsame Markt und der RGW zu einer Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung finden. Es darf dabei auch keine verdeckten Diskriminierungen geben, daß zum Beispiel die RGW-Staaten bilaterale Beziehungen zum Gemeinsamen Markt aufrechterhalten müssen, während der Gemeinsame Markt nur Beziehungen zu einigen Teilnehmern des RGW und nicht zum RGW als solchem pflegt.

Außerdem gibt die Situation, die Sie beschrieben haben, Herr Kastrup, den westeuropäischen Staaten in vielen Dingen zwei Stimmen: eine Stimme als einzelnes Land und eine Stimme als kollektives Mitglied des Gemeinsamen Marktes; insofern nehmen Sie, verglichen mit anderen Staaten, eine besondere Situation ein. Dennoch müssen und werden wir nach Wegen zur Verständigung suchen.

Ich meine auch, Sie haben unsere Beziehungen zum Gemeinsamen Markt ungenau beschrieben. Ich erinnere an das Gespräch von Herrn Gromyko mit Herrn Barzel im Jahre 1972. Damals zeigte sich, daß die Sowjetunion die Existenz des Gemeinsamen Marktes nicht leugnet. Aber die Frage der Form, Qualität und des Inhalts der Beziehungen muß zu gegenseitig akzeptablen Bedingungen geregelt werden. Diese Bedingungen auszuarbeiten, ist unsere gemeinsame Aufgabe als gleichberechtigte Partner.

Maximowa

Angesichts unserer bisherigen Diskussion bin ich doch froh, daß ich kein Politiker bin. Ich befasse mich mit Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen. Auf diesem Gebiet sind die Dinge berechenbarer

und besser zu durchschauen. Aber ich weiß natürlich, daß die Wirtschaft im Atomzeitalter keine unabhängige Größe ist, sondern mehr als je zuvor von der Politik abhängt.

Der engagierte Beitrag von Herrn Schmidt am Anfang hat mich sehr beeindruckt. Dazu möchte ich einige Gedanken entwickeln.

Die erste Frage betrifft unsere Abhängigkeit oder Unabhängigkeit voneinander. Es kann in der Tat niemand leugnen, daß trotz großer sozialer Unterschiede und trotz der richtigen Auffassung von Herrn Arbatow, jedes Land müsse das Recht auf seine eigenen gesellschaftlichen Entscheidungen haben, es dennoch, wenn es um die Wirtschaft geht, zu berücksichtigen gilt, was in der Welt geschieht. So ist die Frage des Überlebens heute bereits von so großer Bedeutung, daß wir sie nicht mehr außer acht lassen können. Die Probleme der Ökologie und der Demographie, das kann man nur immer wieder betonen, sind schwerwiegender als unsere Klassenunterschiede, als unsere sozialen, religiösen und anderen Differenzen. Das ist Ihnen bewußt, und das ist auch der Inhalt der Erklärungen von Herrn Gorbatschow.

Ich möchte noch weitergehen. Wenn wir die Beziehungen zwischen Nord und Süd nehmen - wobei wir unter dem Norden die Staaten des Westens und des Ostens verstehen können;- , so sehen wir, daß die Probleme der Entwicklungsländer nicht nur Probleme dieser Länder sind. Wenn wir nicht mit regionalen Konflikten konfrontiert werden wollen, die um so gefährlicher sind, je größer die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen arm und reich in einem Lande sind, dann müssen wir gemeinsam daran interessiert sein, dieses Problem umfassend zu lösen.

Was wir zur Zeit im ökonomischen Bereich erleben, nämlich den Prozeß einer strukturellen Umgestaltung der Wirtschaft, ist keine rein sowjetische Erscheinung, bei aller Verschiedenartigkeit der Methoden und Mechanismen, die es bei uns und bei Ihnen gibt. Er ist in vielen Staaten zu beobachten, auch in einer Reihe von Entwicklungsländern. Ich interpretiere das als eine neue Welle der technisch-wissenschaftlichen Revolution, die uns heute erreicht.

Bei dieser strukturellen Umgestaltung der Wirtschaft geht es beispielsweise um die Beziehungen zwischen Dienstleistungs- und Produktionsbereich; um die Struktur der Industrie; um die wachsende Bedeutung der Wissenschaft für die Produktion; es geht auch um den Abbau der ; denn der Markt kann heute nicht mehr so viel aufnehmen, wie wir anbieten. Wir müssen uns also umorientieren. Ich denke dabei an den Export im Maschinenbausektor. Das ist nicht nur für uns ein schmerzhafter Umgestaltungsprozeß. Selbst für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit seiner hohen Konkurrenzfähigkeit stellt sich diese Frage, insbesondere für die Eisen- und Stahlindustrie, für den Schiffbau und die Textilindustrie. Wenn man dazu noch ein akutes soziales Problem hinzufügt, nämlich eine große Zahl von Menschen beschäftigen zu müssen, so werden Sie mir zustimmen, daß Sie und wir daran interessiert sein müssen, diesen Anpassungsprozeß der Länder an das neue Modell der internationalen Arbeitsteilung nicht zu komplizieren und zu erschweren, sondern zu erleichtern und zu fördern.

Eine weitere Frage betrifft die wirtschaftliche Autarkie der Staaten. Früher kam es darauf an, daß ein Staat im Interesse seiner Sicherheit möglichst autark sein wollte um den Preis der Schließung seiner Märkte. Diese Zielsetzung ist heute absolut nicht mehr gültig.

Wenn es früher galt - manche vertreten diese Meinung bis heute;- , den Gegner durch das Wettrüsten, das man ihm aufzwingt, wirtschaftlich zu schwächen, so muß man sich heute überlegen, ob man damit nicht seiner eigenen Wirtschaft Schaden zufügt. Selbst für die USA, die ein reiches, großes und technisch entwickeltes Land sind, wirken sich die Folgen des Wettrüstens und der Militarisierung der Wirtschaft nachteilig aus, nicht zuletzt auf die Sozialstruktur und auf die internationalen Währungsbeziehungen.

Kann man die Sicherheit eines Landes mit Hilfe der Rüstungstechnologien erhöhen? Auch diese These bedarf der Korrektur. Wenn wir zum Beispiel die Hochtechnologie, das heißt den höchsten Stand der Rüstungstechnologie nehmen, dann hat diese sich inzwischen so weit von der zivilen Technik entfernt, daß es nach Berechnungen der Experten - übrigens nicht nur sowjetischer, sondern auch amerikanischer Spezialisten - 10 bis 15 Jahre braucht, bis die zivilen Bereiche die Rüstungstechnologien übernehmen können. Deshalb stimme ich Herrn Milstein zu, der den Zeitfaktor betont hat. Haben wir überhaupt diese 15 Jahre Zeit für solche Entwicklungen?

Ich bin also der Meinung, daß sich die Frage der wirtschaftlichen Sicherheit heute ganz anders stellt, und zwar sowohl für die sozialistischen und die westlichen wie auch für die Entwicklungsländer. Damit wird zugleich auch die Frage nach der Verantwortung der Staaten für das, was sie im außenwirtschaftlichen Bereich tun, aufgeworfen. Die Notwendigkeit einer stabilen und kontinuierlichen

Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird immer dringlicher, die kalkulierbar und lenkbar sein müssen.

Im System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gibt es nun eine Reihe wunder Punkte, die gleichermaßen Ihre wie unsere Interessen berühren. Der erste Punkt betrifft die Energiepreise, die sich seit Anfang der 70er Jahre alarmierend entwickelt haben. Zunächst stiegen sie um das Zehnfache, dann sanken sie wieder ins Bodenlose. Man darf sich nicht damit zufriedengeben, daß sich die Preissituation gegenwärtig wieder etwas beruhigt hat. Ich bin überhaupt der Ansicht, daß sich die Preiskriterien auf dem Gebiet der Energieversorgung ändern werden. Früher dachten wir, Kernenergie sei die beste und billigste Energie. Heute wissen wir, daß es nicht die beste Energiequelle ist. Es ist auch eine teure Energie, wenn man alle ökologischen und andere Folgen mitberücksichtigt.

Wenn man sich vergegenwärtigt, was Herr Schmidt und Herr Falin zum Treibhauseffekt gesagt haben, dann müssen wir uns auch über die Folgen der Energiegewinnung aus Kohle, Gas und Öl Gedanken machen. Wie werden wir mit dieser Situation fertig werden, wenn die Fusionsenergie erst im 21. Jahrhundert eine Lösung bringen kann?

Export und Import von Energie sind gleichrangig zu betrachten. Noch fehlt es zwischen Ost und West an gemeinsamen Aktionen; die Frage der sicheren Energieversorgung wird immer noch blockbezogen gesehen. Bei Ihnen gibt es eine Energieagentur in Paris, und bei uns haben wir Vereinbarungen im Rahmen des RGW. Aber zwischen Ost und West hat es noch nicht einmal Versuche gegeben, zu Übereinkünften auf diesem Gebiet zu kommen.

Dann das internationale Handelssystem. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, was den Protektionismus angeht, der an Schnelligkeit und Intensität bedrohlich zunimmt. Ist es heute nicht ein Anachronismus, wenn ich an all diese Cocom-Listen, die Exportembargos und vieles andere mehr denke? Dabei werden ja nicht nur die Interessen der Sowjetunion beeinträchtigt, sondern im gleichen Maße auch Ihre eigenen Interessen. Wie wollen Sie künftig den sowjetischen Markt erschließen, wenn weiterhin solche Barrieren bestehen? Wir pflegen mit der Bundesrepublik weitgehende und enge wirtschaftliche Beziehungen. Sie sind für uns der wichtigste Handelspartner unter den westlichen Ländern. Können Sie bei der Lösung dieser Probleme nicht eine gewichtige Rolle spielen?

Wir haben erklärt, daß die Sowjetunion bereit ist, dem GATT beizutreten. Damit meinen wir es ernst. Wir wissen, daß dabei auch von unserer Seite Zugeständnisse erwartet werden, etwa im Zusammenhang mit der Einführung eines Zolltarifs, der Revision der Tarifklassifikationen und so weiter. Aber seien wir aufrichtig miteinander! Daß Sie die USA als Verbündeten betrachten, kann niemand in Zweifel ziehen. Auf der anderen Seite können doch die Bündnispflichten nicht dazu zwingen, etwas zu tun, was den Interessen der Bundesrepublik Deutschland widerspricht. Dazu gehören die neoglobalistischen Konzepte der USA.

Wenn es um den Beitritt der Sowjetunion zum GATT geht, könnte die Position der Bundesrepublik von Bedeutung sein. Aber vorläufig haben wir von Ihrer Seite noch keine positive Reaktion erfahren, während eine Reihe von Ländern unseren Beitritt unterstützt.

Ein weiterer Punkt betrifft das internationale Währungssystem. Wir fühlen uns nicht aus diesem System ausgeschlossen, obwohl uns klar ist, daß die Nicht-Konvertierbarkeit des Rubels ein Hindernis darstellt. Aber wir haben eine gute Zahlungsbilanz und verfügen über gute Verbindungen zu den internationalen Banken. Mehrere einflußreiche Bankiers haben jetzt vorgeschlagen, die Sowjetunion in den internationalen Rechnungshof in Basel aufzunehmen. Wie würden sich die offiziellen Kreise der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Frage stellen? Bei einer positiven Entscheidung könnten wir unsere Vorstellungen mit einbringen, wie man den Ecu unterstützen und dafür sorgen könnte, daß bestimmte nationale Währungen, insbesondere die D-Mark als eine der stärkeren Währungen, eine größere Rolle im internationalen Währungsgefüge spielen. Die Frage ist doch, wie man dem schwankenden Dollarkurs, der eine Gefahr darstellt, entgegenwirken kann.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die ungeheure wirtschaftliche Problematik im Zusammenhang mit dem Wettrüsten und der Abrüstung. Herr Körber hatte das in seiner Einführung schon erwähnt, und wir haben uns darüber auch am Rande unserer Konferenz unterhalten. Seine Überlegungen scheinen mir sehr plausibel und den Vorstellungen einiger unserer Wissenschaftler durchaus nahe zu sein.

Es geht darum: Wenn wir darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, abzurüsten, kann man zugleich fragen, was uns die Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine zivile Produktion bringen würde. Es gibt zwar viele Befürworter in dieser Richtung, aber wir sind bisher nicht in der Lage, konkrete Empfehlungen vorzulegen, wie diese Umstellung zu bewerkstelligen wäre. Was würde sie kosten, und was würde sie einbringen? Wie kann man die freiwerdenden Mittel nutzen, um die aus der

Rüstungsindustrie freigesetzten Arbeitskräfte wieder zu beschäftigen? Welcher Anteil muß den Entwicklungsländern zugestanden werden und in welcher Form? Hier stellt sich also eine ganze Batterie von Fragen.

Mein konkreter Vorschlag ist, und darin stimme ich mit Herrn Shurkin voll überein: Schluß mit dem Gestöhne, wir brauchen praktische Vorschläge! Ein solcher Vorschlag wäre: Könnten Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der Sowjetunion - zum Beispiel im USA/Kanada-Institut von Herrn Arbatow gibt es dafür Experten - nicht gemeinsam zumindest eine Art Konzeption für die Umstellung der Rüstungsproduktion erarbeiten?

Sie wissen, daß das System der Außenwirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion umgestaltet wird. Ihnen ist auch bekannt, daß wir vorhaben, Unternehmen in ihrem Bemühen zu fördern, damit sie auf freien Märkten operieren können. Sie verfügen darüber in Ihrem Lande über umfassende Informationen. Ich möchte den positiven Beitrag unterstreichen, den westdeutsche Unternehmer sogar bei der Vorbereitung einiger gesetzgeberischer Vorschläge, unter anderem über die gemischten Unternehmen, geleistet haben. Ihre Ratschläge waren nützlich, und einige wurden mit in Betracht gezogen.

Aber dabei sind viele Probleme aufgetaucht. Wenn wir in diesen neuen Formen zusammenarbeiten wollen, müssen wir die technischen Standards, die ökologischen Normen und andere Dinge miteinander abstimmen. Hier bleibt noch Arbeit zu tun. Ob dies vornehmlich auf bilateraler Grundlage geschehen soll, oder ob dabei auch die Organisationen der EG und des RGW mitwirken, die über die notwendigen Mechanismen verfügen und deshalb wesentlich schneller agieren könnten, ist die Frage.

Was die Beziehungen zwischen RGW und EG betrifft, nur ein kurzer Kommentar. Seit 1974, als der RGW seine Bereitschaft bekundete, ein Abkommen mit der EG zu unterzeichnen, sind 12 Jahre vergangen. Wir haben damals eine Erklärung vorgelegt. Ich weiß nicht, wieviel Zugeständnisse der RGW inzwischen gemacht hat. So wurden in der Frage der Anerkennung des Status und in anderen Punkten Korrekturen vorgenommen. Es wurde vorgeschlagen, parallel Verhandlungen jedes RGW-Landes mit der EG und beider Organisationen untereinander zu führen. Auch dem haben wir zugestimmt. Als die Erklärung fertig abgestimmt war, verlangte die westliche Seite plötzlich eine Veränderung wegen West-Berlin. So kann man die Dinge natürlich bis in alle Ewigkeit treiben; das wirkt allmählich lächerlich.

Wir kennen natürlich die Vereinbarungen, die die EG mit Drittländern und anderen internationalen Organisationen geschlossen hat, in denen keineswegs überall etwas zu West-Berlin steht. Niemand kann, wie Sie wissen, dem Viermächteabkommen über West-Berlin zuwiderhandeln. Die Franzosen und die Engländer stellen fest: Die Deutschen haben jetzt erklärt, solange West-Berlin nicht Eingang in das Vertragswerk findet, wird keine Vereinbarung zustande kommen. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik Deutschland, die ein großes Interesse an dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion hat, ist zum Haupthindernis für die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen RGW und EG geworden. Oder bin ich da nicht richtig informiert?

Was immer wir in der Frage der wirtschaftlichen Sicherheit tun, ich unterstreiche vieles von dem, was Herr Bahr hier ausgeführt hat. Sollten wir nicht einen Verhaltenskodex ausarbeiten im Sinne der internationalen wirtschaftlichen Sicherheit? Jedes Land behält das Recht, die Maßnahmen zu ergreifen, die es für notwendig erachtet; aber es ist für die Folgen der eigenen Handlungen verantwortlich und darf der anderen Seite keinen Schaden zufügen. Wenn dieses Prinzip Eingang in die großen Entscheidungen findet und sich in entsprechenden Vereinbarungen niederschlägt, wird es das gegenseitige Vertrauen erhöhen, das wir gegenwärtig so sehr entbehren.

Körper

Ich möchte als Praktiker, der ein Leben lang in der westlichen produzierenden Wirtschaft tätig war, als Anregung für unsere sowjetischen Freunde etwas über meine industriellen Erfahrungen sagen. Zum besseren Verständnis zunächst ein Blick auf meine Herkunft.

In meinem Elternhaus bin ich im Geiste sozialer Reformen erzogen worden. Meine Mutter hat nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin die USPD mitgegründet, aus der später die Kommunistische Partei hervorgegangen ist. Ich selbst habe als Neunjähriger während der Novemberrevolution oft in Parteiversammlungen auf der Bühne gestanden und für die Neugestaltung Deutschlands deklamiert: "Und käme Christus noch einmal, die Welt von Sünde zu befrei'n, fürwahr, er war' ein Sozialist und kämpfte mit in unseren Reih'n."

Als 15jähriger habe ich meine erste Erfindung gemacht, Sie kennen sie alle: Es ist die Ableseskala am Radioapparat, der wandernde Zeiger, der die Sendestationen anzeigt. Mit der jugendlichen

Radiobasterei, die ich mit Hilfskräften gleich serienmäßig durchführte, habe ich mein Ingenieurstudium finanziert.

Nach meinem Studium habe ich meine Erfindungen, es sind bis jetzt über 200, die mir die goldene Diesel-Medaille einbrachten, selbst ausgewertet. Ich bin also Unternehmer geworden.

Zu Beginn des letzten Krieges hatte ich ein Richtleitstrahlgerät entwickelt, ein Vorläufer des Radargerätes. Das hat dazu geführt, daß ich während des Krieges mit der Produktion dieser Geräte beschäftigt und nicht als Soldat eingezogen wurde.

Es gibt in meinem Leben drei Privilegien, auf die ich ein wenig stolz bin. Erstens: Ich habe noch nie einen scharfen Schuß abgegeben, weder privat noch sonstwo. Zweitens: Ich habe noch nie vor einem Gericht gestanden, weder als Kläger noch als Angeklagter. Drittens: Ich habe noch nie mit fremdem Geld gearbeitet.

Als ich nach dem Kriege beobachten konnte, wie in den Arbeitspausen anstelle des bis dahin üblichen Bieres mehr Milch und Softgetränke getrunken wurden, die Menschen also gesünder leben wollten, kam ich mehr und mehr zu der Überzeugung, daß das Bedürfnis nach einer die Gesundheit schonenden Zigarette wachsen würde.

Ich entwickelte nach einem neuen Produktionsverfahren eine Hochleistungsmaschine für die Herstellung von Filterzigaretten. Als ich die ersten nach diesem Verfahren hergestellten Musterzigaretten den führenden Fabrikanten der Tabakindustrie vorstellte, wurden diese mit der Bemerkung abgelehnt: "Der Raucher will Tabak und kein, hospital.', also keinen Filter zwischen den Lippen haben." Ich war trotzdem davon überzeugt, daß sich hier eine Marktlücke auf tun würde, und habe mehrere Millionen D-Mark in die rationelle Fabrikation dieser Maschine investiert.

1952 wurde in den USA in der Öffentlichkeit das Thema Lungenkrebs als Folge des Zigarettenrauchens aktuell. Darauf setzte in der amerikanischen Tabakindustrie eine ungeheure Nachfrage nach meinen Maschinen ein. Im ersten Jahr habe ich über dreißig viermotorige Frachtflugzeuge gechartert und die so dringend benötigten tonnenschweren Maschinen nach Amerika geflogen. Nahezu alle Filterzigaretten in der Welt, auch die in der Sowjetunion, werden auf meinen Maschinen hergestellt. Ich bin schlicht ein Monopolist.

Zur Zeit beschäftige ich etwa siebentausend Mitarbeiter mit der Entwicklung und Produktion von Werkzeugmaschinen, von Maschinen und Anlagen für die Nahrungs-, Genussmittel- und Schreibwarenindustrie. Die meisten Schulhefte, die industriell in der Massenproduktion hergestellt werden, kommen von meinen Maschinen, auch die in der UdSSR, genauso wie die Schreibhefte, die Sie hier auf dem Konferenztisch für jeden Gesprächsteilnehmer ausgelegt haben. Über neunzig Prozent meiner Produkte werden weltweit exportiert.

Ich erwähne das alles nur, um deutlich zu machen, was Initiativen, die sich frei entfalten können, zu leisten vermögen. Dabei stellt sich die Frage, ob und wie in einer zentralen Verwaltungswirtschaft, wie die der Sowjetunion, überhaupt die finanziellen Mittel für derartige wirtschaftliche Entwicklungen zur Verfügung gestellt werden können.

Im Rahmen der "perestrojka", des Umbaus Ihrer Wirtschaft, wird den westlichen Firmen ein Joint-venture angeboten. Auch meinem Unternehmen ist eine solche Neugründung in der Sowjetunion angetragen worden. Ich möchte Ihnen erklären, warum ich ein Joint-venture unter Ihren bislang genannten Bedingungen ablehne. Ihr westlicher Partner soll bei der neuen Einrichtung nur 49 Prozent der Anteile bekommen, während Sie mit 51 Prozent das entscheidende Sagen haben wollen.

Die endgültigen unternehmenspolitischen Entscheidungen müssen selbstverständlich im "Für und Wider" von einem Managementgremium abgesteckt werden. In dem dann noch offenbleibenden Entscheidungsspielraum muß nach meiner Erfahrung der Mann an der Spitze des Unternehmens das Sagen haben. Wenn ich in einem Jointventure mein Know-how und meine Erfahrung einbringen soll, dann will selbstverständlich ich der Mann an der Spitze sein oder ein von mir aus meinem Stabe berufener Fachmann.

Mir ist es gleichgültig, wem die Produktionsmittel gehören; Eigentümer kann der Staat, es können auch Aktionäre sein. Deshalb habe ich das Eigentum an meinen Fabriken an eine gemeinnützige Stiftung verschenkt. Aber ich habe mir sowie meinen zukünftigen Nachfolgern an der Spitze des Unternehmens das Verfügungsrecht über die Betriebe mit ihren Produktionsmitteln vorbehalten und soweit als möglich rechtlich abgesichert.

Als Anregung möchte ich noch erwähnen, daß ich im Laufe der Zeit auch einige marode Betriebe übernommen habe. Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, daß es sinnlos ist, einen

heruntergewirtschafteten Betrieb wieder rentabel machen zu wollen. Das Modernisieren einer veralteten Produktionsstätte ist viel schwieriger, viel kostspieliger und vor allem viel zeitraubender als der Aufbau einer vollkommen neuen Fabrik. Es ist stets sinnvoll, wenn man das Veraltete in der Wirtschaft abreißt und verwirft, weil damit erst der erforderliche Freiraum zur Durchsetzung neuer Konzeptionen mit modernen Betriebsmitteln geschaffen wird.

Auch mußte ich im Zuge des technischen Fortschrittes Organisations- und Planungssysteme ändern, zum Beispiel von manuell erstellten Unterlagen auf computergesteuerte Organisationssysteme umrüsten. Wenn bei der Ablösung des alten Systems das neue in seiner Zielprojektion nicht genau durchgeplant und für die an der Umstellung Beteiligten nicht transparent genug ist, kann das Unternehmen durch die Reibungsverluste zwischen alt und neu in eine schwere Krise kommen. Es klappt weder in der Produktplanung, in der Lagerhaltung, in der Ersatzteilwirtschaft noch in der Lohnabrechnung und in vielen anderen Bereichen. Letztlich geht durch ausbleibende Liefermöglichkeiten der Absatz im Markt und damit die Existenzbasis des Unternehmens verloren.

Lassen Sie mich noch kurz darstellen, was mich bei meinen seit 25 Jahren durchgeführten Besuchen in der UdSSR, sei es durch die Tagungen des Bergedorfer Gesprächskreises oder bei Studienreisen durch einige Sowjetrepubliken, beeindruckt hat. Positiv schätze ich in Ihrem System die starke Sozialbindung des Kapitals, während ich die eingeschnürte freie Entfaltung der privaten Initiativen für die gesellschaftliche Entwicklung als leistungshemmend ansehe. Ich hoffe und wünsche Ihnen im Rahmen Ihrer "perestrojka" eine glückliche Lösung zwischen freier, individueller Entfaltung und zentraler Verwaltungswirtschaft.

Zum Schluß noch ein Wort zu der uns gemeinsam bedrückenden Sorge über die ökologische Sicherung der Lebensbedingungen. Ich nehme dabei Bezug auf meine Ausführungen zu Beginn unserer Tagung, wonach neue Prioritäten in der Weltwirtschaft gesetzt werden müssen. Ich arbeite als Beitrag zur Lösung dieser weltweiten Aufgabe zusammen mit Helmut Schmidt an einem Plan, von dem ich hoffe, daß er in Kürze den Verantwortungsträgern in Ost und West vorgetragen werden kann.

Sommer

Was da so leichtfüßig daherkam als die Erfolgsstory eines unverbesserlichen Kapitalisten, das ist in Wahrheit zweifellos als das Vermächtnis eines großen Unternehmers zu verstehen, dessen Gedanken allen, die sich in der Sowjetunion um ein neues Denken bemühen, wichtige Anstöße und Anregungen geben dürften. Es sind die Gedanken eines Mannes, der bei uns immer an der vordersten Front des neuen Denkens stand.

Falin

Ich kenne Herrn Körber nun schon eine Ewigkeit, und dennoch höre ich die Geschichte seines Lebens mit großem Vergnügen. Zugleich wundere ich mich über die unerschöpfliche Energie dieses Mannes. Vielleicht liegt eine Ursache dafür darin, daß er wenig geraucht hat, obwohl er Tabakmaschinen produziert.

Was die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten angeht, so befriedigen bei uns die Wissenschaftler ihre Neugierde auf Kosten des Staates. Auf der anderen Seite hat einer unserer berühmten Gelehrten einmal gesagt: Wenn die Religion Opium für das Volk ist, dann ist die Wissenschaft Opium für die Regierung. Die Regierungen bedenken nicht immer, welche langfristigen politischen Wirkungen die heutige Technologie hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ein weiteres brisantes Thema ansprechen: Inwieweit kann heute ein Land das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere auf dem militärischen Bereich, voranzutreiben, ungeachtet aller Folgen, die solche Entwicklungen für die gesamte Erde haben können? Wir leben nun einmal in einer Welt der umfassenden Verflechtungen. Welche moralische oder andere Berechtigung hat also ein Staat, in Verfolgung seiner Interessen eine Entwicklung einzuleiten, deren Folgen unabsehbar sind? Ich denke etwa an SDI, an die Gentechnologie und viele andere Dinge mehr.

So, wie sich amerikanische Wissenschaftler geäußert haben, meinen auch wir, daß es des klassischen Krieges, in dem geschossen wird, gar nicht mehr bedarf, um die Menschheit und alles Leben auf diesem Planeten auszulöschen. Hier verbinden sich unsere Interessen zu einem einheitlichen Ganzen, wenn wir an die nächsten Jahrzehnte oder an das 21. Jahrhundert denken. Schon zur Regierungszeit von Bundeskanzler Schmidt hat man versucht, in Kategorien des nächsten Jahrhunderts zu denken, indem zwischen unseren Staaten langfristig Kooperationsabkommen

geschlossen wurden. Die Frage ist, inwieweit unsere Staaten, Regierungen, verschiedene Schichten der Gesellschaften auf beiden Seiten heute in solchen Kategorien denken.

Schmidt

Ich muß sagen, daß mich die Unterhaltung der letzten halben Stunde mehr interessiert hat, als die ganze Raketendiskussion. Das mag auch daran liegen, daß ich letztere schon seit 25 Jahren kenne.

Auf dem wirtschaftlichen Felde sind allen Beteiligten die Zügel inzwischen so weit aus der Hand geglitten, daß die Welt ökonomisch gekennzeichnet ist durch Ratlosigkeit und durch ein tägliches crisis management ohne weiter reichende Pläne und Programme.

Lassen Sie mich einige Beispiele geben. Nehmen Sie die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland; dieses Land mit kaum 60 Millionen Menschen ist der größte Exporteur der Welt. An zweiter Stelle stehen die Japaner, eine Volkswirtschaft mit 120 Millionen Menschen. Diese beiden relativ kleinen Länder, die beide den Zweiten Weltkrieg ausgelöst und total verloren haben, werden inzwischen die größten Kreditoren der Welt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, sind inzwischen der größte Schuldner der Welt, mit dreimal so hohen Auslandsschulden wie Brasilien oder Mexiko; am Ende dieses Jahrzehnts werden es 500 bis 700 Milliarden Dollar netto sein. Niemand weiß, wie man damit fertig werden soll.

Die Störungen begannen mit dem Vietnamkrieg und den dafür notwendigen, unsinnigen finanziellen Aufwendungen, verbunden unter anderem mit der Schaffung unsinniger Stahl- und Schiffbaukapazitäten. Die Störungen setzten sich fort durch zwei Ölpreisexplosionen, denen eine dritte mit Sicherheit vor dem Ende des Jahrhunderts folgen wird. Ich gehe davon aus, daß der Ölpreis noch vor Ende des 20. Jahrhunderts auf 50 Dollar pro Barrel steigen wird, mit entsetzlichen Auswirkungen für alle Länder, die selbst über kein Öl und kein Gas verfügen.

Eine weitere Störung geschah seit Beginn der 70er Jahre mit der Aufhebung der festen Wechselkurse und den weltweit freischwebenden Währungen. Dazu kam, daß die Leitwährung Dollar zunächst auf DM 1,72 fiel, dann wieder auf DM 3,47 anstieg und jetzt erneut auf DM 1,82 gefallen ist. Wir haben in Europa eine Art Kunstwährung geschaffen, die inzwischen zur stabilsten Währung der ganzen Welt geworden ist, nämlich den Ecu. Aber die nationalen Bürokratien in Europa, allen voran die der Bundesrepublik, verhindern bisher, daß diese stabilste Währung der Welt größere Bedeutung gewinnt.

Seit 1982 ist die Schuldenkrise der Entwicklungsländer virulent geworden, die sich verschulden mußten, weil sie die Ölpreise nicht mehr aus eigener Kraft bezahlen konnten. Dabei brauchen sie das Öl genauso wie das tägliche Brot und das tägliche Wasser. Ich nenne nur Brasilien, Argentinien, Mexiko, Peru, Polen, Jugoslawien und viele andere.

Die nächste Krise steht schon vor der Tür, ohne daß sie bereits ins Bewußtsein getreten ist. Die Naturwissenschaftler werden den Ökonomen sagen, daß die äußere Atmosphäre durch unsere Art zu wirtschaften bedroht ist. So darf es nicht weitergehen! Damit stehen wir energiepolitisch zwischen Scylla und Charybdis. Die Scylla ist die Kernkraft, die nicht nur von Unfallgefahren bedroht ist, sondern insbesondere von der Gefahr, daß niemand bisher weiß, wohin mit dem sich ständig vermehrenden radioaktiven Abfällen aus den Kernkraftprozessen. Die Charybdis ist das Verbrennen von fossilen Energieträgern, ob es sich dabei nun um Kohle, Braunkohle, Erdöl oder Gas handelt. Die Freisetzung von Kohlendioxid aus den Kohlenwasserstoffen führt in absehbarer Zeit zu Treibhaus- und anderen Effekten, die wir nur dann in den Griff bekommen können, wenn sich die großen Industrienationen einig werden, dagegen etwas zu unternehmen.

Frau Maximowa sprach von der Notwendigkeit, die Kalkulierbarkeit der internationalen Wirtschaft zu erhöhen. Wir haben seinerzeit versucht, wichtige Staaten zu regelmäßigen Diskussionen zu bringen, etwa zu den Weltwirtschaftstreffen. Das waren erste tastende Versuche in dieser Richtung. Frau Maximowa hat recht, daß keine Volkswirtschaft heute mehr autark bleiben kann. Das ist eine Erkenntnis, die ich so deutlich und öffentlich ausgesprochen aus sowjetischem Munde sehr begrüße. Sie ist hier aber noch nicht tief genug verankert. Ich darf darauf hinweisen, daß der Außenhandel der Sowjetunion von uns aus gesehen völlig unerheblich ist. Der bundesdeutsche Wirtschaftsaustausch mit der Sowjetunion entspricht nicht einmal demjenigen, den wir mit Österreich haben, ein Land mit sieben Millionen Einwohnern gegenüber fast 300 Millionen Einwohnern der Sowjetunion. Wirtschaftlich ist der Austausch für uns also unerheblich.

Wenn von dem Abkommen über 25 Jahre die Rede war, das meine Regierung seinerzeit mit Leonid Breschnew abgeschlossen hat, dann gab es dafür auf unserer Seite ausschließlich friedenspolitische Motive, um die Sowjetunion in die internationale Arbeitsteilung hineinzuziehen; unternehmerische und

ökonomische Interessen spielten bei mir keine Rolle; ökonomisch könnte die Bundesrepublik Deutschland mühelos auf den Wirtschaftsaustausch mit der Sowjetunion verzichten.

Frau Maximowa sprach davon, die Sowjetunion wollte dem GATT, dem IMF und anderen internationalen Institutionen beitreten. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenngleich ich durchaus einige Gefahren sehe, wenn sich Ihre unbewegliche Wirtschaftsbürokratie wie ein Mehltau über alle Entscheidungen, die dort getroffen werden müssen, legen würde. Wir sind gewohnt, internationale Währungsentscheidungen am Freitag nachmittag um 17 Uhr anzudiskutieren und bis Montag früh um 9 Uhr zu treffen und der Welt bekanntzugeben. Ein Verfahren, das jedem Sowjetbürokraten einen Alptraum verursachen wird, wenn er sich das erste Mal daran beteiligen muß.

Ich habe auch nichts gegen Verabredungen zwischen dem RGW und der EG. Aber ich würde empfehlen, einmal darüber nachzudenken, ob Sie nicht wenigstens vorher innerhalb des RGW einen konvertierbaren Rubel schaffen wollen, der zumindest auch in Warschau oder Budapest verwendet werden kann. Versprechen Sie sich nicht allzuviel von noch so ausgetüftelten Verträgen zwischen RGW und EG. Die EG ist im wesentlichen bestimmt von privatwirtschaftlich geführten Unternehmen, die jedes für sich Entscheidungen treffen. Keine Regierung kann denen vorschreiben, an wen sie was verkaufen sollen und zu welchem Preis. Keiner teilt bei uns Rohstoffe zu. Es sind in der EG auch nicht 17 Ministerien dafür verantwortlich, daß in einem Hotel ein funktionierender Fahrstuhl eingebaut wird. Das ist eine völlig andere Welt; sie bedeutet ein großes Risiko für Sie. Ich bin dafür, daß Sie das Risiko auf sich nehmen. Da werden aber dann nicht wie im RGW Quoten verabredet, allenfalls noch für ein Produkt wie Stahl, der sich im Niedergang befindet und im nächsten Jahrhundert keine große Rolle mehr spielen wird.

Ich möchte eine weitere Sorge nicht verhehlen, wenn ich mir vorstelle, welche intellektuelle Befreiung das sogenannte neue Denken in Ihrem Land schafft, wobei Sie mit Recht die Hoffnung haben, daß die Freiheit der Kritik zu Befruchtung und Fortschritt führen wird. Zugleich wecken Sie ökonomische Hoffnungen, bei denen ganz ungewiß ist, wie lange es dauern wird, bis die ersten positiven Ergebnisse verwirklicht werden, bis sich das Experiment in der realen Kaufkraft des kleinen Mannes niederschlägt. Das kann in den nächsten vier oder fünf Jahren zu großen Enttäuschungen führen. Wie verhält man sich dann gegenüber der frei und selbständig gewordenen Kritik? Kann da nicht sehr leicht jemand kommen, dem diese Kritik zu weit geht und der meint, man müsse sie wieder zurückdrehen? Darauf hat man mir in den letzten Tagen geantwortet: Wir werden keine wirtschaftlichen Enttäuschungen erleben, das wird funktionieren. Aber der Glaube allein wird nicht ausreichen!

Es würde mich interessieren, wie Ihre Konzepte aussehen; viel habe ich davon bisher nicht gehört. Vielleicht brauchen Sie unsere kritischen Hinweise nicht, aber zur Zeit kann sich bei uns im Westen noch niemand vorstellen, wohin Ihre Wirtschaft sich entwickeln soll.

Ich kenne drei recht gut funktionierende kommunistische Volkswirtschaften. Bei mindestens zweien ist die Einsicht vorhanden, daß man Leistungsanreize geben muß, sei es materiell über den Preis, um zum Beispiel das Einkommen der Bauern zu erhöhen, sei es über die Gewährung von Dispositionsfreiheiten, so wie Kurt Körber eben gesagt hat: "Dann will ich auch das Sagen haben und nicht von zahllosen bürokratischen Instanzen abhängig sein."

Anders vielleicht als mancher Amerikaner bin ich aus friedenspolitischer Überzeugung, aus Interesse an der Erhaltung und Festigung des Friedens, am Erfolg Ihrer Wirtschaftsreform sehr interessiert.

Das gilt in ähnlicher Weise auch für China, heute die dritte Weltmacht, übrigens auch militärisch. Am Ende dieses Jahrhunderts werden in China 1,1 bis 1,2 Milliarden Menschen leben. In der Volksrepublik China geht zur Zeit das größte ökonomische Experiment vorstatten, das die Weltgeschichte je gesehen hat - mit unglaublichen Risiken. Natürlich sind Rück- und Fehlschläge dabei unvermeidlich. Ich kann nur hoffen, daß die Chinesen sich trotzdem nicht beirren lassen und weitermachen werden, indem sie die Fehler korrigieren. Aber man muß diese Bereitschaft zum Risiko haben.

Mich hat in China besonders die Tatsache beeindruckt, daß die Modernisierung der militärischen Verteidigung auf den vierten Rang in der Prioritätenskala zurückgestuft wurde. Es gibt unter den großen Staaten der Welt kaum einen anderen, der so wenig Geld für die Verteidigung ausgibt wie die Chinesen heute. Das war unter Mao anders. Heute sind große Ressourcen, die bis dahin für die Entwicklung und Produktion von militärischem Gerät, einschließlich Satelliten und Raketen, verwendet worden sind, auf zivile ökonomische Produktionen umgestellt worden.

In der Sowjetunion, wie auch in den USA, ist der Anteil dessen, was vom Sozialprodukt für das Militärische verwendet wird, sehr viel höher als in China. Der Anteil liegt in der Sowjetunion zwölfmal

so hoch wie in Japan. Es ist einer der entscheidenden Gründe für den japanischen Wirtschaftserfolg, daß die Japaner nur ein Prozent ihres Sozialprodukts für das Militär ausgeben. Auch die Bundesrepublik, die ja erst seit 1955 wieder über Streitkräfte verfügt, gibt heute weniger als drei Prozent für das Militär aus - auch das einer der Gründe, nicht der einzige, für unseren wirtschaftlichen Erfolg.

Nicht nur die Sowjetunion oder die USA, sondern wir alle werden in Zukunft finanzielle Mittel sowie Forschungs- und Produktionskapazitäten, die bisher für das Militärische verwandt werden, für andere ökonomische und ökologische Aufgaben freimachen müssen. Dabei werden die verschiedenen Volkswirtschaften zusammenwirken müssen; denn kein Land - auch nicht die Sowjetunion - wird in der Lage sein, mit den ökonomischen und ökologischen Problemen allein fertig zu werden. Das gilt insbesondere für die Umweltverschmutzung, die Frage der Energieversorgung und die Weltbevölkerungsexplosion. Diese weltweiten Probleme werden in wenigen Jahren die Regierungen überall in der Welt beschäftigen. Dann wird die strukturelle Umwandlung der nationalen Volkswirtschaften und der internationalen Wirtschaft, von der Frau Maximowa gesprochen hat, unausweichlich geboten sein.

Wenn Kurt Körber am Schluß seiner Lebensstory von einem neuen Plan gesprochen hat, dann bezieht sich das genau auf diesen Punkt: Wie bekommt man die Regierungen in West und Ost, in Nord und Süd dazu, Kapazitäten, finanzielle Mittel und Menschen frei zu machen für die Bewältigung der ökonomischen und ökologischen Probleme, die größer werden in dem Maße, in dem von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die Weltbevölkerung um eine Milliarde Menschen ansteigt? Das Ausmaß dieser Probleme ist mindestens so groß wie die Raketenprobleme, mit denen sich unsere Militärs, Diplomaten und Regierungen in den letzten 15 bis 20 Jahren beschäftigt haben.

Gräfin Dönhoff

Ich würde gern noch drei Fragen zur sowjetischen Wirtschaftsreform stellen. Erstens: Wenn man den Preis als Steuerungsfaktor in die Wirtschaft einführt, dann wird unausweichlich die Rentabilität zu einem Entscheidungskriterium beispielsweise für die Produktion. Das muß aber zu Arbeitslosigkeit führen. Sie haben ja bereits mehrere Betriebe stillgelegt, weil sie nicht rentabel waren. Kann Ihr System das in Kauf nehmen, was bei uns - leider - eingetreten ist?

Meine zweite Frage betrifft die Konvertibilität. Es wurde bereits daraufhingewiesen, daß es zwischen RGW und EG nur dann zu einem wesentlichen Warenaustausch kommen kann, wenn die Konvertibilität gewährleistet ist. Bisher werden ja selbst innerhalb des RGW die Bilanzen nur durch Warentausch ausgeglichen.

Schließlich drittens: Die sowjetische Wirtschaft kennt das Mittel der Subventionierung in einem so hohen Grade, daß ich mir nicht recht vorstellen kann, wie der Umbau erfolgen soll. Allein für Fleisch, Milchprodukte und Brot beträgt der staatliche Zuschuß, wenn ich richtig informiert bin, jährlich 48 Milliarden Rubel; das sind ungefähr 12 Prozent des Budgets. Wie da eine Umschichtung vorgenommen werden soll, ist mir bei allem, was ich über die Wirtschaftsreform gelesen habe, bisher nicht recht klargeworden.

Falin

Um auf die Fragen von Gräfin Dönhoff und die Bemerkungen von Herrn Schmidt einzugehen, möchte ich zunächst betonen, daß wir in unserem wirtschaftlichen Denken dabei sind, zum Begriff des sozialistischen Marktes zurückzukehren, in dem eine bürokratische Lenkung der Wirtschaftsprozesse verboten ist. An erster Stelle steht die Effektivität, die selbst den Konkurs einiger Betriebe und die damit notwendige Umgestaltung nicht ausschließt. Es gibt keine Gleichmacherei, und die Bezahlung auf allen Ebenen und Stufen der Entlohnung wird der realen Leistung entsprechen. Auch der Faktor Zeit, das heißt die dynamische Entwicklung, wird eine größere Rolle spielen als heute; denn Zeit ist Geld. Zeit ist das Maß der Bewegung, hat schon Aristoteles gesagt. Vor allem wird die Qualität der Arbeit und ihre Ergebnisse die ihr zustehende Rolle spielen und nicht mehr formale statistische Zahlen, die nur die quantitative Seite berücksichtigen.

Bei aller Verschiedenheit unserer Systeme, auch was die Unterschiede bei der Verteilung angeht, wird es sehr viel mehr Berührungspunkte im Hinblick auf die Interessen und Methoden der Betriebsführung geben als bisher, weil nach Meinung der Wissenschaftler, Praktiker und Führungskräfte die Organisation der Produktion ein Teil der modernen Technologie ist und nicht des Gesellschaftssystems. In dieser Hinsicht hatten wir früher recht naive Vorstellungen, die aus einer Simplifizierung der Zusammenhänge resultierten, wobei uns allerdings auch viele Notwendigkeiten von außen aufgedrückt wurden. Da werden jetzt viele Dinge wieder zurechtgerückt.

Gräfin Dönhoff hat gefragt, ob es bei uns in Zukunft Arbeitslosigkeit geben wird. Wird dort, wo heute drei Menschen arbeiten, zukünftig nur noch einer arbeiten? Was soll mit denen geschehen, die heute nur so tun, als ob sie arbeiten, diesen Schein aber morgen nicht mehr aufrechterhalten können? In der Pause hat Georgi Arbatow an den Satz eines leider verstorbenen gemeinsamen Bekannten erinnert, eines der Paradoxa, eines der Wunder des Sozialismus bestehe darin, daß wir besser leben als wir arbeiten. Dieses Phänomen werden wir allmählich überwinden. Wir werden in Zukunft so leben, wie wir arbeiten, und wir werden viel besser als heute leben, weil wir besser arbeiten werden.

Was die Frage der Arbeitslosigkeit angeht, möchte ich darauf hinweisen, daß wir entsprechend unseren demographischen Erhebungen etwa 4,5 Millionen Arbeitsplätze nicht besetzt haben. Zugleich arbeiten viele Arbeitskräfte nicht ihren Möglichkeiten entsprechend. Dafür haben wir bereits über 100 Milliarden Rubel investiert, um Arbeitsplätze qualitativ zu verbessern. Die erwähnten 4,5 Millionen fehlenden Arbeitskräfte stehen uns auch in den nächsten 10 bis 12 Jahren nicht zur Verfügung trotz der hohen Geburtenziffern in den südlichen Gebieten der Sowjetunion. Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß bei uns der Dienstleistungssektor sehr wenig entwickelt ist. Dort gibt es einen riesigen Bedarf an Arbeitskräften, der auf 30 bis 40 Millionen Menschen geschätzt wird. Mit anderen Worten: Wir müssen uns heute sehr viel mehr Gedanken machen, wo wir die benötigten Arbeitskräfte herbekommen, statt uns Sorgen um mögliche Arbeitslosigkeit zu machen.

Da wir hier sehr offen miteinander sprechen, will ich ein ernstes gesellschaftliches Problem in diesem Zusammenhang nicht verschweigen. So wie bei Ihnen gibt es auch bei uns eine Reihe von Berufen, besonders im Dienstleistungssektor, in denen die Menschen nicht arbeiten wollen, weil diese Arbeiten in der Gesellschaft nur einen geringen Prestigewert haben. Weder wir noch Sie haben für dieses Problem eine optimale Lösung gefunden. Sie haben das Problem auf Kosten ausländischer Gastarbeiter zu lösen versucht; wir müssen uns dafür etwas anderes einfallen lassen.

Die Arbeitslosigkeit ist für uns auch in Zukunft kein so gewichtiges Problem, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Lösung solcher Fragen muß bei uns natürlich den Bedingungen des entwickelten Sozialismus Rechnung tragen.

Die Frage der Konvertierbarkeit des Rubels stellt sich nicht erst heute. Lenin hatte 1921 den konvertierbaren Goldrubel eingeführt, der seinerzeit auch in Umlauf gebracht wurde. Die für die damals in Aufbau befindliche sozialistische Gesellschaft gültigen Gesetze sind bis heute nicht außer Kraft gesetzt worden, trotz unserer Experimente in den letzten 60 Jahren. Die Frage der Konvertierbarkeit des Rubels steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Wieviel Zeit wir für eine Lösung brauchen werden, kann niemand vorhersagen. Zunächst müssen wir unsere Wirtschaft und unsere Finanzen in Ordnung bringen, um die Voraussetzungen für die Konvertierbarkeit des Rubels zu schaffen.

Drittens haben Sie nach den Subventionen gefragt; wie wir mit anderen Worten die tatsächlichen Kosten mit den Preisen in Übereinstimmung bringen wollen. Bisher haben wir im Interesse der gesellschaftlichen Gleichheit bestimmte Güter des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel, subventioniert. Damit die Preise für Fleisch, Milch, Butter und andere Produkte auch in Zukunft erschwinglich sind, muß eine Übergangszeit eingeräumt werden, die bereits angelaufen ist. Es kommt darauf an, entweder die Arbeitsproduktivität zu steigern oder die Produktion zu modernisieren, um die Subventionen zu reduzieren oder ganz wegfallen zu lassen.

Zum Beispiel liegt der durchschnittliche Selbstkostenpreis für Fleisch zur Zeit bei 3,8 Rubel pro Kilogramm. In zwei Sowchosen, die ich gut kenne, weil sie zu meinem ehemaligen Wahlbezirk gehören, beträgt der Selbstkostenpreis 97 beziehungsweise 106 Kopeken, also nur ein Drittel des Durchschnittspreises. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität oder Modernisierung der Produktion kann aber nicht überall wirksam werden. Wir widmen diesem Problem große Aufmerksamkeit, und ich kann Herrn Schmidt durchaus folgen, daß die Preise normalerweise auch auf dem sozialistischen Markt in erster Linie durch Selbstkosten und Konkurrenzfähigkeit bestimmt werden müssen.

Zu einem weiteren Punkt zitiere ich Präsident Roosevelt, der einmal gesagt hat: Solange es einen Rüstungswettlauf gibt, ist eine gesunde Weltwirtschaft nicht möglich. Wenn wir also eine gesunde Weltwirtschaft haben wollen, müssen wir dem sinnlosen Wettrüsten ein Ende setzen. Nachdem Roosevelt zum vierten Mal das Präsidentenamt angetreten hatte, beendete er seine Ansprache an den Kongreß, indem er die Worte von Emerson zitierte: "Wenn Du einen Freund haben willst, sei selber einer."

Wenn wir uns heute bemühen, die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Systeme mit anderen Augen zu sehen, dann bringen wir damit unsere Übereinstimmung mit diesem Gedanken zum Ausdruck. Wir wollen ein Freund und ein guter Partner aller Staaten sein, auch mit der

Bundesrepublik Deutschland. Eine solche ernstgemeinte Partnerschaft soll auf Dauer angelegt sein. Wir betonen dies nicht, weil wir Schwierigkeiten haben - auch früher gab es für uns schwierige Zeiten;- , sondern weil wir uns als Teil des Weltwirtschaftssystems, der Weltzivilisation verstehen. Wir sind fest davon überzeugt: Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, dann gibt es keinen anderen Ausweg mehr. Wir wollen nicht darauf warten, bis andere unsere Freunde werden. Wir sind bereit, in dieser Richtung den ersten Schritt nach vorn zu tun.

Sommer

Wir haben im Laufe dieser zwei Tage viele Fragen an Sie gerichtet. Damit wollten wir Ihnen nicht auf die Nerven gehen, sondern wir sind wirklich daran interessiert zu erfahren, wie Sie die Dinge sehen und handhaben wollen. Denn von den Antworten, die Sie geben, hängen auch unsere eigenen Pläne für die Zukunft ab. Wir müssen uns darauf einzustellen versuchen.

Wir haben nicht auf alle Fragen eine Antwort bekommen. Das war wohl auch in der uns zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Das gilt etwa für Ihre zukünftige Haltung zur Europäischen Gemeinschaft im gemeinsamen Haus Europa. Das gilt auch für die deutsche Frage, die zwar zur Zeit nicht aktuell ist, aber eines Tages wieder aktuell werden kann. Oder: Wie wird sich zum Beispiel die neue Politik des "glasnost" auf die Transparenz Ihres Verteidigungssystems auswirken? Auch darauf haben wir keine Antwort bekommen. Aber wir haben auch verstanden, daß Sie auf viele Fragen selbst noch gar keine Antwort haben.

Auf eine vage Weise haben wir ebenfalls mitbekommen, was der Begriff "neues Denken" für Sie bedeutet und welche Rolle er für die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft und Politik in den nächsten Jahren spielen wird.

Erlauben Sie dazu eine unernste Bemerkung: Es gibt die alte Geschichte von einem Blinden, der seinen Freund bittet, ihm zu erklären, was Milch ist. Der Freund sagt: Milch ist eine weiße Flüssigkeit. Meint der Blinde: Gut, was Flüssigkeit ist, verstehe ich, aber was ist weiß? Darauf der Freund: Weißt du, was ein Schwan ist? Nein, sagt der Blinde. Nun, das ist ein Vogel, der auf dem Wasser schwimmt und der so einen gekrümmten Hals hat. Der Freund führt die Hand des Blinden über seinen gekrümmten Arm. Und Schwäne sind weiß, ergänzt der Freund. Ah, sagt der Blinde, jetzt weiß ich endlich, was Milch ist.

So ähnlich vage wissen auch wir jetzt, was neues Denken ist.

Joffe

Das ist ein alter jüdischer Witz, der auch eine Fortsetzung hat, die so geht: Als ein deutscher Emigrant 1938 nach Australien kommt, wird er von seinem Freund dort mit den Worten empfangen: "Weißt Du, was hier los ist? Die Schwäne in Australien sind schwarz." Darauf der Emigrant: "Oh, Gott, wie erzählt Ihr denn hier den Witz mit dem Blinden und der Milch?"

Sommer

Um wieder ernsthaft zu werden: Aus der Entwicklung zur Europäischen Gemeinschaft, mit wieviel Skepsis Sie diesem Prozeß gegenüberstehen mögen, läßt sich ein Rezept auch für das entlehnen, was gemeinsam vor uns liegt. Das Rezept stammt von Jean Monnet, der immer gesagt hat: Beim alten Denken saß man sich an verschiedenen Seiten des Tisches gegenüber und hatte das Problem in der Mitte. Das neue Denken erfordert, daß sich alle auf die eine Seite des Tisches setzen und das Problem gegenüber haben, das man dann gemeinsam anpackt.

Von solchem Geist habe ich in unserem zweitägigen Gespräch viel gespürt. Ich hoffe, daß sich dies in den nächsten Monaten und Jahren nicht nur in unseren bilateralen Beziehungen auswirken wird.

Falin

Ich bringe wohl die Meinung aller sowjetischen Teilnehmer zum Ausdruck, wenn ich mit Befriedigung feststelle, daß dieses Treffen stattgefunden hat und vor allem in einer ruhigen, konstruktiven Atmosphäre verlaufen ist. Es sind die unterschiedlichsten Themen zur Sprache gekommen. Darin drückt sich die wirkliche Lage in der gegenwärtigen Welt aus, und das zeigt auch die Vielseitigkeit unserer Beziehungen an.

Ich möchte mich im Namen der sowjetischen Teilnehmer bei Herrn Körber für seine Bemühungen bedanken, daß wir hier in einem engen und trotzdem weiten Kreis sprechen konnten. Ich möchte auch

die von ihm hier dargelegte Idee unterstützen, diesen "Körper-Plan", seine neue Erfindung gewissermaßen. Ich hoffe, daß dieser Plan realisiert wird.

Wir sitzen an einem Tisch und haben vor uns Blumen. Das ist ein gutes Beispiel: Aus Blüten werden Früchte. Es würde mich freuen, wenn es schöne und zugleich nützliche Früchte werden, die aus den Bemühungen dieser zwei Tage erwachsen mögen.

Ich habe noch eine Bitte an Herrn Körper: Sie haben auf diesem Treffen das neue sowjetische Denken kennengelernt. Wir hoffen, bei der nächsten Tagung das neue westdeutsche Denken kennenlernen zu können.

Körper

Um gleich an Ihre Worte anzuknüpfen, Herr Falin: Noch in diesem Jahr wird der Bergedorfer Gesprächskreis seine Ost-West-Gespräche mit einer Tagung in Budapest weiterführen, zu der wir auch eine Delegation aus der Sowjetunion erwarten. Dabei können ganz sicher die westlichen Reaktionen auf das neue sowjetische Denken festgestellt werden.

Zum Abschluß unserer Tagung möchte ich allen Gesprächspartnern für den offenen Dialog danken, der bei allen Unterschieden, die zwischen Ost und West auch weiterhin bestehen, eine Reihe von Gemeinsamkeiten hat deutlich werden lassen. Insofern bin ich dankbar, daß Herr Sagladin meiner geäußerten Auffassung zustimmt, wonach uns mehr verbindet, als uns trennt.

Worin bestehen die wichtigsten auf unserer Tagung deutlich gewordenen Gemeinsamkeiten?

1. Beide Seiten sind sich darüber im klaren, daß Krieg und Gewalt im Atomzeitalter keine Mittel der Politik sein können. Selbst ein konventioneller Krieg läßt keine Chance zum Überleben, weil die Zerstörung auch nur einiger der insgesamt 90 Atomkraftwerke in Mitteleuropa irreversible Folgen für alle hier lebenden Menschen und ihre Umwelt haben würde.

2. Weil wir darin übereinstimmen, daß der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein kann, brauchen wir eine Änderung der jetzigen Militärdoktrinen sowohl des Warschauer Paktes als auch der NATO. Ich halte in diesem Zusammenhang die Anregung für wichtig, daß sich die Militärs beider Seiten an einen Tisch setzen sollten, um in Verhandlungen die Voraussetzungen für eine Ablösung der festgefahrenen Positionen - zum Beispiel bei den mehrfach erwähnten MBFR-Gesprächen in Wien - zu schaffen.

3. Unser Gespräch hat deutlich gemacht, daß gute Chancen bestehen, uns in einem "gemeinsamen Haus Europa" zum allseitigen Vorteil einzurichten. Es sollte uns gelingen, die trennenden Wände zwischen dem Ostflügel und dem Westflügel durchlässiger zu machen, die Türen aufzustoßen und dafür zu sorgen, daß echte Arbeitsräume entstehen, in denen wir uns gemeinsam um die Lösung der anstehenden Probleme bemühen. Ich stimme Herrn Falin zu, dieses Europa sollte am Ende nicht einem Wartesaal oder einem Archiv gleichen, in dem die Bürokraten beider Seiten verstaubte Akten wälzen, in denen die überholten Schlachten von gestern und vorgestern verzeichnet sind.

4. Wir stellten fest, daß keine Seite heute mehr für sich in Anspruch nehmen darf, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Das heißt, der Wettbewerb der Systeme sollte in Ablösung des Rüstungswettlaufes vielmehr darin bestehen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die Natur zu schützen, um die Voraussetzungen für das Leben künftiger Generationen zu schaffen. Es geht um eine uns alle verbindende ethisch-philosophische Basis jenseits der Ideologien und Doktrinen.

In der Hoffnung, daß wir mit der Feststellung dieser Gemeinsamkeiten einen Beitrag zur Umsetzung in die zukünftige gesellschaftliche Praxis in unseren Ländern geleistet haben, möchte ich Ihnen allen für Ihr Engagement auf dieser Tagung herzlich danken.